

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn

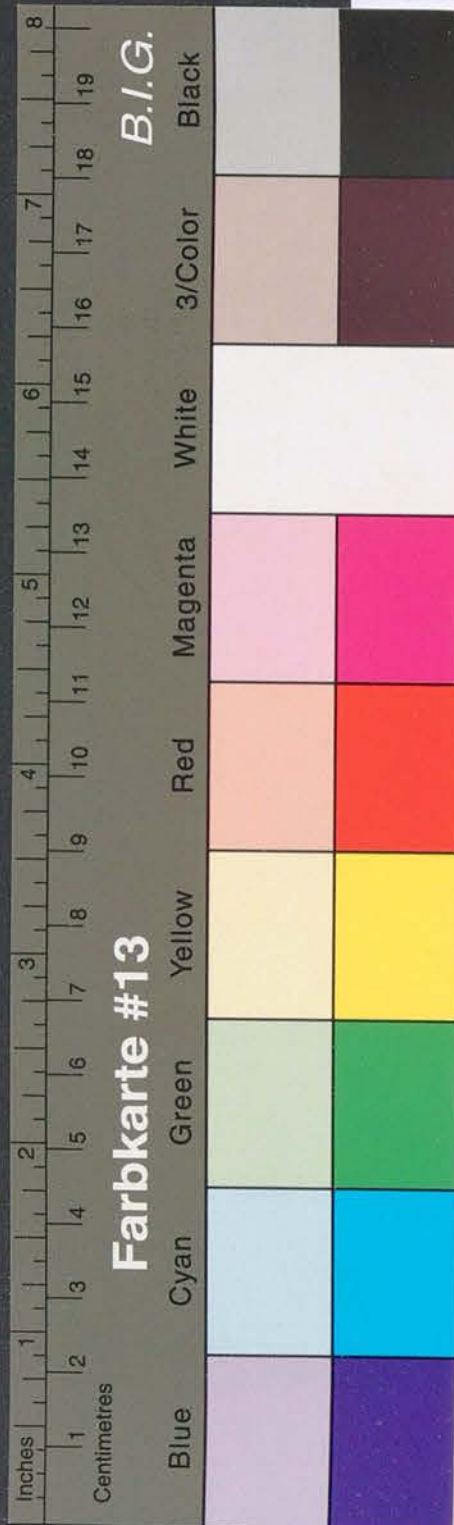
Bestand B 2

89

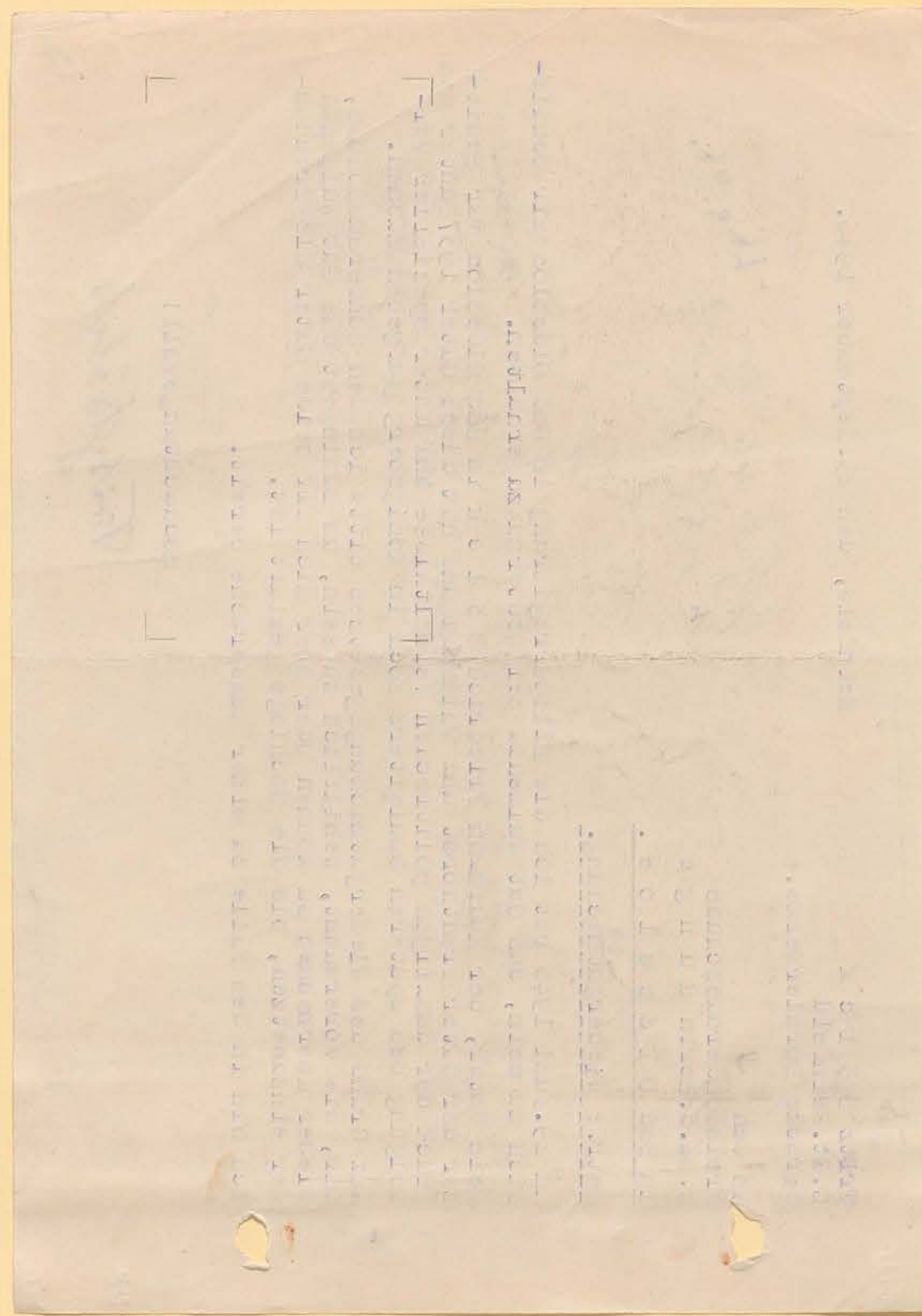


Reinfeld, 22. Januar 1947.

Die Landwirtschaft
in Hermann Roddinga
und wirtschaftliche
2 - 1923. Von 1924
wirtschaft als heil-
liche vaterliche Gut
phens) die Schlachtere
).
ner Gliederung der
lister und im Be-
folger der Kreis-
im gefl. Berück-



Kreisarchiv Stormarn B2



Fritz B ö l c k
Reinfeld / Holst.
Eichbergstrasse Nr. 1

Abschrift.

Reinfeld, 22. Januar 1947.

An die
Kreisbauernschaft
in Bad O l d e s l o e .
.....

Betr.: Bewerbung als Treuhänder.

Ich bin am 26. August 1903 geboren und erlernte die Landwirtschaft vom 1. Mai 1920 bis zum 1. Mai 1923 bei dem Bauern Hermann Poppinga in Rehhorst. Während dieser Zeit habe ich die landwirtschaftliche Schule in Bad Oldesloe besucht und zwar von 1922 - 1923. Von 1924 - 1925 war ich in Euskirchen / Rhld. in der Landwirtschaft als Gehilfe tätig. Später habe ich dann von 1930 - 1933 das väterliche Gut Wulmsau geleitet. Im Anschluss daran leitete ich die Schlachtereier in Bad Oldesloe (Besitz des väterlichen Unternehmens).

Ich bin politisch nicht belastet und gehörte keiner Gliederung der NSDAP. an. Im Gegenteil, ich bin politisch Verfolgter und im Besitz eines Betreuungsausweises als politisch Verfolgter der Kreisverwaltung Stormarn.

Ich bitte, mich als Treuhänder vorzumerken und um gefl. Berücksichtigung.

Hochachtungsvoll!

gez. Bölk.

Abschrift gesandt an:

- 1.) Haupt-E-Ausschuss, Bad Oldesloe
- 2.) Herrn Runge, Kreisverwaltung, Stormarn
- 3.) Herrn Rechtsanwalt Dr. Krämer, Bad Oldesloe

zur gefl. Kenntnisnahme.

Hochachtungsvoll
Fritz Bölk

2. Mite pol. Verfolgter, R

Kreisarchiv Stormarn B2



Handwritten text on the reverse side of the document, including a date stamp "24. März 1948" and a signature "Otto Stahmer". The text is written in German and appears to be a continuation of the letter on the front side. The handwriting is in cursive and somewhat faded. There are also some printed lines and a small stamp visible.

Handwritten text on the front side of the document, including a date stamp "24. März 1948" and a signature "Otto Stahmer". The text is written in German and appears to be a letter or a form. The handwriting is in cursive and somewhat faded. There are also some printed lines and a small stamp visible.

Reinfeld, den 27. 3. 49.

30. März 1948

Bartheide, den 24. März 1948.

8/8.

30. März 1948

An die
Verwaltung des Kreises
Stormarn

in Bad Oldesloe

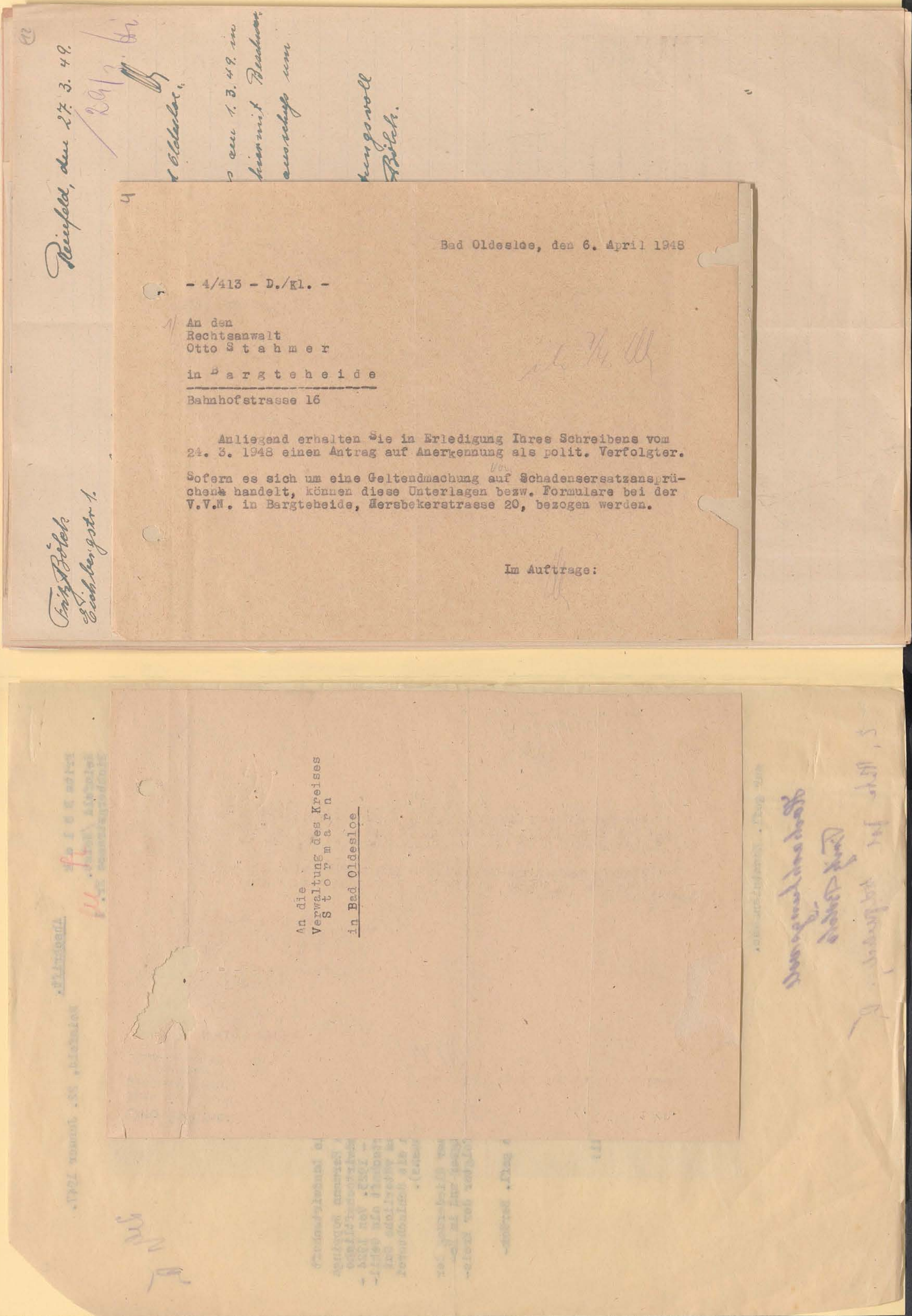
Ot =====

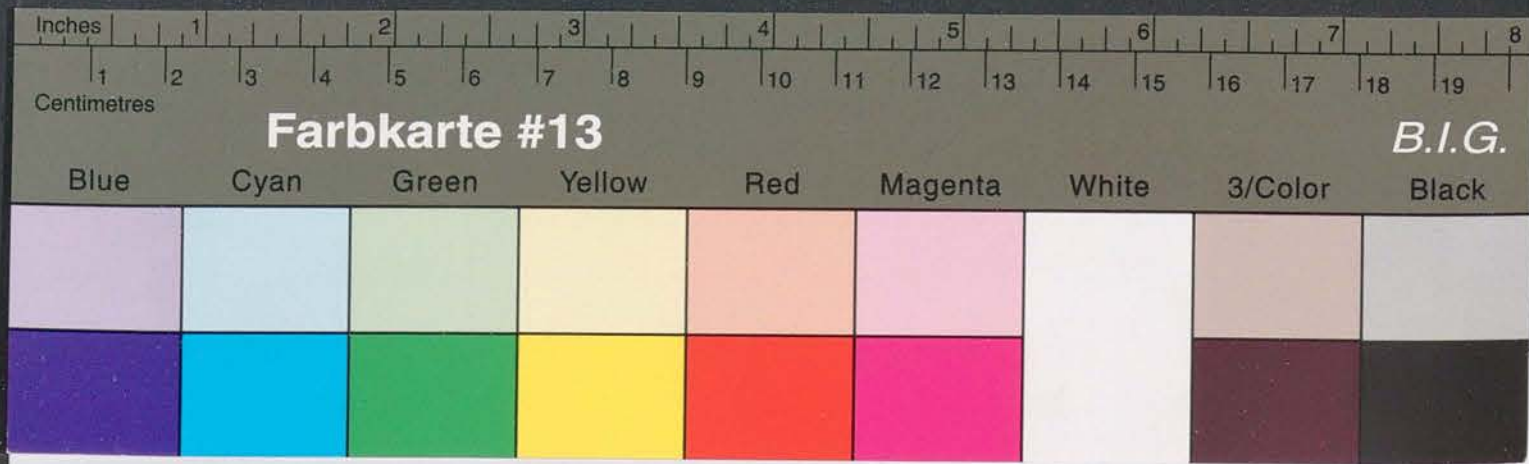
Für die Bearbeitung eines Wiedergutmachungsantrages zu Gunsten eines Opfers des Nazismus gebrauche ich die vorgeschriebenen Antragsformulare, die meines Wissens von dort zur Verfügung gestellt werden.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir recht bald Formulare in der vorgeschriebenen Zahl für den Wiedergutmachungsantrag überlassen würden. Wenn die Formulare von einer anderen Behörde ausgegeben werden, bitte ich meinen Antrag weiterzuleiten.

Rechtsanwalt und Notar.

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Bestätige hiermit, dass ich heute das Kreisverwaltungsheim
in Reinfeld freiwillig verlassen habe.

Reinfeld, den 17. August 34

(Unterschrift)

Otto Stahmer
Rechtsanwalt u. Notar
Bargteheide (Holst.)
2. Bahnhofstrasse 16
Fernsprecher Nr. 402

Bargteheide, den 21. April 1948.
S/S.

An die
Verwaltung des Kreises
Stormarn

in Bad Oldesloe

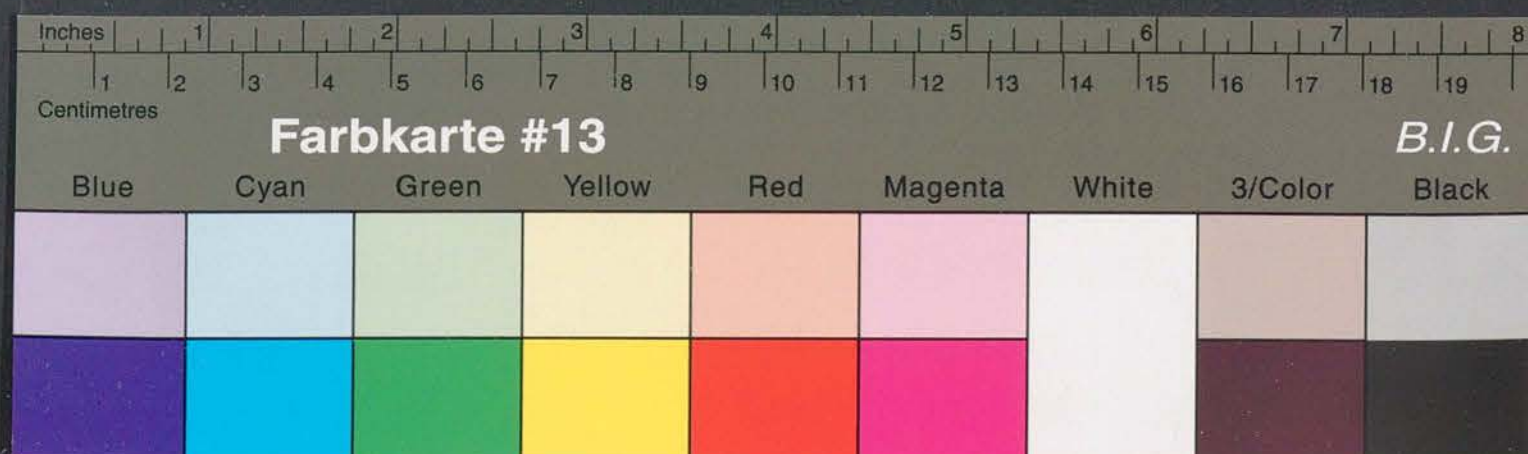
Landratsamt
Bad Oldesloe
22 APR 1948

Mit Schreiben vom 24. März 1948 hatte ich ein Formular für die Bearbeitung eines Wiedergutmachungsantrages erbeten. Mir wurde dann das Formular für den Sonderhilfsausschuss für den Kreis Stormarn zugeschickt. Dieses Formular ist aber offenbar nicht das Richtige, denn mein Mandant hat bereits bereits den Ausweis B des Komitees in Hamburg und des Sonderhilfsausschusses Stormarn Nr. 232 vom 15. 4. 1948. Mein Mandant will einen Antrag auf bevorrechtigte Berücksichtigung beim Erwerb eines landwirtschaftlichen Betriebes stellen. Ich meinte, von dem dortigen Angestellten Herrn Dabelstein gelegentlich erfahren zu haben, dass es dort die Antragsformulare gibt.

Rechtsanwalt und Notar.

Ernst Böhle
Bargteheide 1.

Reinfeld, den 27. 3. 49.



Kreisarchiv Stormarn B2

Otto Stähler
Rechtsanwalt u. Notar
Bargteheide (Holsl.)
2. Bahnhofstr. 16
Fernsprecher Nr. 402

An die
Verwaltung des Kreises
Stormarn

in BAD OLDESLOE

- 4/413 - Böck - D./Re.

Bad-Oldesloe, den 13.5.1948

Herrn
Rechtsanwalt u. Notar
Otto Stähler

in B a r g t e h e i d e

2. Bahnhofstr. 16

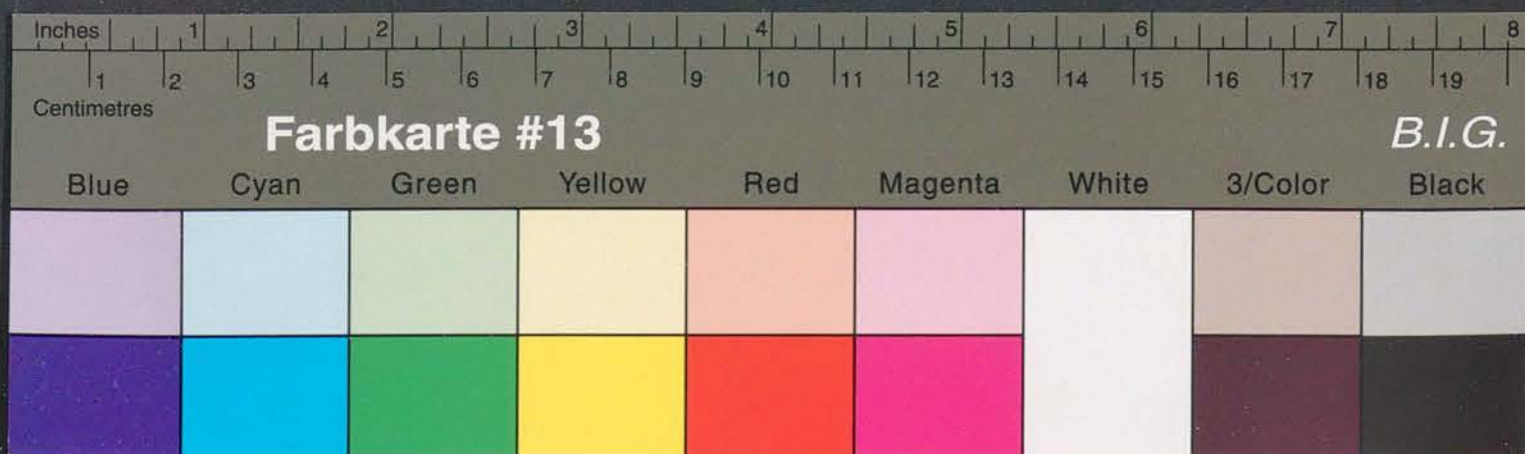
In der Wiedergutmachungssache Fritz Böck in Reinfeld wird der Empfang Ihres Schreibens vom 21.4.1948 bestätigt. Formulare für eine bevorzugte Berücksichtigung beim Erwerb eines landwirtschaftlichen Betriebes sind hier nicht vorhanden. Wenn Ihnen seinerzeit erklärt worden ist, dass Antragsformulare hier sind, so handelte es sich um das Ihnen mit Schreiben vom 6.4.1948 übersandte Formular. Herr Böck mag sich wegen Zuweisung eines landwirtschaftlichen Betriebes mit der Schleswig-Holsteinischen Landgesellschaft in Kiel in Verbindung setzen. Diese wird alsdann weitere Nachfragen bei dem Kreis-Sonderhilfsausschuss in Bad Oldesloe halten.

Im Auftrage:

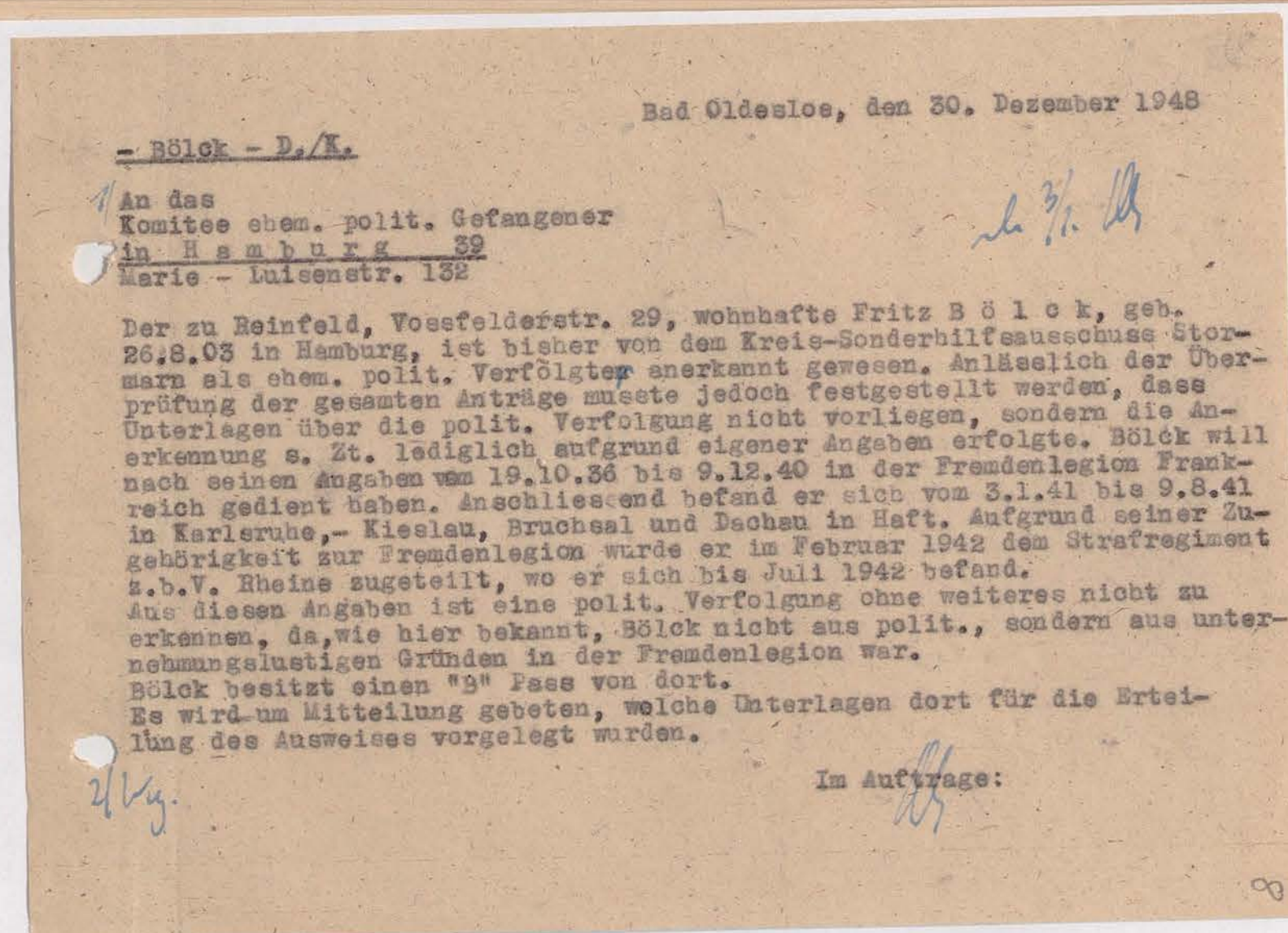
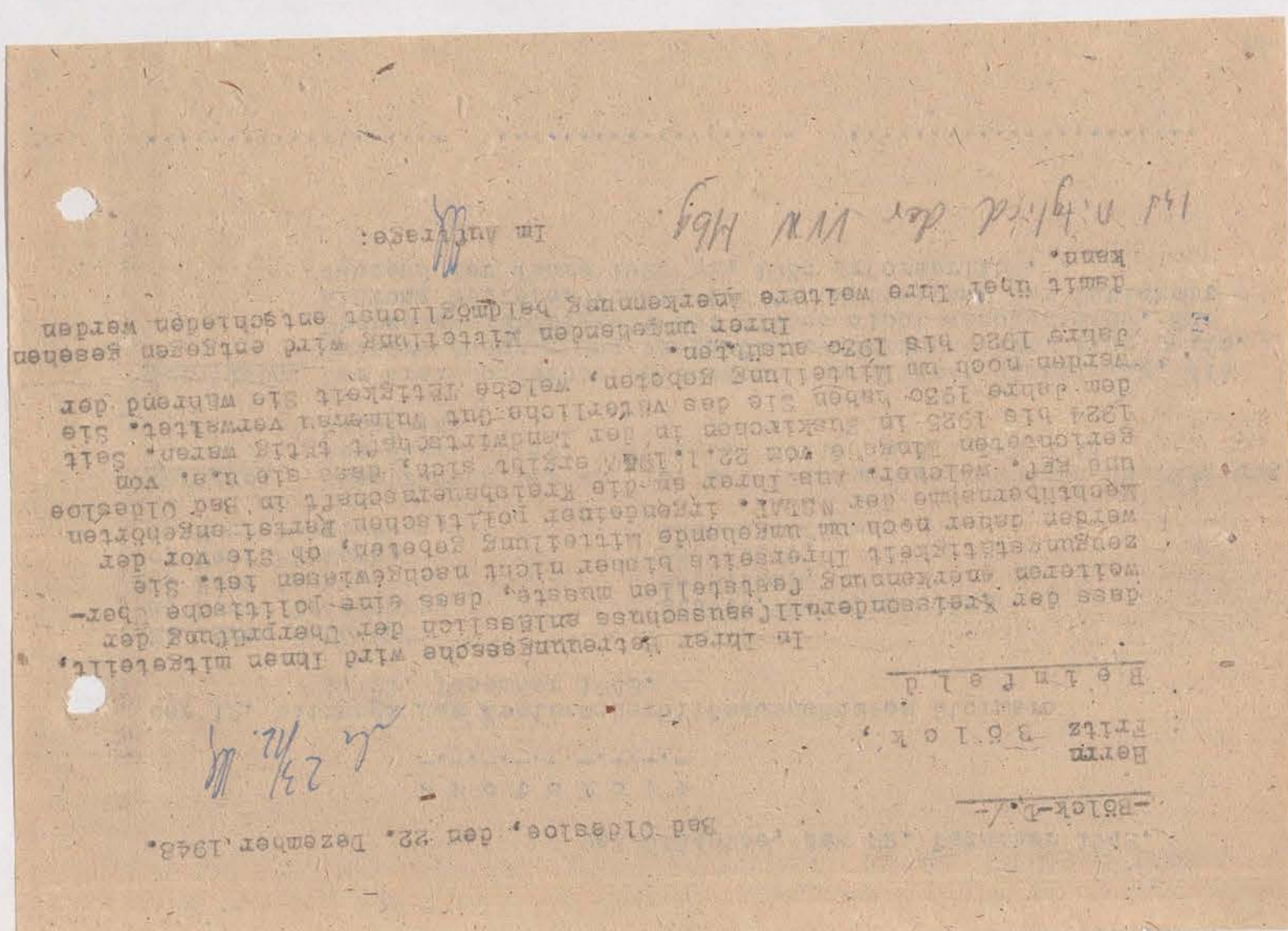
2/ Wity.

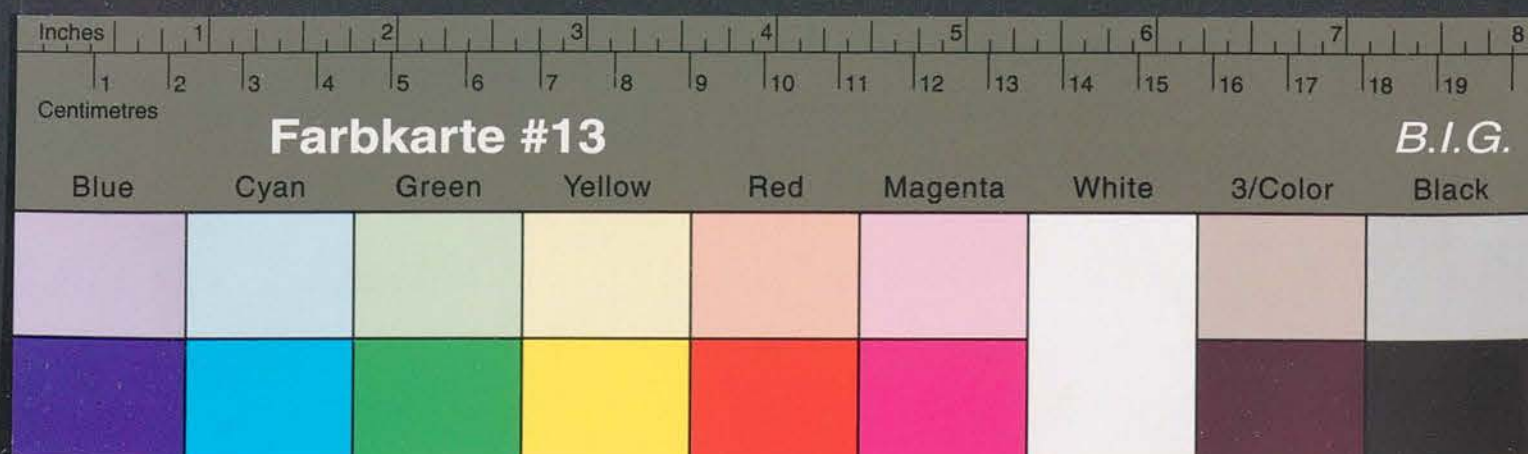
9



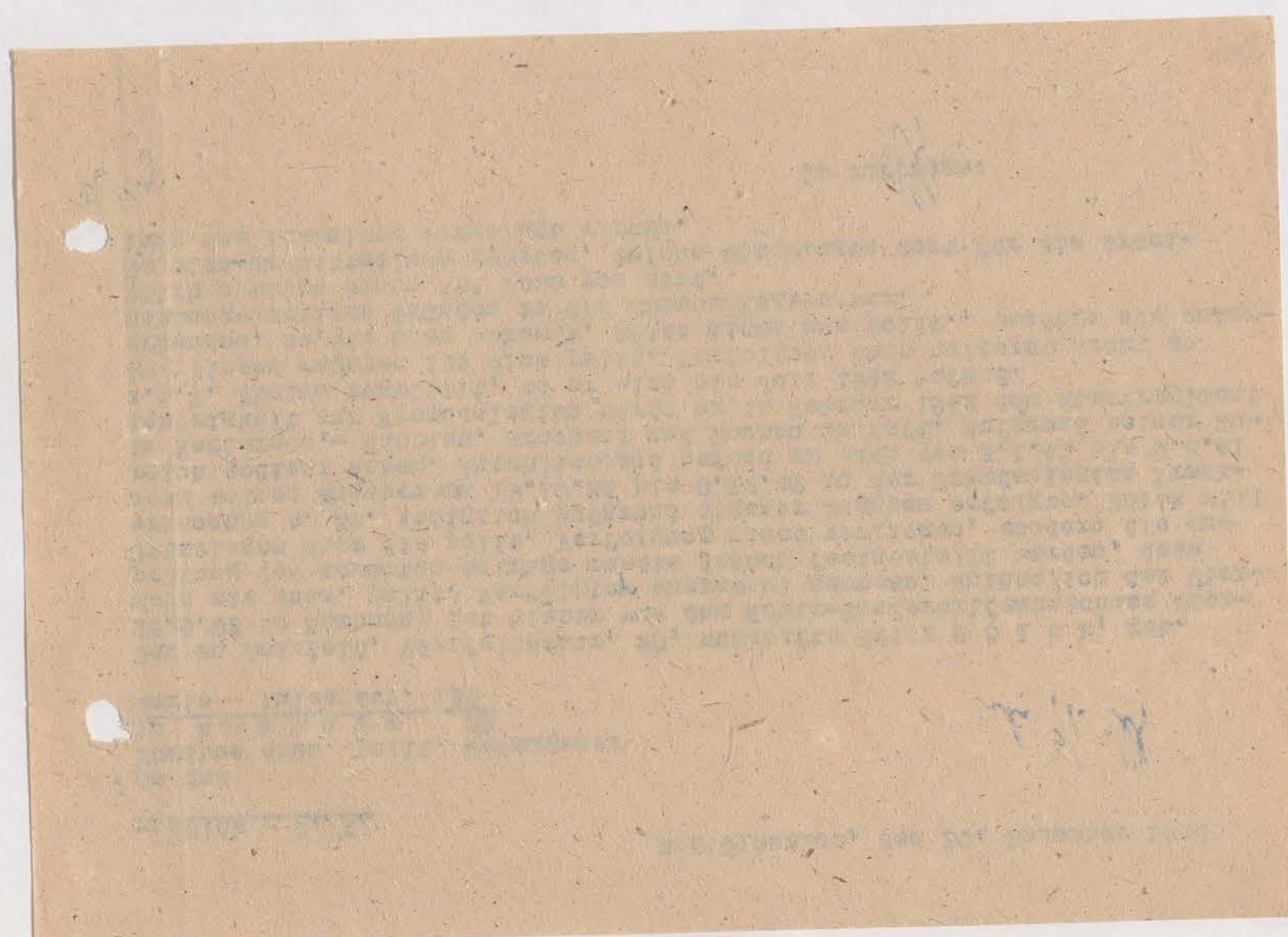


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



Bad Oldesloe, den 15. Januar 1949

- Böck - D./K.

1/ An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten,
Siedlerberatungsstelle
in K i e l

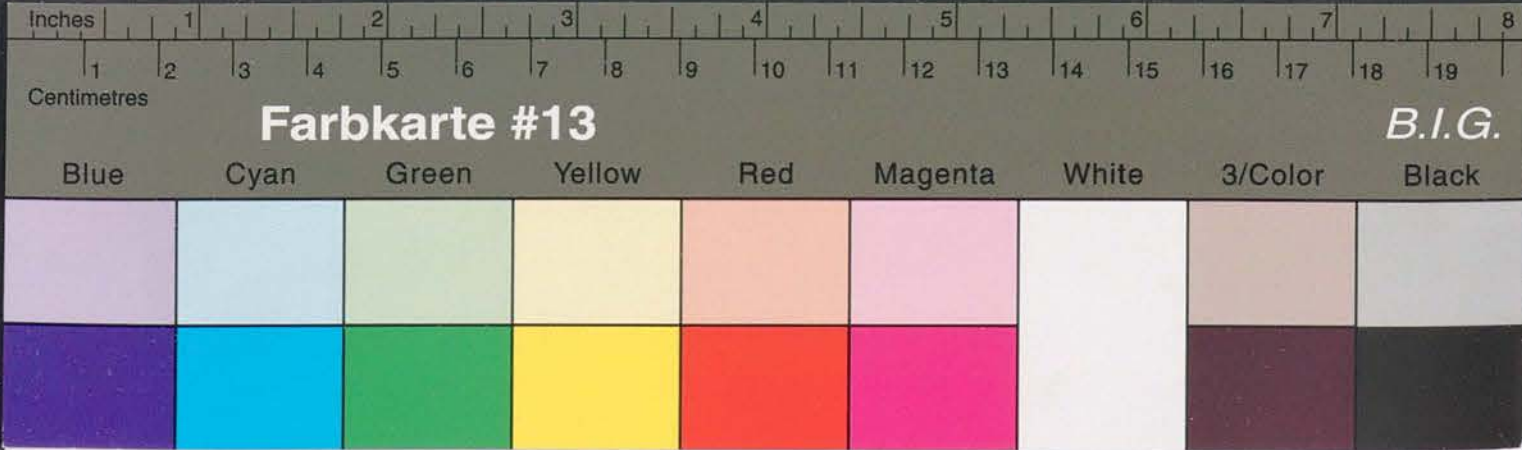
In der Betreuungssache Fritz B ö c k in Reinfeld

Aktz.: III 306 - LK 45.43.3 De.Za.

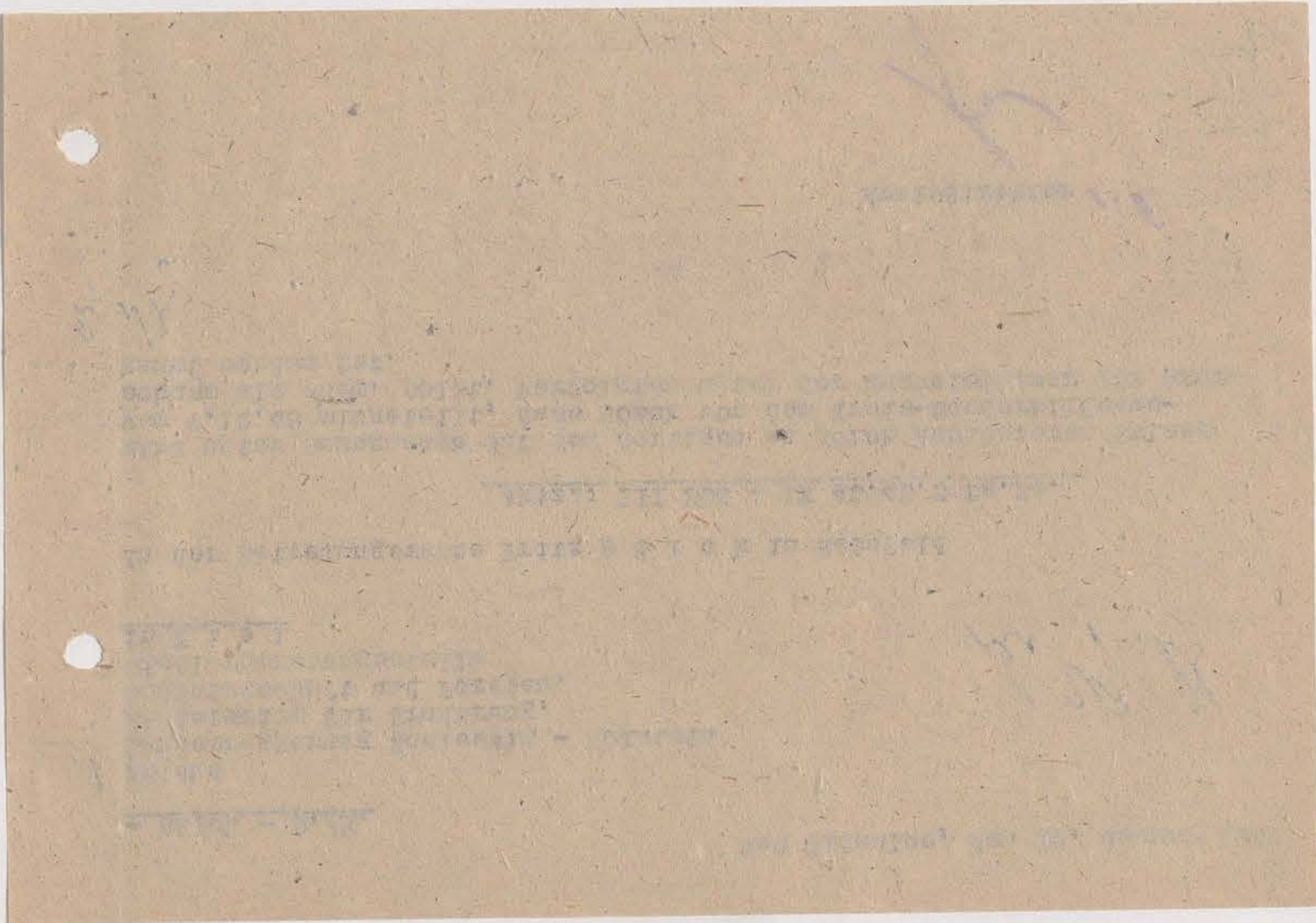
wird unter Bezugnahme auf den dortigen an Böck gerichteten Erlass
vom 7.12.48 mitgeteilt, dass Böck von dem Kreis-Sonderhilfsaus-
schluss als ehem. polit. Verfolgten unter der Ausweisnummer 232 aner-
kannt worden ist.

2/Wg.

Kreisdirektor i. d. *fu*



Kreisarchiv Stormarn B2



Bad Oldesloe, den 26. Februar 1949.

Protokoll

der 14. Sitzung des Kreissonderhilfsausschusses Stormarn
am 12. Februar 1949.

Es waren anwesend:

- a) Herr Westphäling, Vorsitzender,
- b) Herr Lerbe, Beisitzer,
- c) Herr Pietsch, Beisitzer,
- d) Herr Dabelstein, Geschäftsführer.

Vorlage: Überprüfung der weiteren Anerkennung des Fritz B. B. l. c. k. in Reinfeld.

Beschluss: Der Kreissonderhilfsausschuss beschliesst einstimmig, die weitere Anerkennung wegen Fehlens der Voraussetzungen der Zonenanweisung 2900 vom 22.12.1945 abzulehnen. Die Mitgliedschaft zur Fremdenlegion und alsdann folgende Schutzhaft kann als politische Überzeugungstätigkeit nicht anerkannt werden.

.....

10

Kreisarchiv Stormarn B2



Im Auftrage:

Gehten. Blick behauptet u.a., aus politischen Gründen verurteilt worden zu sein. Da es sich um die Verteilung eines Widerstandes-entwurfes handelt, wird auch um Angabe etwa inwieweit getilgte Strichen

In Widerstandssachen wird um Verteilung eines Strategetischen Ober den am 26. August 1943 zu Hamburg, Gehörten Fritz Böck

An die Staatsanwaltschaft, Hamburg.

-Blick-D./- Bad Oldesloe, den 26. Februar 1949.

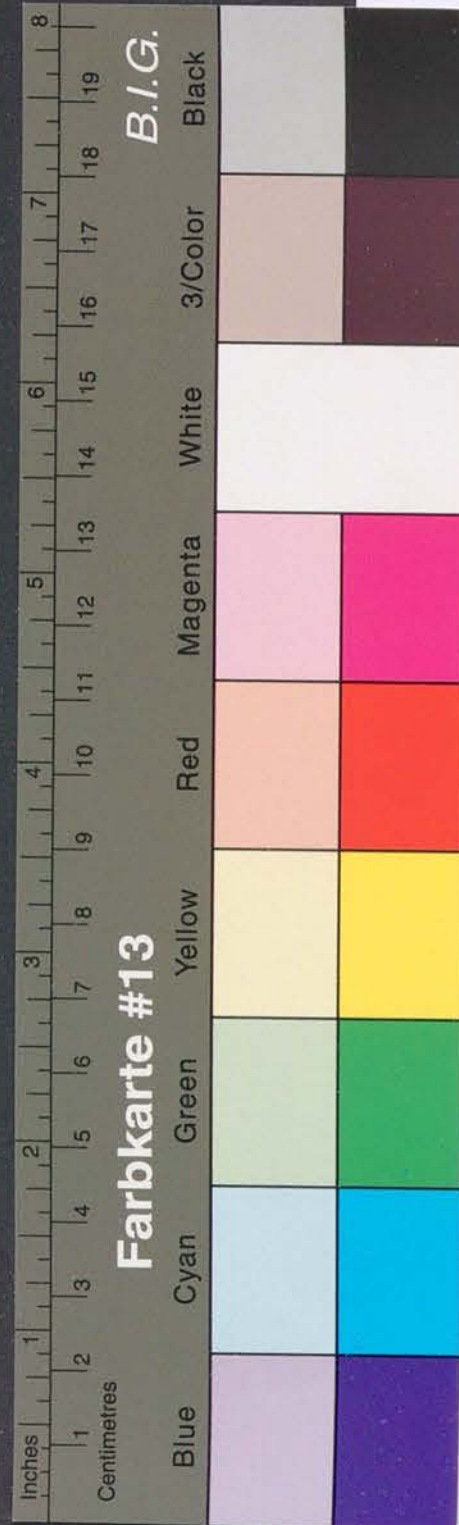
28/2/49

-Blick-D./- Bad Oldesloe, den 26. Februar 1949.

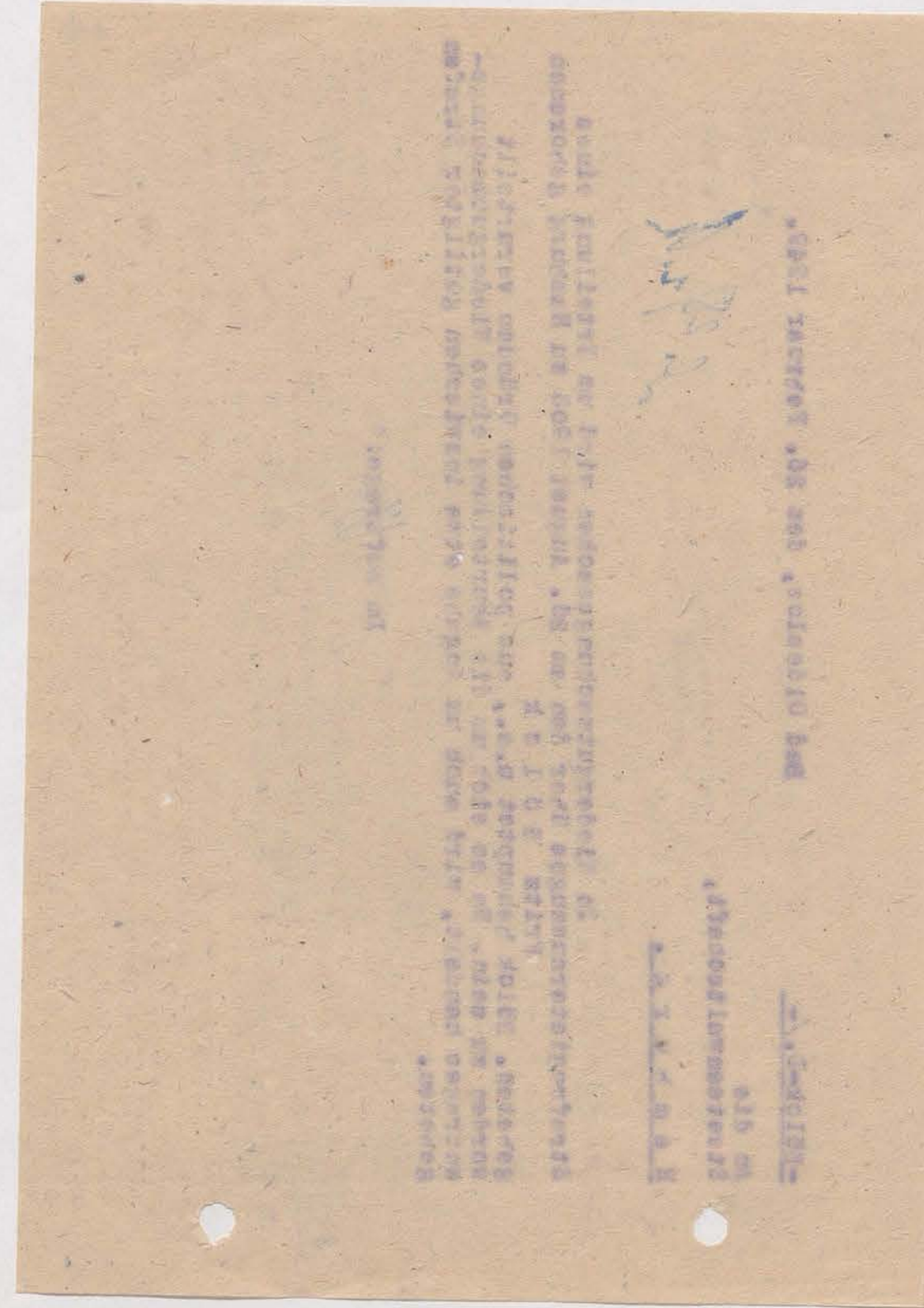
Herrn Fritz Böck, Einschießen: Reinhold Vossfelderstr. 29.

Im Auftrage:

der Kreissonderhilfsausschuss in der Sitzung vom 12. 08. 1948 beschlossen hat, Sie von der weiteren Betreuung als ehem. polit. Verfolgten auszuschließen. Aus den bisher eingereichten Unterlagen ergibt sich nicht, dass als politischer Überzeugungstäter anzuerkennen sind. Wie eine Auskunft der VW in Hamburg ergeben hat, sind auch Sie dort nicht als Kämpfer gegen den Nazismus, sondern als Opfer anerkannt. Die Voraussetzungen der Zonenweisung 2900 vom 22. 12. 1945 können daher als gegeben nicht anerkannt werden. Gegen die Ablehnung der weiteren Anerkennung steht Ihnen das Recht der Beschwerde innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Bescheides an den Landessonderhilfsausschuss zu. Ihre Beschwerde wäre zu begründen und hier bei dem Kreissonderhilfsausschuss einzureichen.



Kreisarchiv Stormarn B2



Fritz Böck
Eichbergstr. 1.

Reinfeld, den 27. 3. 49.

An den
Kreis-Landerhilfsausschuß
Bad Oldesloe.

Auf Ihr Schreiben vom 25. II, welches am 1. 3. 49. in
meinen Besitz gelangte, lege ich hiermit Beschwerde
da ein und bitte den Landerhilfsausschuß um
eine persönliche Vernehmung.

Hochachtungsvoll
Fritz Böck.

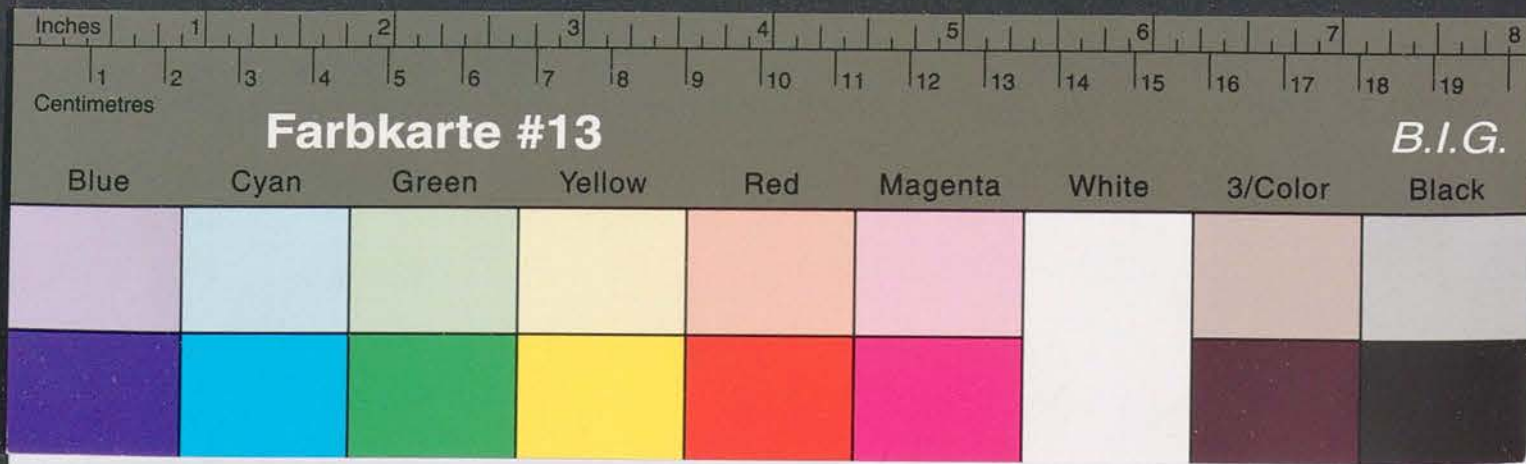
Bad Oldesloe, den 8. April 1949

- Böck - D./K.

Herrn
Fritz Böck
in Reinfeld
Eichbergstr. 1

In Ihrer Betreuungssache wird der Empfang Ihres
Beschwerdeschreibens vom 27.3.49 bestätigt. Sie
werden gebeten, Ihre Beschwerde noch näher zu be-
gründen. Für eine umgehende Einreichung der Be-
schwerdebegründung wollen Sie Sorge tragen, damit
über Ihre Beschwerde bei der demnächst stattfindenden
Sitzung entschieden werden kann.

Im Auftrage:



Kreisarchiv Stormarn B2

4/413 - Kreisson
- Bölc - D./K

Herrn
Fritz Bölc
in Reinfeld
Vossfelderstr. 29

In Ihrer Betreuungssache
ausschuss bisher bin
ten hat. Die VVM. in
Ihr Antrag wird bei
erment zur Verhandlung
Zur Vervollständigung
gierung noch die Ein
forderlich. Wegen der
mit einer siegelführer
setzen. Weiter ist no
digen Meldebehörde de
Wohnort wohnhaft sind

2) Strafregisterauszug
Hamburg einziehen.

2. Juni 1949

4/413 - Kreissonderhilfsausschuss -
- Bölc -

Herrn
Fritz Bölc
in Reinfeld
Vossfelderstr. 29

In Ihrer Betreuungssache sind Sie mit Schreiben vom 8.4.49 gebeten worden,
Ihre gegen die Entscheidung des Kreissonderhilfsausschusses eingelegte Be-
schwerde zu begründen. Eine Begründung ist hier bisher nicht eingegangen.
In Ihrem eigenem Interesse werden Sie gebeten, alsbald die Beschwerdebe-
gründung hier einzureichen.

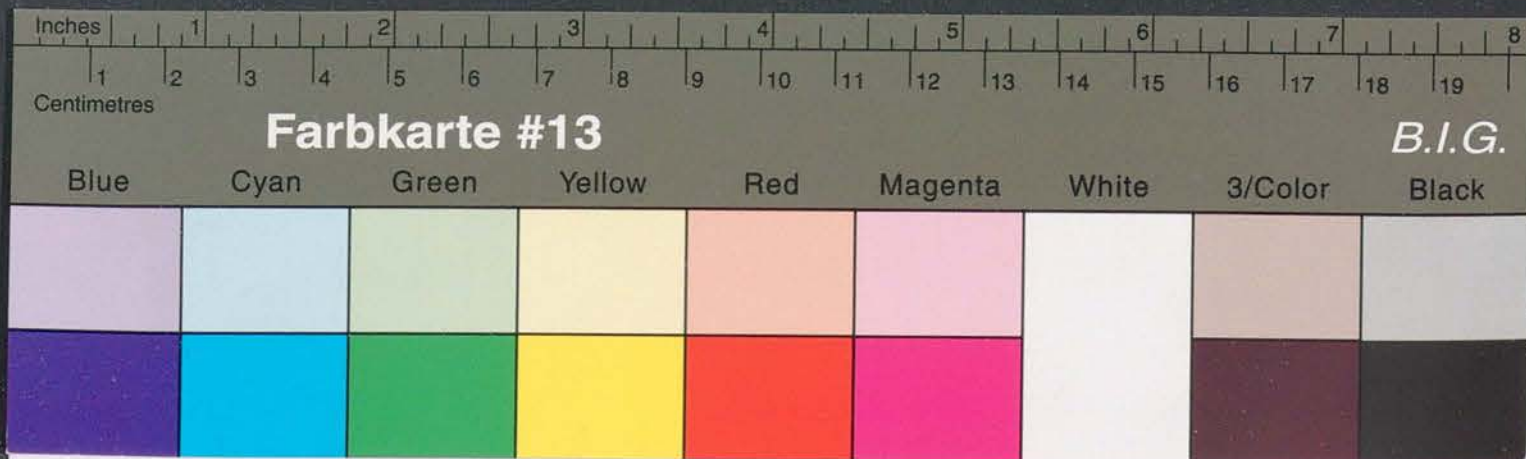
Im Auftrage:

30 JUN 1949
Hamburg

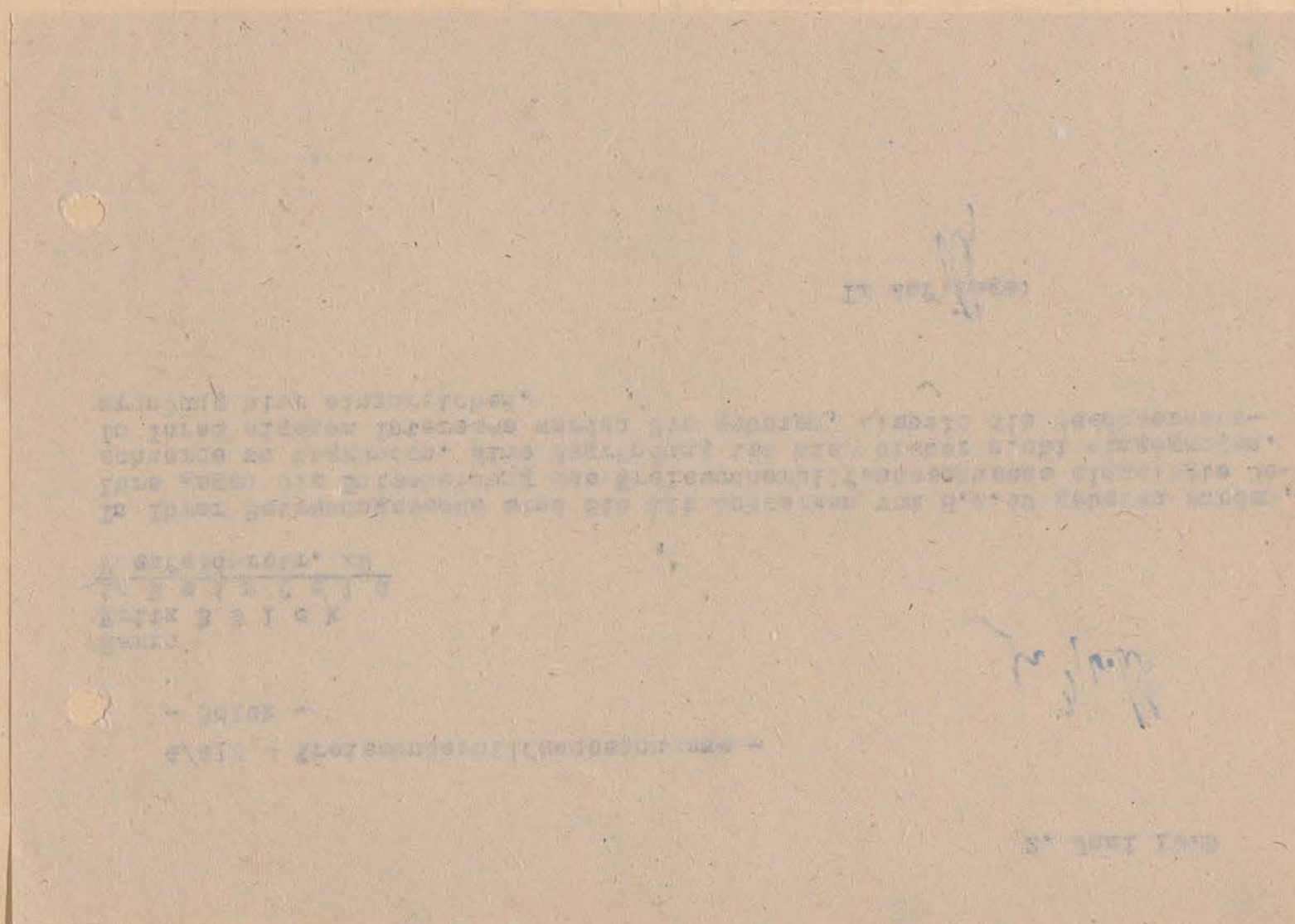
am 28.6.49.

(15)

die geschilderten
in Fall einleiten
abgegeben
aufgeheben



Kreisarchiv Stormarn B2



4/413 - Kreissonderhilfsausschuss -
- Böck - D./K.

26. Juni 1949

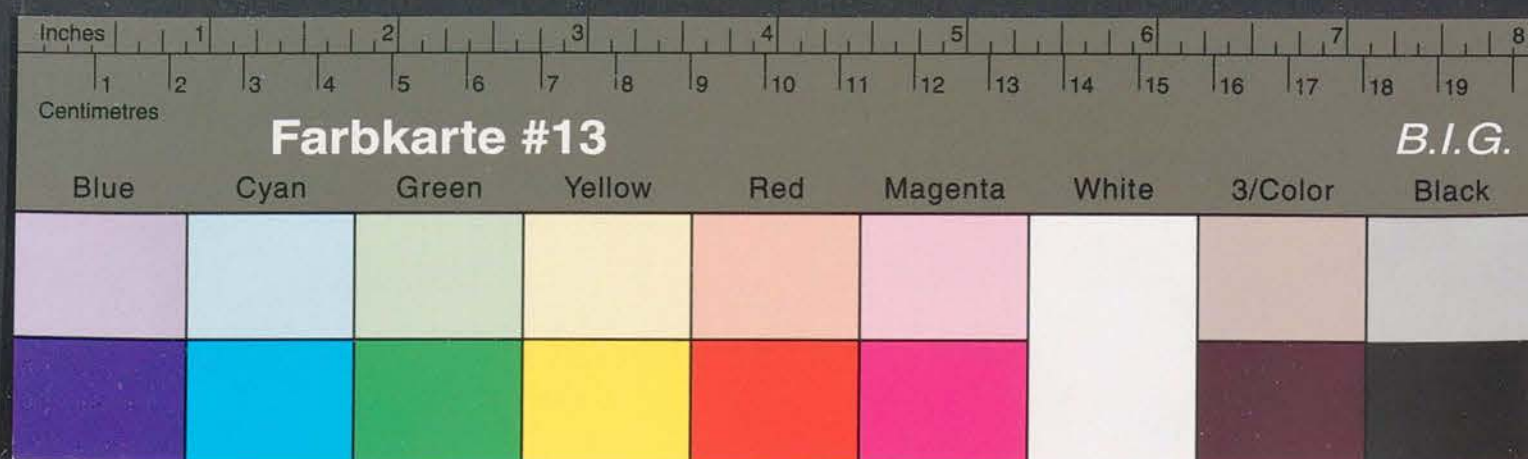
Herrn
Fritz Böck
in Reinfeld
Vossfelderstr. 29

P.D.S.

In Ihrer Betreuungssache wird Ihnen mitgeteilt, dass der Kreissonderhilfe-
ausschuss bisher eine Entscheidung über Ihre Beschwerde noch nicht getrof-
fen hat. Die VVN. in Hamburg hat nochmals zur Sache Stellung genommen.
Ihr Antrag wird bei der nächsten Sitzung des Kreissonderhilfsausschusses
erneut zur Verhandlung kommen.
Zur Vervollständigung Ihrer Betreuungsakte ist auf Anweisung der Landesre-
gierung noch die Einreichung der anliegenden eidesstattlichen Erklärung er-
forderlich. Wegen der Abgabe der eidesstattlichen Erklärung wollen Sie sich
mit einer siegelführenden Person der Stadtverwaltung Reinfeld in Verbindung
setzen. Weiter ist noch die Einreichung einer Bescheinigung Ihrer zustän-
digen Meldebehörde darüber erforderlich, seit wann Sie an Ihrem jetzigen
Wohnort wohnhaft sind.

2. Strafregisterauszug von der Staatsanwaltschaft Im Auftrage:
Hamburg einziehen.

14



Kreisarchiv Stormarn B2

- Böck - D./K.

Bad Oldesloe, den 9. August 1949

Protokoll

der 26. Sitzung des Kreissonderhilfe-
ausschusses Stormarn am 4. Aug. 1949.

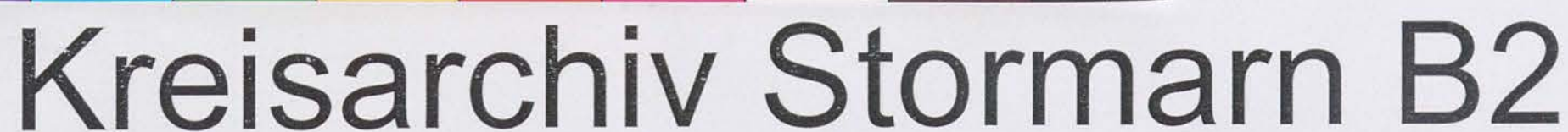
Es waren anwesend:

1. Herr Siege,
2. Herr Prof. Dr. Benner,
3. Herr Pietsch,
4. Herr Dabelstein,

Vorsitzender
Beisitzer
stellv. Beisitzer
Geschäftsführer.

Vorlage: Überprüfung der am 15.5.46 ausgesprochenen Anerkennung des ehem.
polit. Verfolgten Fritz Böck in Reinfeld.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst nochmals einstimmig,
die weitere Anerkennung zurückzustellen, da die Voraussetzungen
für eine weitere Anerkennung als gegeben noch nicht anerkannt
werden können., da der Nachweis der polit. Einstellung gegen
den Nationalsozialismus nicht erbracht ist. Die Verhaftung
nach Rückkehr aus der Fremdenlegion kann als polit. Massnahme
nicht angesehen werden. Unterlagen darüber, dass die Verhaf-
tung aus polit. Gründen erfolgte, sind bisher nicht beige-
bracht.



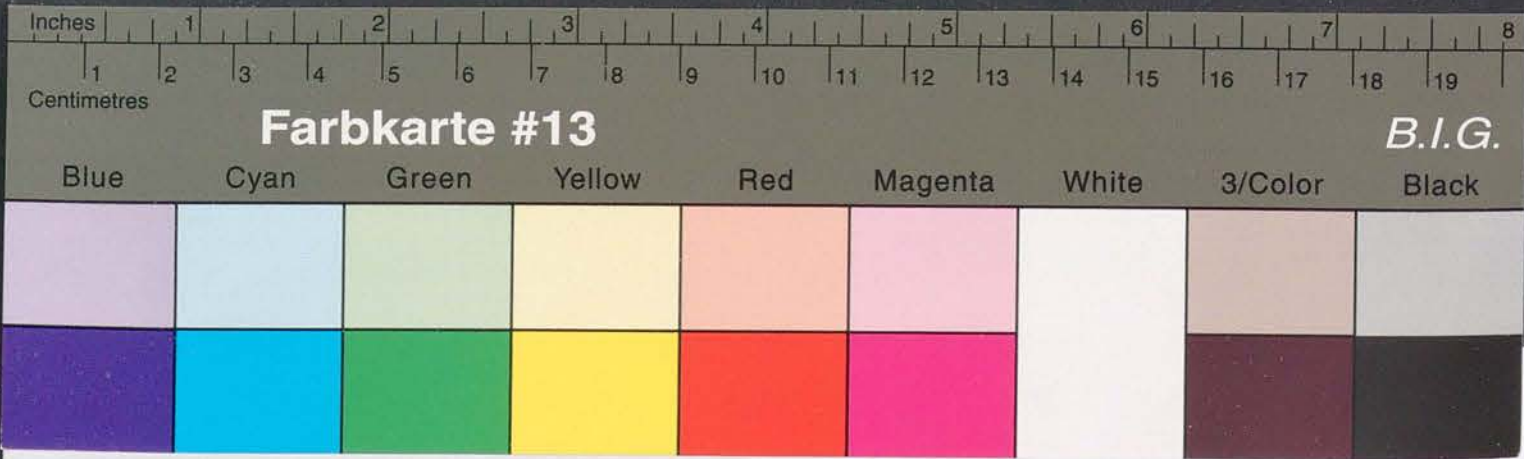
पुस्तक संग्रहालय, पुणे २० वर्षांपूर्वी तयार

Im Auftrage:



Edo. 12.8.49
N. Vollenhardt
12/8/49

Tracy Dick



Kreisarchiv Stormarn B2

Vgl.
1. Strafregisterversuch einzeln.
2. W.

Bad Oldesloe, den 22. August 1949

22/8/49

20. September 1949

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -
- Böck - D./K.

Herrn
Fritz Böck
in Reinfeld
Eichbergstr. 1

In Ihrer Beschwerdesache wird Ihnen unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 15.8.49 mitgeteilt, dass Sie als Beschwerdeführer zur Beibringung des erforderlichen Nachweises Ihrer polit. Verfolgung verpflichtet sind. Es obliegt nicht dem Kreissonderhilfsausschuss, die in Ihrem Schreiben benannten Zeugen zu vernehmen. Falls Ihrerseits eine persönliche Vernehmung der Zeugen vor dem Ausschuss für erforderlich gehalten werden sollte, müssen die entstehenden Kosten Auslagen der Zeugen von Ihnen getragen werden.

Sie wollen veranlassen, dass die von Ihnen benannten Zeugen eidesstattliche Erklärungen hier einreichen. Erst nach Eingang dieser Erklärungen kann eine Entscheidung über Ihre Beschwerde getroffen werden.

Im Auftrage:

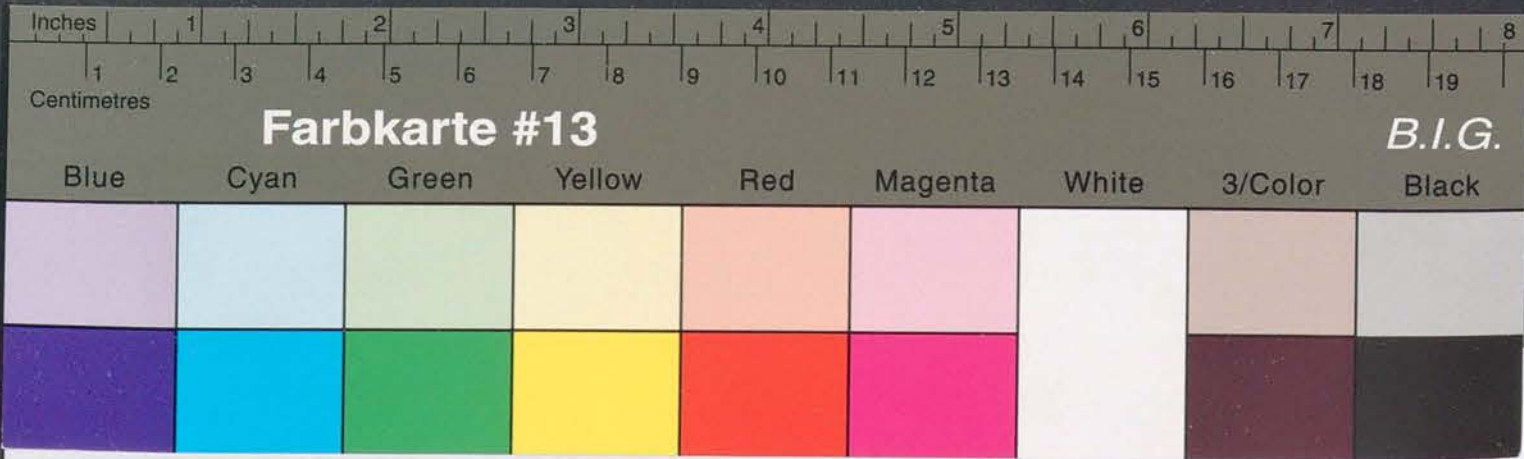
WILHELM SCHRADER

Rechtsbeistand
Beratung in Steuersachen
zugel. bei dem Amtsgericht Steinhorst
Fennel 146 - Postfach: Hamburg 21146
Bankkont.: Volksbank eGmbH Bad Oldesloe
Kreissparkasse Stormarn in Bad Oldesloe
Gesch.-Nr. 44/50

Au Gen

Bad Oldesloe, den 14. Apr. 1950
Mühlenstraße 20

(37)



Kreisarchiv Stormarn B2

YtR.
1. Strafrechts
2. W.

Bekanntmachung

über die Auslegung des Wählerverzeichnisses für die Wahl
zum ersten Bundestag am 14. August 1949
in der Gemeinde

Das Wählerverzeichnis für die am 14. August 1949 stattfindende Wahl zum ersten Bundestag
liegt in der Zeit

vom 18. Juli bis 24. Juli 1949

an nachstehender Stelle

zu folgenden Tageszeiten

zur öffentlichen Einsichtnahme aus.

Der **berufstätigen Bevölkerung** ist besonders an folgenden Tagen zu den dort angegebenen
Zeiten Gelegenheit zur öffentlichen Einsichtnahme gegeben.

Bad Oldesloe, den 22. August 1949

22.8.49

Handwritten signature: *Handwritten signature*

- Böck - D./K.

Bad Oldesloe, den 20. September 1949

Protokoll

der 33. Sitzung des Kreissonderhilfeaus-
schusses Stormarn am 17. September 1949.

Es waren anwesend:

1. Herr Siege,
2. Herr Prof. Dr. Benner,
3. Herr Pietsch,
4. Herr Dabelstein,

Vorsitzender
Beisitzer
stellv. Beisitzer
Geschäftsführer.

Vorlage: Beschwerde des Fritz Böck in Reinfeld.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig, die Ent-
scheidung über die Beschwerde erst nach Eingang der Zeugenaussa-
gen zu treffen.
Der Beschwerdeführer selbst ist verpflichtet, die zur Glaubhaft-
machung seines Antrages erforderlichen Unterlagen zu beschaffen
und dem Kreissonderhilfeausschuss einzureichen.

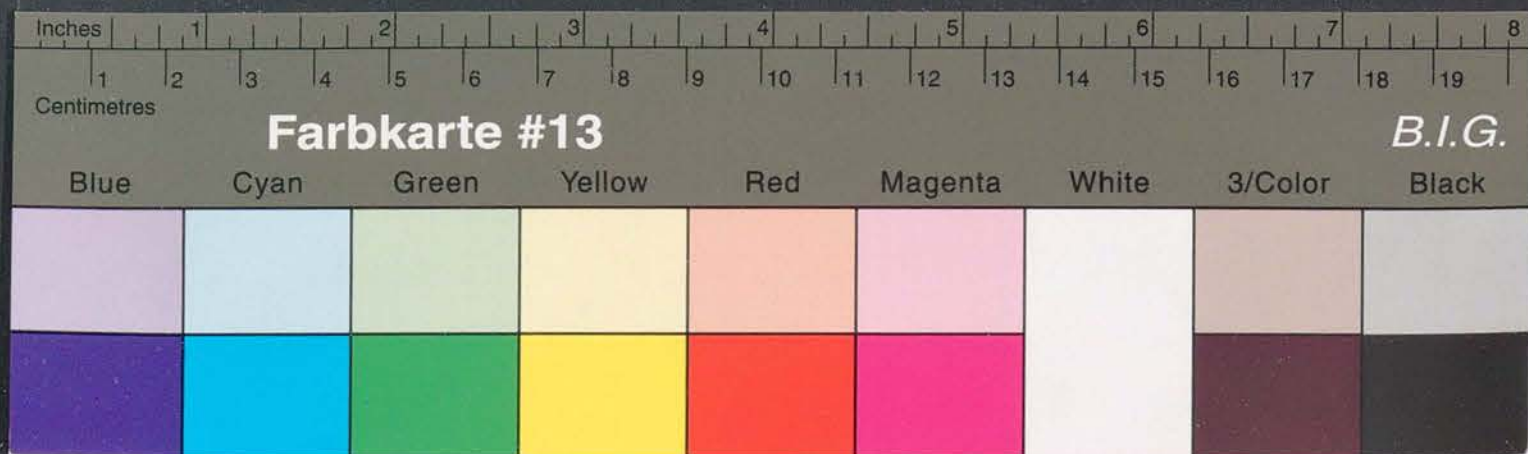
WILHELM SCHRADER
Rechtsbeistand
Beratung in Steuerachen
zugel. bei dem Amtsgericht Steinbohl
Famrat 146 - Postfach: Hamburg 21146
Bankkont.: Volksbank eGmbH Bad Oldesloe
Kreissparkasse Stormarn in Bad Oldesloe

Au Gen

Bad Oldesloe, den 14. Apr. 1950
Mühlentstraße 20

20
aus
arn

Handwritten text: *Handwritten text*



Kreisarchiv Stormarn B2

Bekanntmachung

über die Auslegung des Wählerverzeichnisses für die Wahl
zum ersten Bundestag am 14. August 1949
in der Gemeinde

Das Wählerverzeichnis für die am 14. August 1949 stattfindende Wahl zum ersten Bundestag
liegt in der Zeit

vom 18. Juli bis 24. Juli 1949

an nachstehender Stelle

zu folgenden Tageszeiten

zur öffentlichen Einsichtnahme aus.

Der **berufstätigen Bevölkerung** ist besonders an folgenden Tagen zu den dort angegebenen
Zeiten Gelegenheit zur öffentlichen Einsichtnahme gegeben.

VfG.
1. Strafreger
2. Wv.

Bad Oldesloe, den 22. August 1949

Protokoll

der 58. Sitzung des Kreissonderhilfeaus-
schusses Stormarn am 7. Februar 1950.

waren anwesend:

- | | |
|---------------------------|-------------------|
| 1. Herr Siege, | Vorsitzender |
| 2. Herr Prof. Dr. Benner, | Beisitzer |
| 3. Herr Pietsch, | stellv. Beisitzer |
| 4. Herr Dabelstein, | Geschäftsführer. |

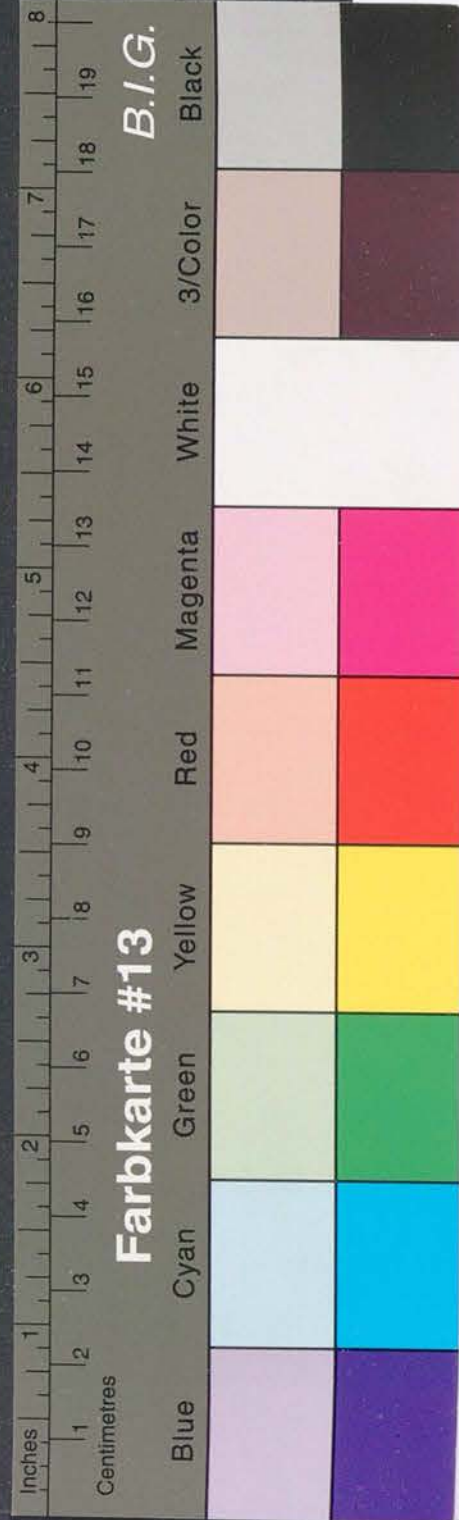
Vorlage: Überprüfung der Anerkennung des Fritz Böck in Reinfeld.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig, die Ent-
scheidung über die weitere Anerkennung vorläufig noch zurückzu-
stellen und zunächst noch den von dem Antragsteller benannten
Zeugen Peters darüber zu vernehmen, ob Böck seiner Zeit aus
polit. Gründen zum Strafregiment ZBV. Rheine einzogen ist.

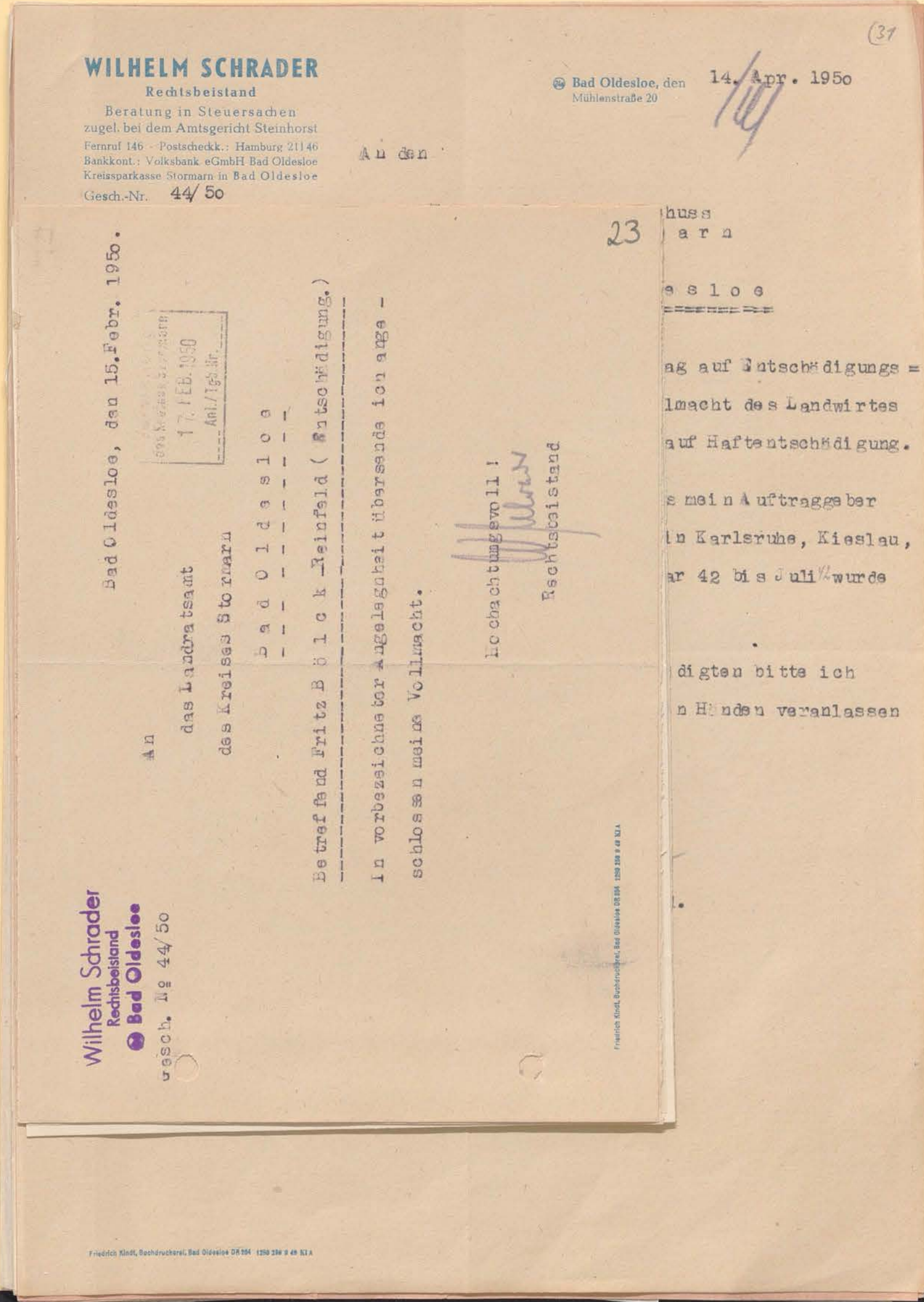
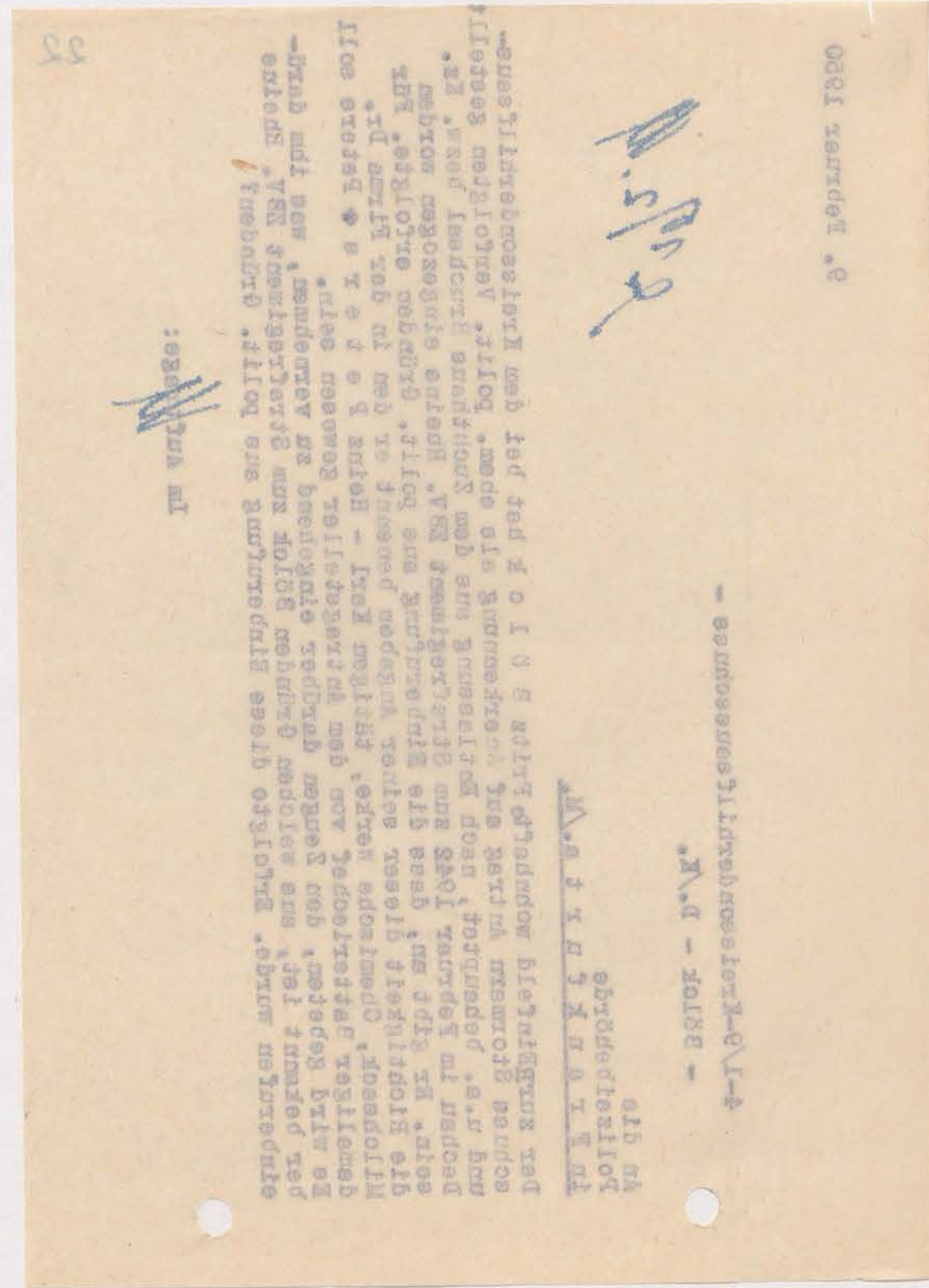


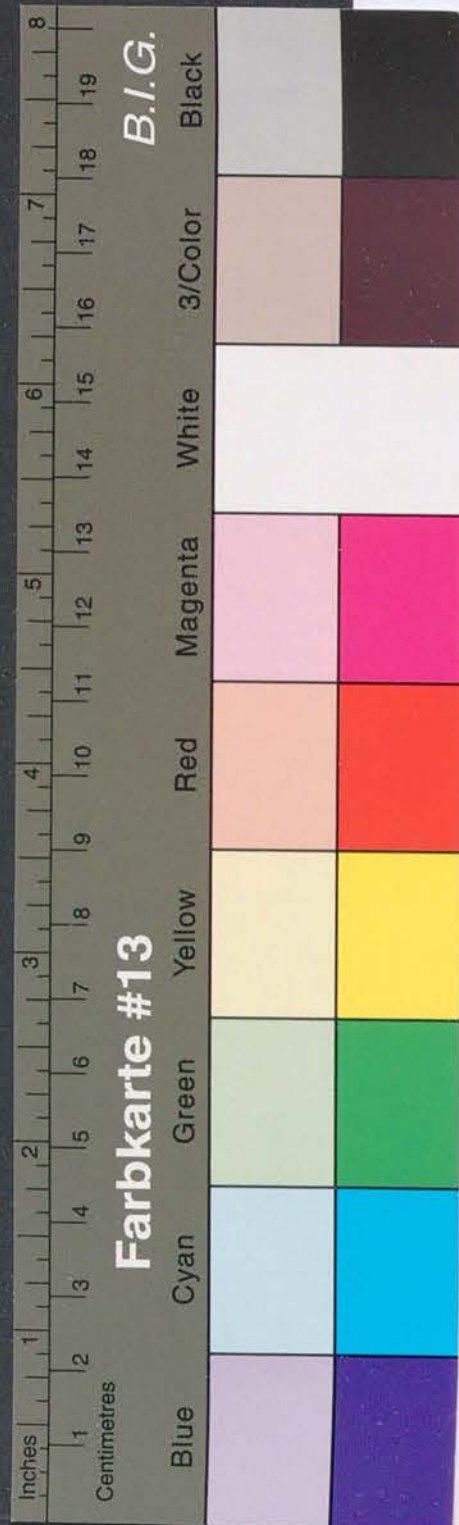
Б Л О Ф О К О У Т

Im Auftrage:



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Bad Oldesloe, den 22. August 1949

Vfg.

1. Strafregister

2. Wv.

WILHELM SCHRADER

Rechtsbeistand
Beratung in Steuersachen
zugel. bei dem Amtsgericht Steinhorst
Fernruf 146 - Postscheckk.: Hamburg 21140
Bankkont.: Volksbank eGmbH Bad Oldesloe
Kreisbank Sparkasse Stormarn in Bad Oldesloe
Gesch.-Nr. 44/50

Bad Oldesloe, den
Mühlenstraße 20

14. Apr. 1950

An den

Ausschuss
Stormarn

Bad Oldesloe

Ich

erteile Herrn Rechtsbeistand

Wilhelm Schrader in Bad Oldesloe

Vollmacht

mich in der Sache

gegen den Kreissonderhilfsausschuss
in Bad Oldesloe

wegen Entschädigung (Hafte)

vor dem Amtsgericht

zu vertreten, Anträge für mich zu

stellen, und Gelder für mich entgegenzu-
nehmen.

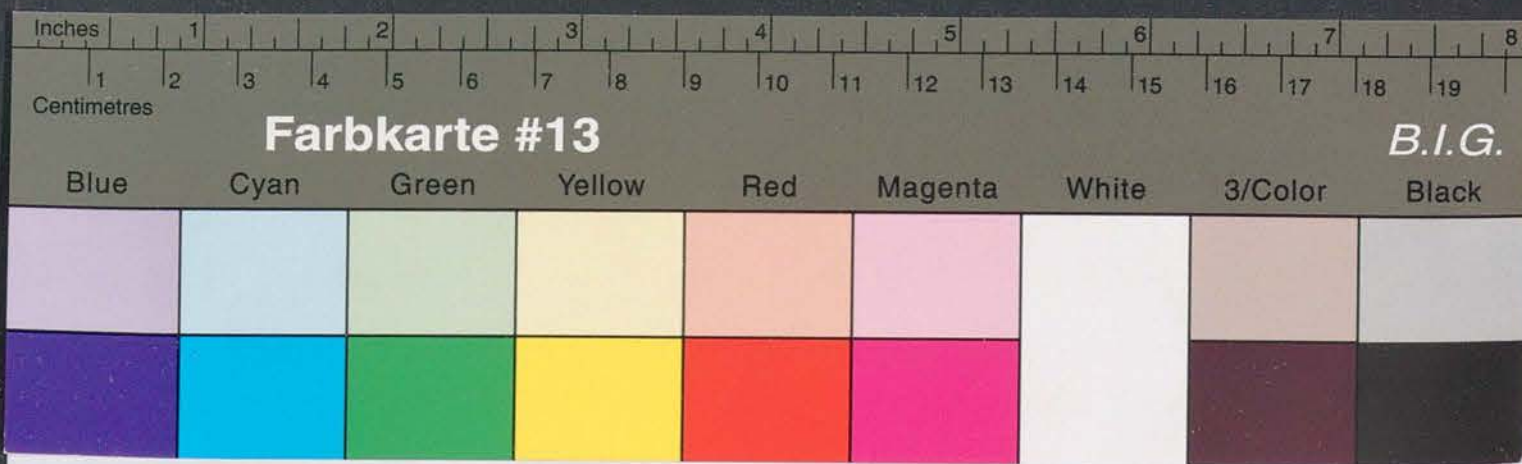
Bad Oldesloe, den 15. 2. 1950

Wilhelm Schrader

ag auf Entschädigungs-
macht des Landwirtes
auf Haftentschädigung.

mein Auftraggeber
in Karlsruhe, Kieselau,
am 42 bis Juli wurde

digten bitte ich
in Händen veranlassen



Kreisarchiv Stormarn B2

VCR.
1. Strafregister
2. W.

Bad Oldesloe, den 22. August 1949

21. Februar 1950

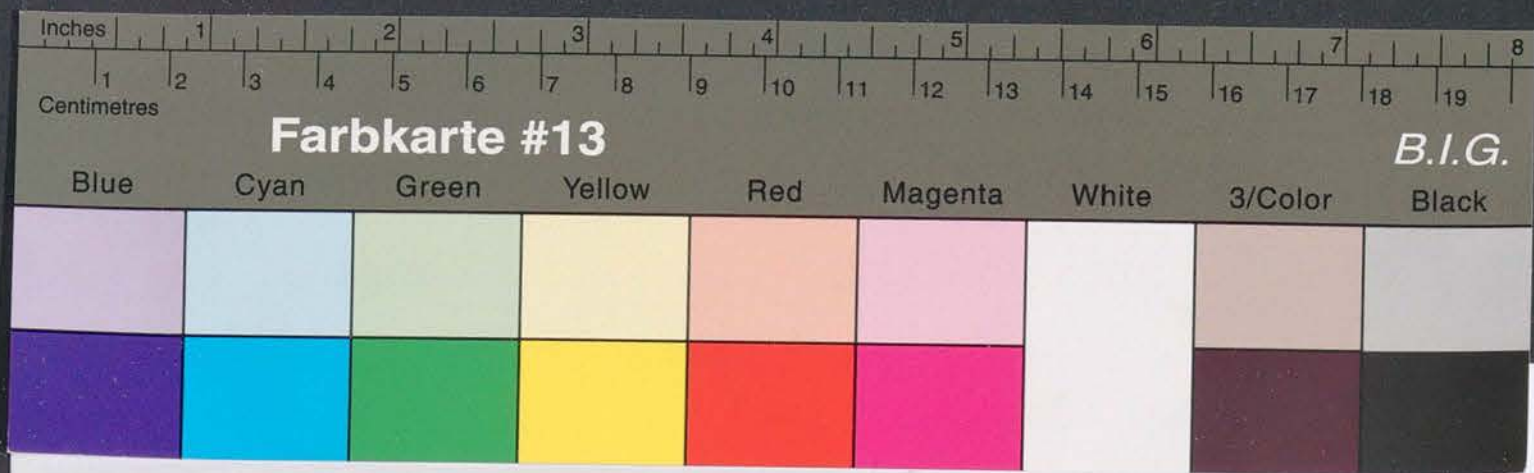
4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -
- Böck - D./K.

Herrn
Wilhelm Schrader
Rechtsbeistand
in Bad Oldesloe

In der Angelegenheit Fritz Böck in Reinfeld wird unter Bezugnahme auf die Rücksprache vom 16. d. Mts. mitgeteilt, dass der Kreissonderhilfsausschuss sich noch zwecks Vernehmung des Zeugen Peters an die Polizeibehörde in Frankfurt a./M. gewandt hat. Der Kreissonderhilfsausschuss wird nach Eingang dieser Vernehmung erneut zur Anerkennung Stellung nehmen.

Im Auftrage:

25



Kreisarchiv Stormarn B2

21. Februar 1950

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -
- Böck - D./K.

Herrn
Wilhelm Schrader
Rechtsbeistand
in Bad Oldesloe

In der Angelegenheit Fritz Böck in Reinfeld wird unter Bezugnahme auf die Rücksprache vom 16. d. Mts. mitgeteilt, dass der Kreissonderhilfsausschuss sich noch zwecks Vernehmung des Zeugen Peters an die Polizeibehörde in Frankfurt a./M. gewandt hat. Der Kreissonderhilfsausschuss wird nach Eingang dieser Vernehmung erneut zur Anerkennung Stellung nehmen.

Im Auftrage:

23/2. 1950

25

STADT FRANKFURT AM MAIN

FRANKFURT AM MAIN, den 20. Febr. 1950

PLATZ DER REPUBLIK 11
Fernsprecher: 30331, 70331
Postcheckkonto:
Polizeikasse Frankfurt am Main 7149

23/2. 1950

DER POLIZEI-PRÄSIDENT

An die
Verwaltung des Kreises Stormarn
- Der Kreisdirektor -
Bad Oldesloe

Geschäftszeichen: Kr. Sp.-A.
Tgb.Nr. 274/50

Betrifft: Vernehmung des Zeugen Karl-Heinz Peters.
Bezug: Dort. Schreiben vom 9.2.50, Az.: 4-1/9- Kreissonderhilfsausschuss -Böck - D./K.

Auf Ihr obiges Schreiben teile ich Ihnen höflichst mit, dass der Zeuge Peters zu diesem Vorgang noch nicht gehört werden konnte, da er sich bis Anfang März ausserhalb von Frankfurt/M auf Geschäftsreisen befindet.

I.A.:
(Wimmer)
Krim.Komm.

Bd. Nr. 27.2.50
zum Vorgang.

20 449 Graphia

26

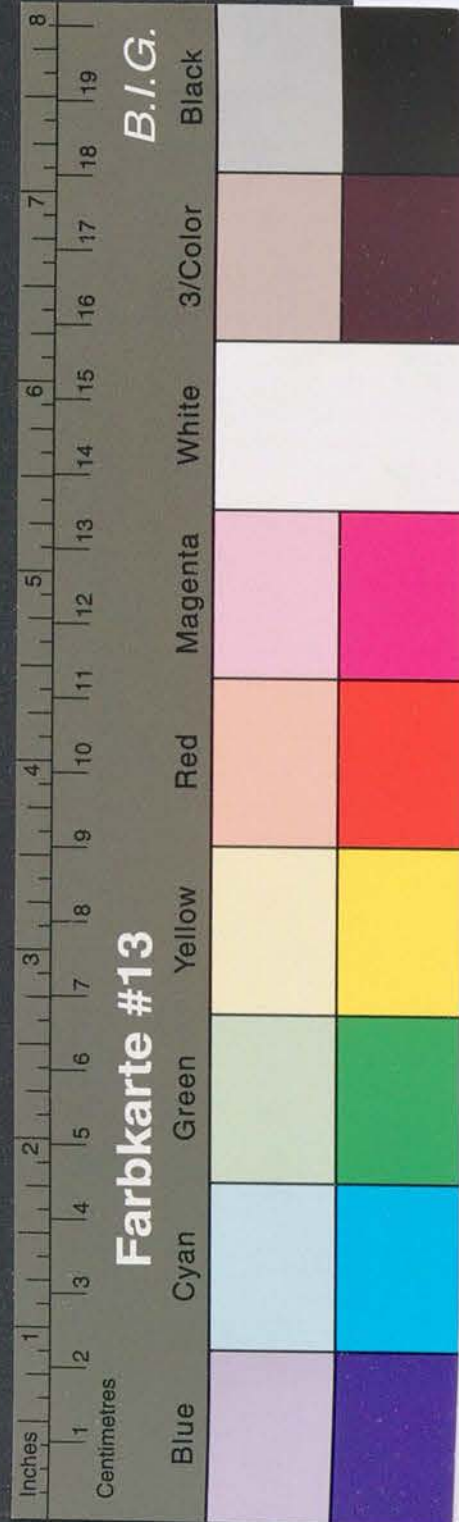
WILHELM SCHRADER
Rechtsbeistand
Beratung in Steuerachen
zugel. bei dem Amtsgericht Steinhorst
Fennel 146 - Postcheckk.: Hamburg 21146
Bankkont.: Volksbank eGmbH Bad Oldesloe
Kreispolizei Stormarn in Bad Oldesloe
Gesch.-Nr. 44/50

14. Apr. 1950

37

aus
at n
s l o g
=====

ag auf Intscheldigung =
lmaent des Landwirts
auf Haftentschuldigung.
s meln A u f t r a g g e b e r
in Karlshöhe, Kieselau,
ar 42 bis 44 wurde
di gten bitte ich
n Händen veranlassen



Kreisarchiv Stormarn B2

Vfg.

1. Strafregister

2. Wv.

Bad Oldesloe, den 22. August 1949

WILHELM SCHRADER

Rechtsbeistand
Beratung in Steuersachen
zugel. bei dem Amtsgericht Steinhorst
Fernruf 146 - Postscheckk.: Hamburg 21146
Bankkont.: Volksbank eGmbH Bad Oldesloe
Kreissparkasse Stormarn in Bad Oldesloe
Gesch.-Nr. 44/50

Bad Oldesloe, den 14. Apr. 1950
Mühlenstraße 20

An den

Bad Oldesloe, den 28. Februar 1950.

An

WILHELM SCHRADER

Rechtsbeistand
Beratung in Steuersachen
zugel. bei dem Amtsgericht Steinhorst
Fernruf 146 - Postscheckk.: Hamburg 21146
Bankkonto: Volksbank eGmbH Bad Oldesloe
Kreissparkasse Stormarn in Bad Oldesloe
Gesch.-Nr. 44/50

die Verwaltung des Kreises Stormarn

Abt. 4 - 1/9 - Kreissonderhilfsausschuss -

Bad Oldesloe

G.Z.: - Böck - E. / L.

In vorbezeichneten Angelegenheit übersende ich eingeschlossen eine Abschrift des ~~XXXXXXXXXXXX~~ eidstattlichen ~~Arktis~~ -
rungs des Karl - Heinz - sters vom 11.2.50 zur gefl. Kenntnisnahme.
M. E. kann von der persönlichen Vernehmung des p. reters Abstand
genommen werden, um das Verfahren beschleunigt zu ~~Arkte~~ zu führen.

Hochachtungsvoll:

Rechtsbeistand

Friedrich Klatt, Buchdruckerei, Bad Oldesloe DR 204 1200 230 9 44 674

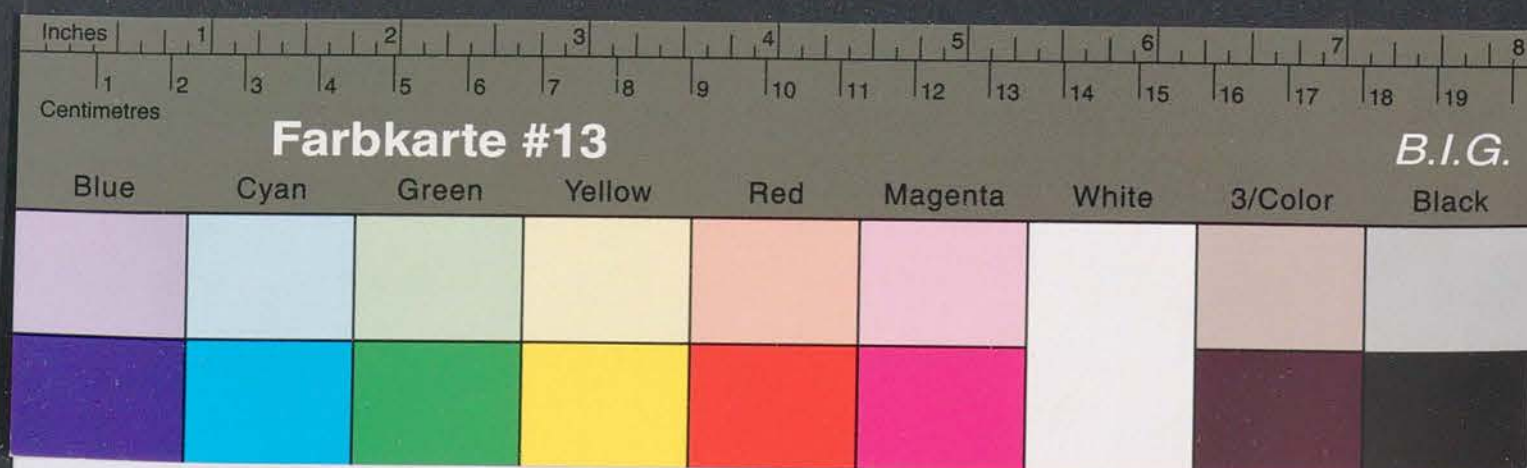
schluss
arn

esloe

ag auf Entschädigungs =
lmacht des Landwirtes
auf Haftentschädigung.

s mein Auftraggeber
in Karlsruhe, Kieslau,
ar 42 bis Juli wurde

digten bitte ich
n Händen veranlassen



Kreisarchiv Stormarn B2

Y.R.
1. Straßregistrierte
2. W.

Bad Oldesloe, den 22. August 1949

Protokoll

der 60. Sitzung des Kreissonderhilfe-
ausschusses Stormarn am 9. März 1950.

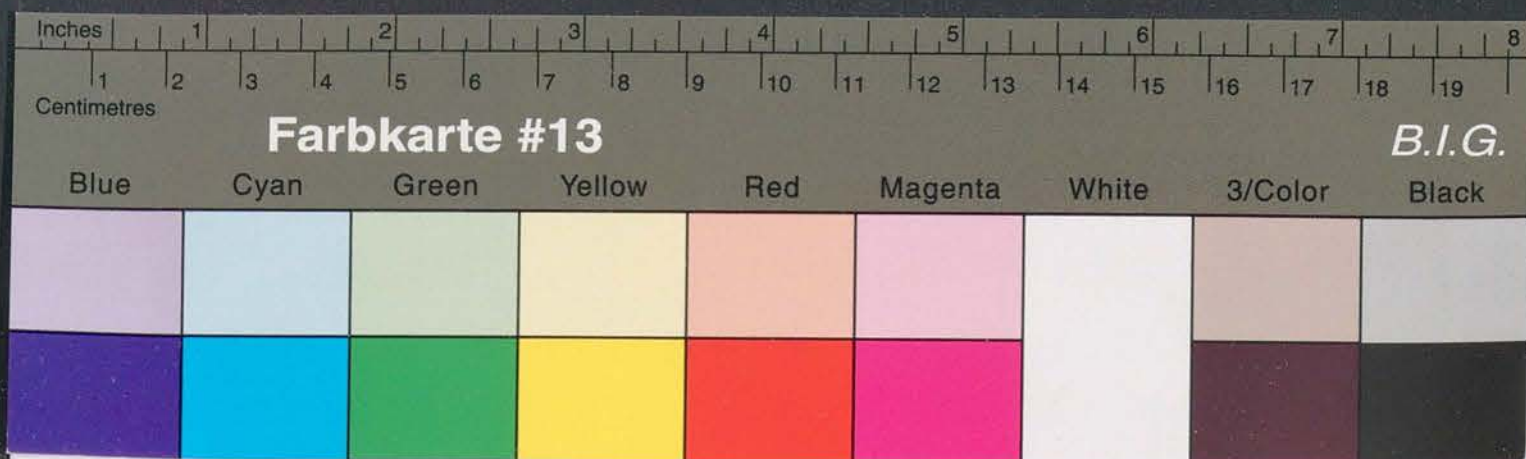
waren anwesend:

1. Herr Siege,
2. Herr Prof. Dr. Benner,
3. Herr Pietsch,
4. Herr Dabelstein,

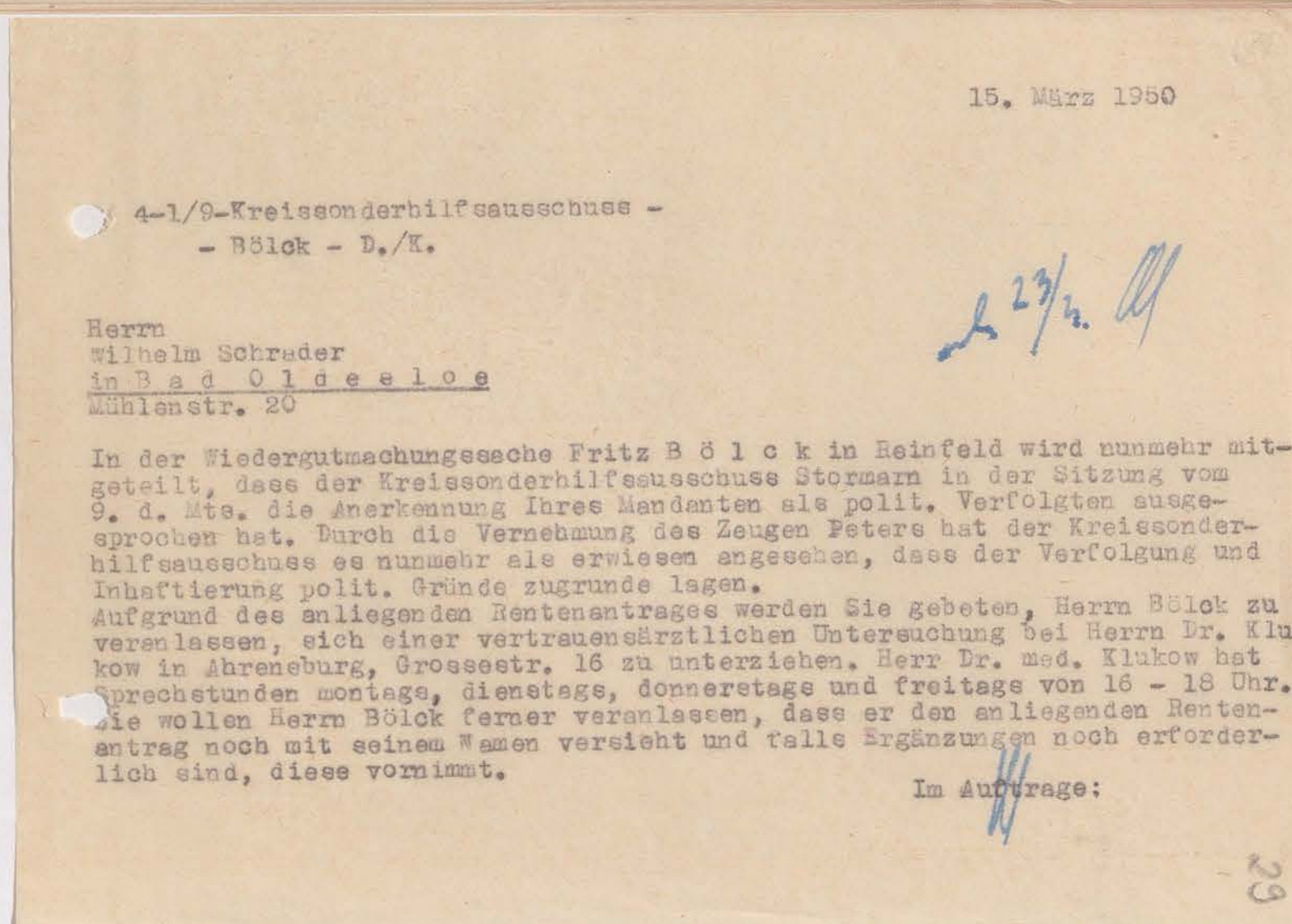
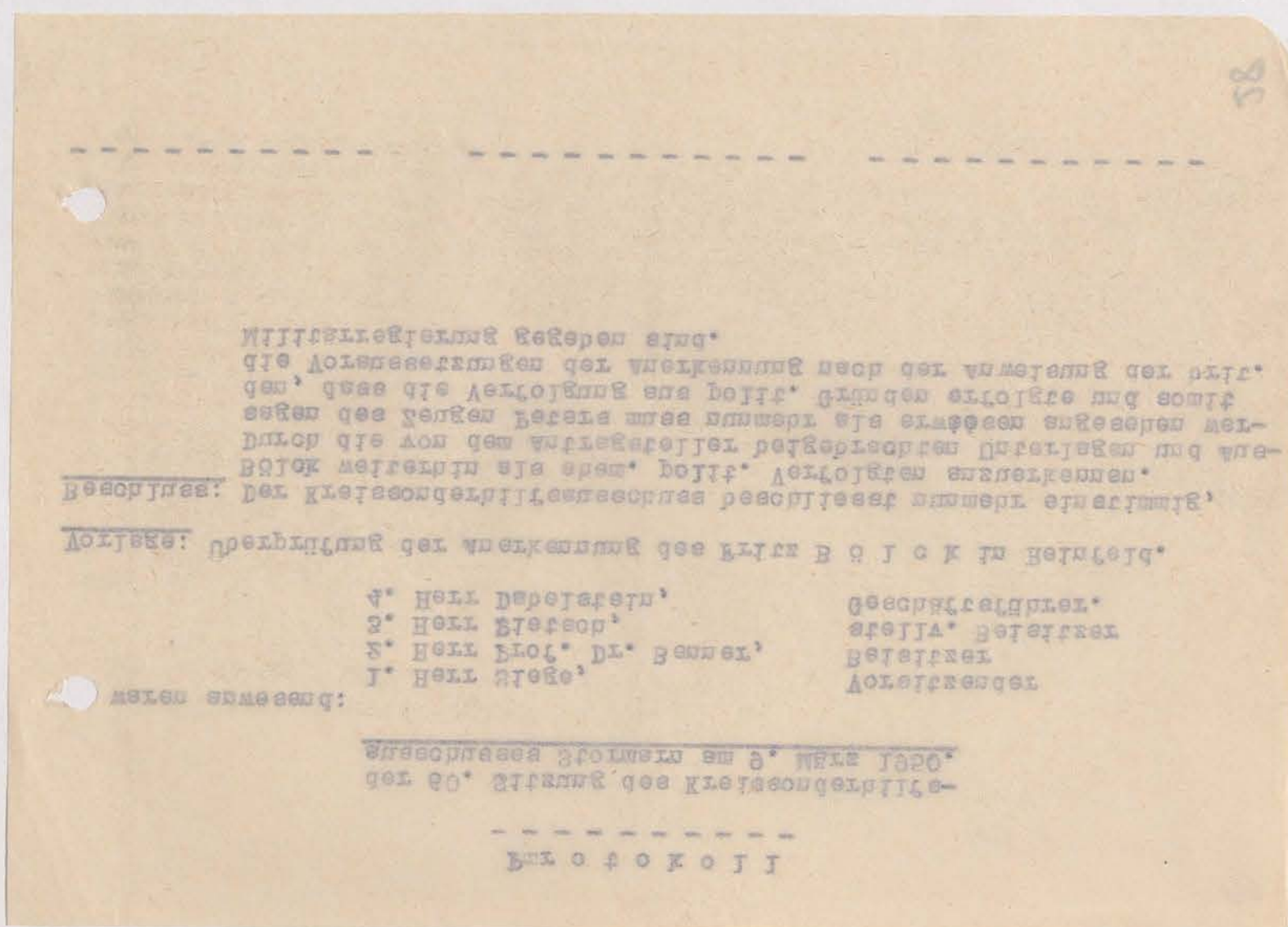
Vorsitzender
Beisitzer
stellv. Beisitzer
Geschäftsführer.

Vorlage: Überprüfung der Anerkennung des Fritz Böck in Reinfeld.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst nunmehr einstimmig, Böck weiterhin als ehem. polit. Verfolgten anzuerkennen. Durch die von dem Antragsteller beigebrachten Unterlagen und Aussagen des Zeugen Peters muss nunmehr als erwiesen angesehen werden, dass die Verfolgung aus polit. Gründen erfolgte und somit die Voraussetzungen der Anerkennung nach der Anweisung der brit. Militärregierung gegeben sind.



Kreisarchiv Stormarn B2





82

CONCLUSIONS

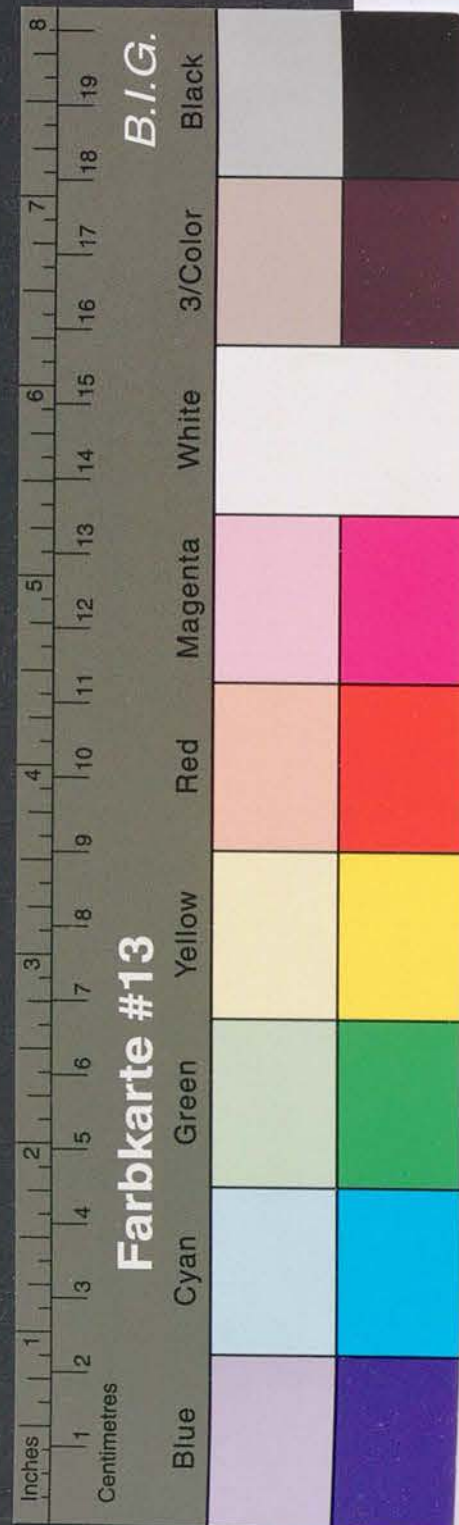
TEST 00

Trag auf Inanspruchnahme =
Macht des Landwirthes
auf Haftentschädigung.

se main Auftragsgeber
in Karlsruhe, Kieselau,
war 42 bis 44 wurde

bei gten bitte ich
um Hunden veranlassen

Friedrich Klotz, Buchdruckerei, Bad Oldesloe OR 284



Kreisarchiv Stormarn B2

Bad Oldesloe, den 22. August 1949

VfG.

1. Strafregist

2. Wv.

WILHELM SCHRADER

Rechtsbeistand
Beratung in Steuersachen
zugel. bei dem Amtsgericht Steinhorst
Fernruf 146 · Postscheckk.: Hamburg 21146
Bankkont.: Volksbank eGmbH Bad Oldesloe
Kreissparkasse Stormarn in Bad Oldesloe
Gesch.-Nr. 44/50

Bad Oldesloe, den
Mühlenstraße 20

14. Apr. 1950

An den

Kreissonderhilfsausschuss
des Kreises Stormarn

Bad Oldesloe

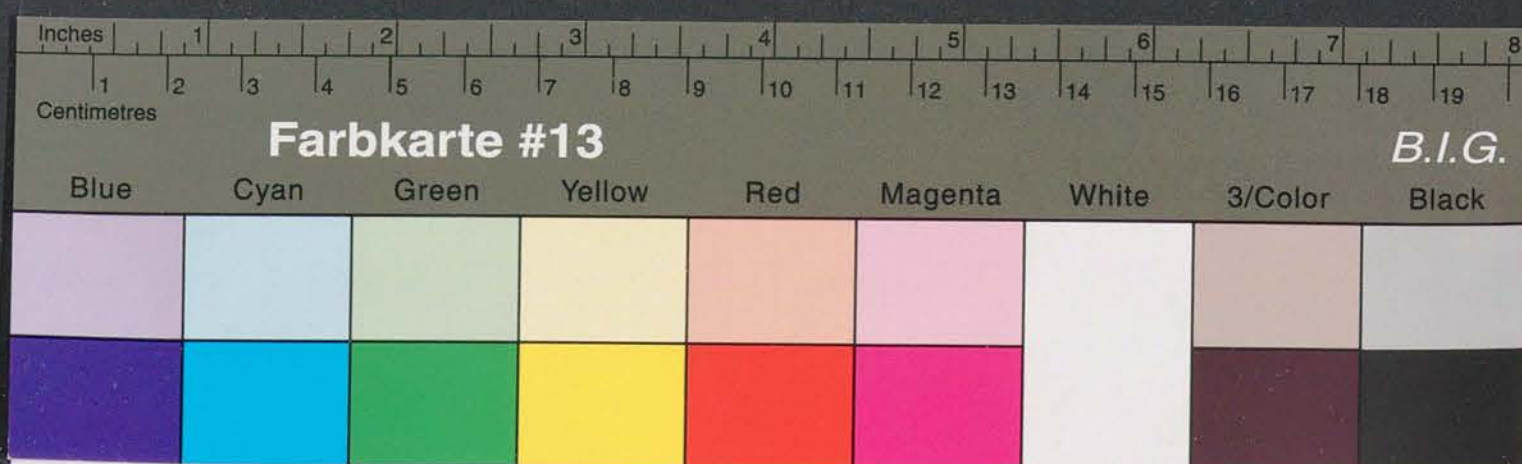
Im Anschluss an den gestellten Antrag auf Entschädigungs-
rente stelle ich hiermit im Auftrage und in Vollmacht des Landwirtes
Fritz Böck in Reinfeld i. Holst. den Antrag auf Haftentschädigung.

Aktenmäßig steht bereits fest, dass mein Auftraggeber
in der Zeit vom 3.1.41 bis 9.3.41 Haftstrafen in Karlsruhe, Kieselau,
Bruchsal und Dachau verbüßen musste; vom Februar 42 bis Juli 42 wurde
er einem Strafregiment grundlos zugeführt.

In Anbetracht der Notlage des Geschädigten bitte ich
ergebenst, die Entschädigung baldgefl. zu meinen Händen veranlassen
zu wollen.

Für Böck:

Rechtsbeistand.



Kreisarchiv Stormarn B2

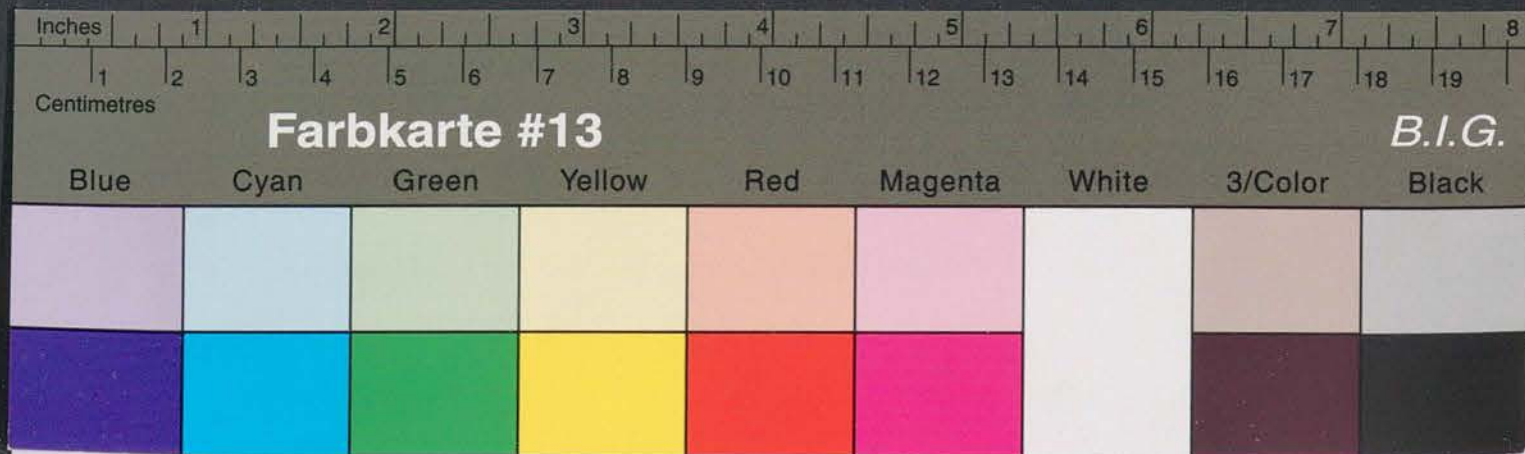
18. April 1950

4-1/9-Kreisanderhilfsausschuss -
- Böck - D./K.

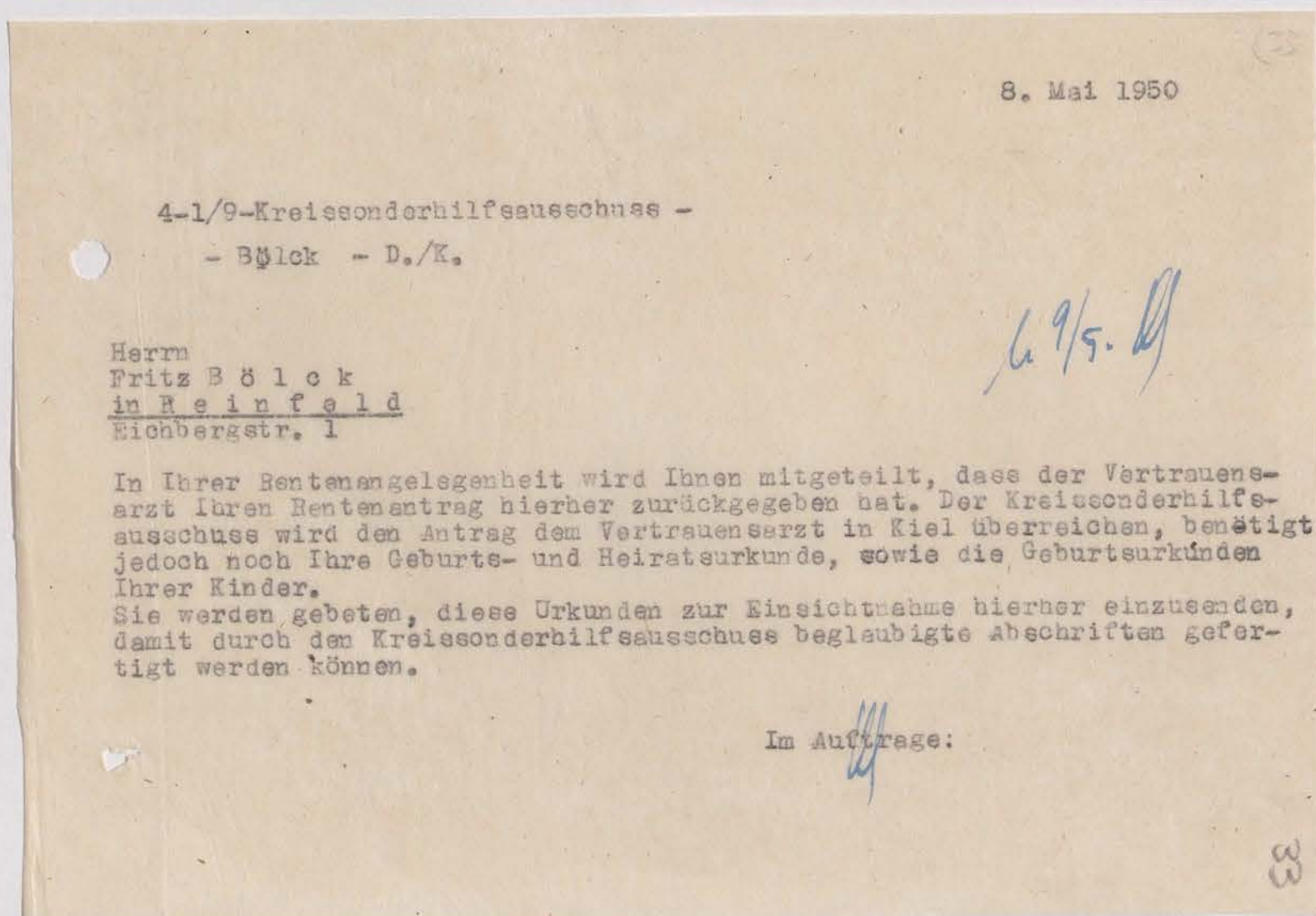
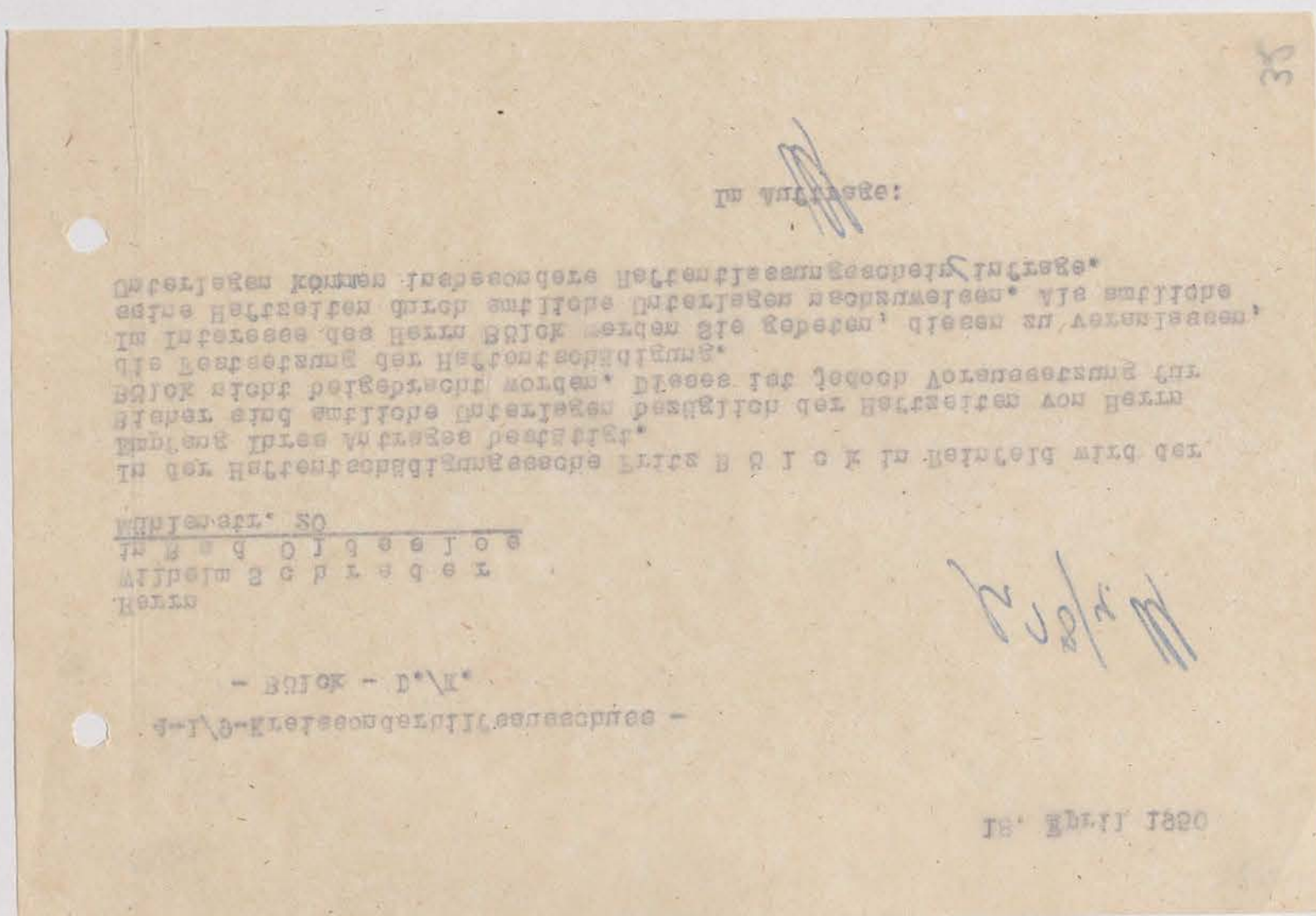
Herrn
Wilhelm Schröder
in Bad Oldesloe
Mühlenstr. 20

In der Haftentschädigungssache Fritz Böck in Reinfeld wird der Empfang Ihres Antrages bestätigt. Bisher sind sämtliche Unterlagen bezüglich der Haftzeiten von Herrn Böck nicht beigebracht worden. Dieses ist jedoch Voraussetzung für die Festsetzung der Haftentschädigung. Im Interesse des Herrn Böck werden Sie gebeten, diesen zu veranlassen, seine Haftzeiten durch sämtliche Unterlagen nachzuweisen. Als sämtliche Unterlagen können insbesondere Haftentlassungsschein in Frage.

Im Auftrage:

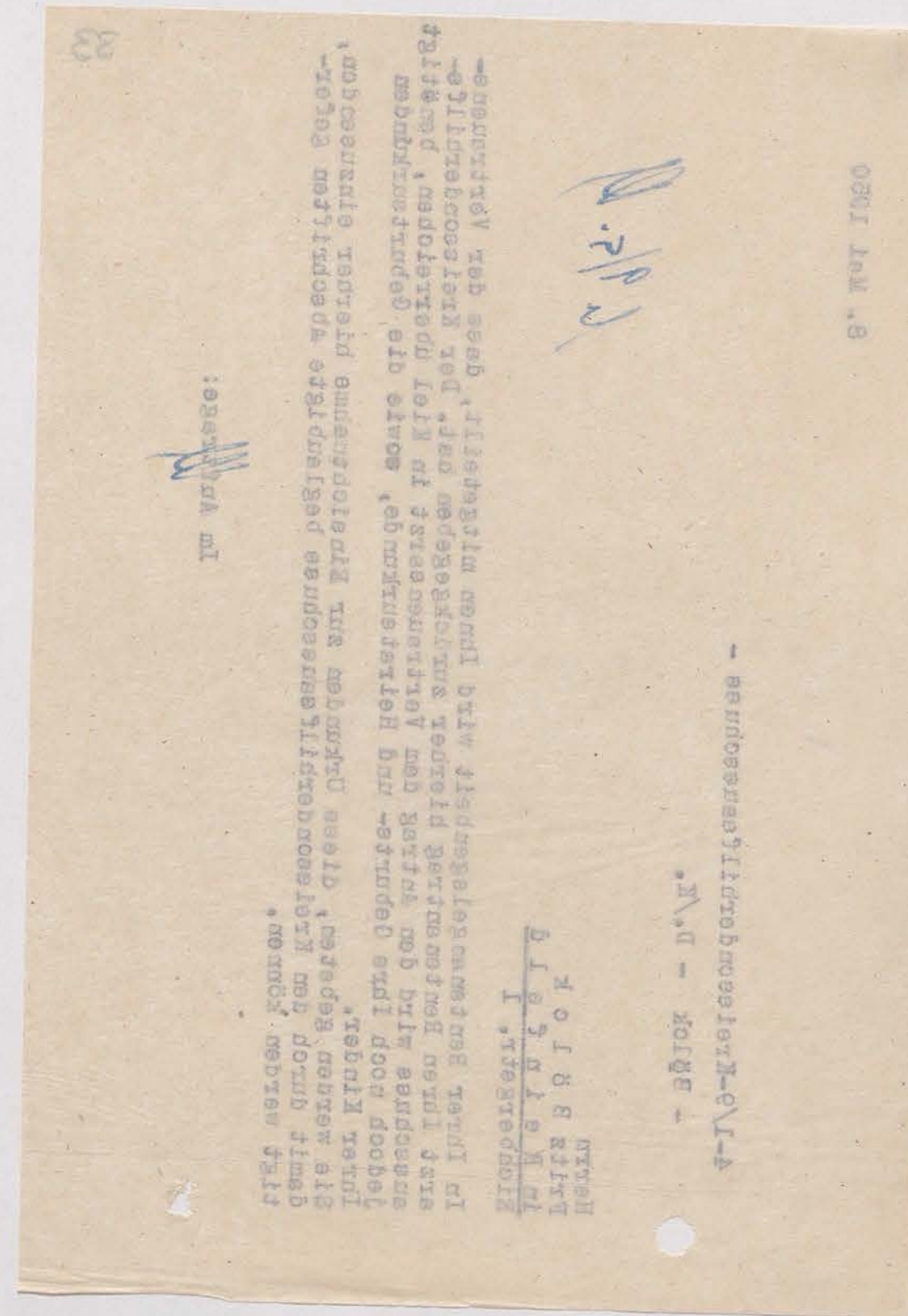


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



Name des Antragstellers:
Stadtkreis: Stormarn
Land:
Einheimische
Flüchtlinge

Antrags-Nr.

Antrag auf Beschädigtenrente bzw. auf Feststellung des erlittenen Schadens

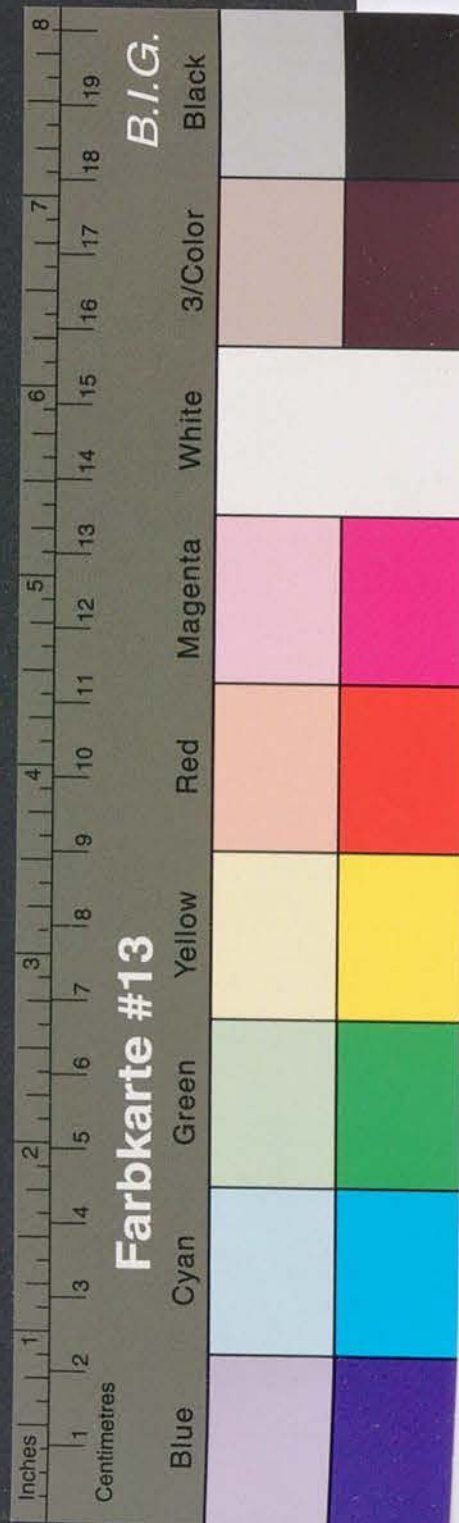
für Anspruchsberechtigte nach dem Gesetz über die Gewährung von
Renten an die Opfer des Nationalsozialismus vom 4. März 1948.

1. Antragsteller: Böck Fritz Landwirt
a) Familienname Vorname letzter Beruf
b) 26. August 1903 in Hamburg
Tag, Monat, Jahr und Ort der Geburt (Krs./Land)
c) Reinhold Poststraße 29 Reinhold
Wohnort Strasse Postamt
d) verheiratet Deutsch
ledig, vorh., verw., gesch. Staatsangehörigkeit
e) Zahl der Kinder
a) unter 16 Jahren b) von 16 bis 25 Jahren
2

- Kinder:
a) Rufname b) Familienname c) Geburtsdatum
1. Friedrich Werner Böck geb. am 19.2.47
2. Detlef Hinrich Böck geb. am 18.11.48
3. geb. am
4. geb. am

Bei minderjährigen, entmündigten oder unter Pflegschaft stehenden Personen Name des gesetzlichen Vertreters (Vater, Mutter oder Pfleger) Familienname Vorname Beruf Wohnort Strasse Postamt

2. Begründung des Antrages:
a) Grund der Verfolgung a) polit. Unzuverlässigkeit
b) Art der Verfolgung b) 12.- Haft und Regiment 2. b.V. Abwehr
c) Dauer der Verfolgung c) 3.7.47 - 9.8.47
Febr. 42 - Juli 42



Kreisarchiv Stormarn B2

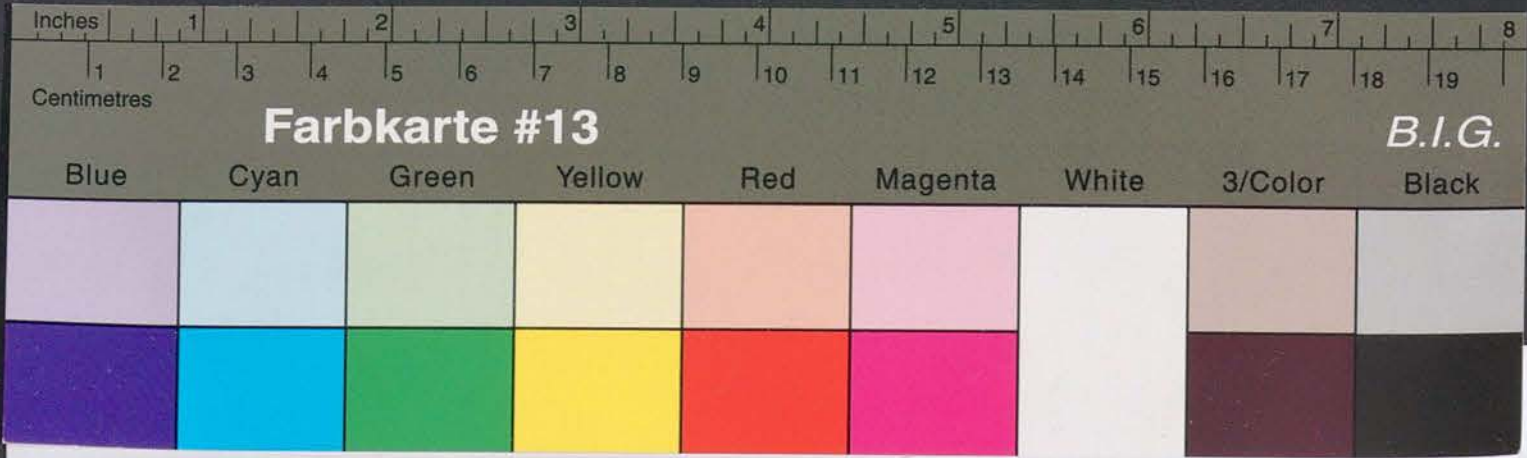
3. a) Art des Schadens: 3. a)
1. Welcher Gesundheitsschaden ist nach Meinung des Antragstellers durch die Verfolgung entstanden? 1. Verlust der 2 Zähne, Bronchitis, Nerven, Gicht
2. Welche Körperteile sind durch den Schaden betroffen? (Vollständige und genaue Angaben, z.B. rechter Oberarm) 2.
3. Welcher Art ist der Schaden? (Gliedverlust, Knochenbruch mit oder ohne offener Wunde, Augen- oder Ohrenleiden, Erkrankung der inneren Organe - Herz, Leber, Lunge und dergl.) 3. siehe zu 1)
4. Sind diese Schäden bereits ärztlich behandelt worden? 4. ja
- a) durch wen? (genaue Anschrift) a) Tempelhofer Krankenhaus, Berlin
- b) Wann? b) 1943/44
- c) Wo? c) stationär
- b) Ursache des Schadens: 3. b)
1. Aus welchem Anlass ist der Schaden entstanden? 1. Mißhandlungen und ungesunder Klima in Afrika
2. Ist der Schaden auf ein Verschulden Dritter zurückzuführen? 2. ja
3. Liegt ein Verschulden der Anstaltsverwaltung vor? 3. ja
- c) Zeitpunkt des Schadens? 3 c)
1. Wann ist der Schaden vom Antragsteller zum ersten Male bemerkt worden? 1. während der Verfolgung
2. Seit wann hat dieser Krankheitsbefund vorgelegen? 2. seit der Verfolgung

3. Welche Folgen dieses Schadens sind z. Zt. der Antragstellung noch vorhanden? 3. Nervenschäden, Bronchitis, Verlust der 2 Zähne
- d) Nachweis des Schadens (Zeugen, eidestattliche Versicherungen) 3.d) ärztliche Untersuchung
- 4.a) Welchen gesetzlichen Krankenkassen gehört der Beschädigte an? 4.a)
1. Vor der Verfolgung? 1. A.D.K. Stormarn
2. Z.Zt. der Antragstellung? 2. A.D.K. Stormarn
- b) Hatte der Beschädigte vor der Verfolgung volle Arbeitskraft? Verneinendenfalls, weshalb nicht? 4. b) ja
- c) Bezieht oder bezog der Beschädigte Angestellten-, Unfall- oder Invalidenrente, Knappschaftspension, Ruhegeld oder Gehaltsbezüge auf Grund der Reichsversicherungsordnung, Rente nach der Sozialversicherungsdirektive Nr. 27 oder sonstige Renten? Bejahendenfalls, von welcher Stelle und unter welchem Rentenzeichen? 4. c) nein
- d) Hat Antragsteller z.Zt. Beschäftigung? (Dauer- oder Teilbeschäftigung) 4. d) nein
- e) Wie hoch ist das aus der Beschäftigung erzielte oder sonstige monatliche Einkommen? 4. e) ohne Einkommen
5. Sonstige Bemerkungen: 5.

-Vorstehende Angaben sind nach bestem Wissen gemacht worden.

Ort: Bad Oldesloe, den 15. November 1948

Unterschrift des Antragstellers
bzw. seines gesetzlichen Vertreters)



Kreisarchiv Stormarn B2

Sonderhilfsausschuss
Gesch.-Zeichen:

, den 19

Es wird hiermit bescheinigt, dass der Antragsteller durch den
Sonderhilfsausschuss in
am als politisch, rassistisch oder religiös Verfolgter
unter Ausweis Nr.
anerkannt worden ist.

Der Antragsteller wurde auf die Folgen von wissenschaftlich falschen
Angaben hingewiesen.

Die vorstehenden Angaben sind glaubwürdig; Bedenken werden vom
Sonderhilfsausschuss nicht erhoben.

(Dienststempel)

Unterschrift des Ge-
schäftsführers des
Sonderhilfsausschusses)

Bayer. Landesentschädigungsamt
Referat Anerkennung

Herrn Wilhelm S c h r a d e r

Bad Oldesloe - Mühlenstr.20.

Betrifft: Ihr Schreiben vom 10.5.50. 44/50

Eine Auskunftserteilung aus der Kartei des ehem. KL. Dachau
kann nicht erfolgen, da diese nur an Behörden mitgeteilt
wird.

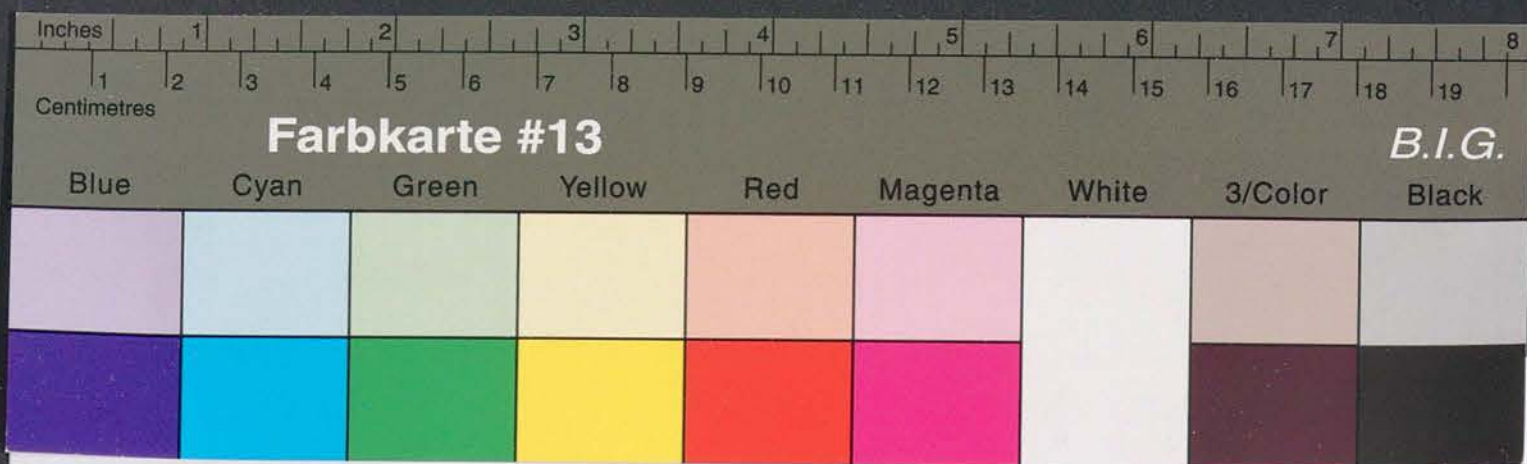
I.A.

Z e l g e r
(Abt. Anerkennung)

Z. Pietsch
v. Belstzer)

5. Dez. --50

(12



Kreisarchiv Stormarn B2

Sonderhilf
Gesch.-Nr.
Es wird hi
Sonderhilf
am
unter Aus
anerkannt
Der Antrag
angeben h
Die vorst
Sonderhilf

WILHELM SCHRADER

Rechtsbeistand

Beratung in Steuersachen
zugel. bei dem Amtsgericht Steinhorst
Fernruf 146 - Postscheckk.: Hamburg 21146
Bankkonto: Volksbank eGmbH Bad Oldesloe
Kreissparkasse Stormarn in Bad Oldesloe
Gesch.-Nr. 44/50

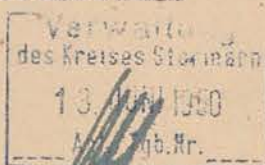
An

Bad Oldesloe, den 12. Juni 1950.
Mühlenstraße 20

die Verwaltung des Kreises Stormarn

Abtlg. Kreissonderhilfsausschuss

Bad Oldesloe



4 - 1 / 9 - Bölek - D./K.

In den Anlagen übersende ich 3 standesamtliche Urkunden der Familie Fritz Bölek und 2 Bescheinigungen über die Freiheitsraubung. Weiter ist nach dem anliegenden Schreiben vom 8.6. der Hansestadt Hamburg nichts zu erreichen.

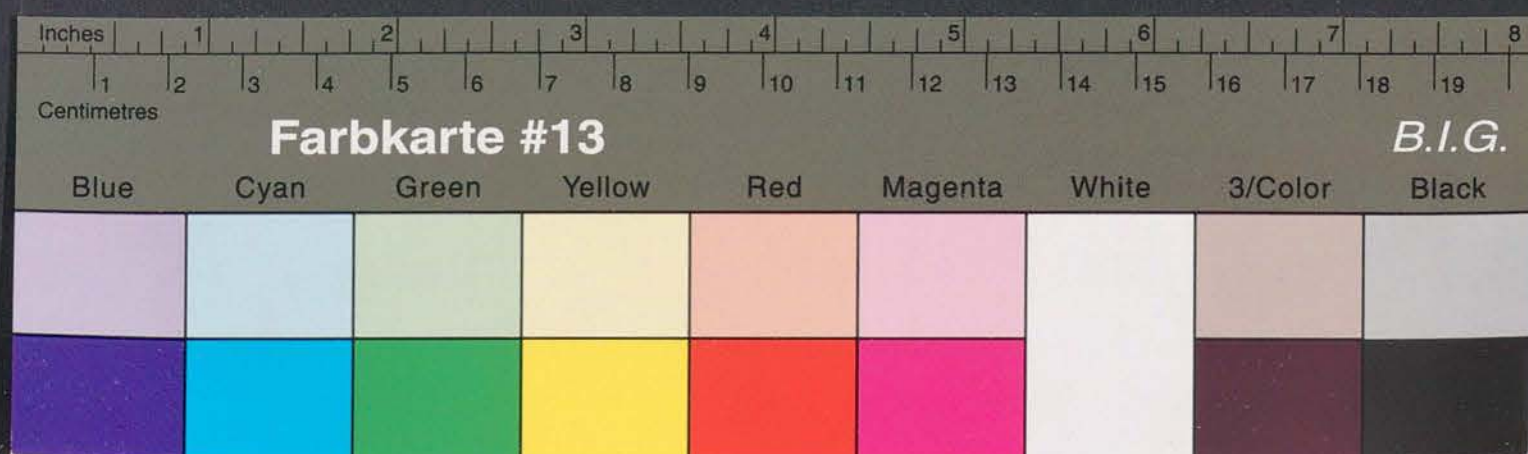
Ich spreche nunmehr den Wunsch aus, recht bald die Angelegenheit endgültig erledigen zu wollen.

Für Fritz Bölek

er. Pietsch
lv. Beisitzer)

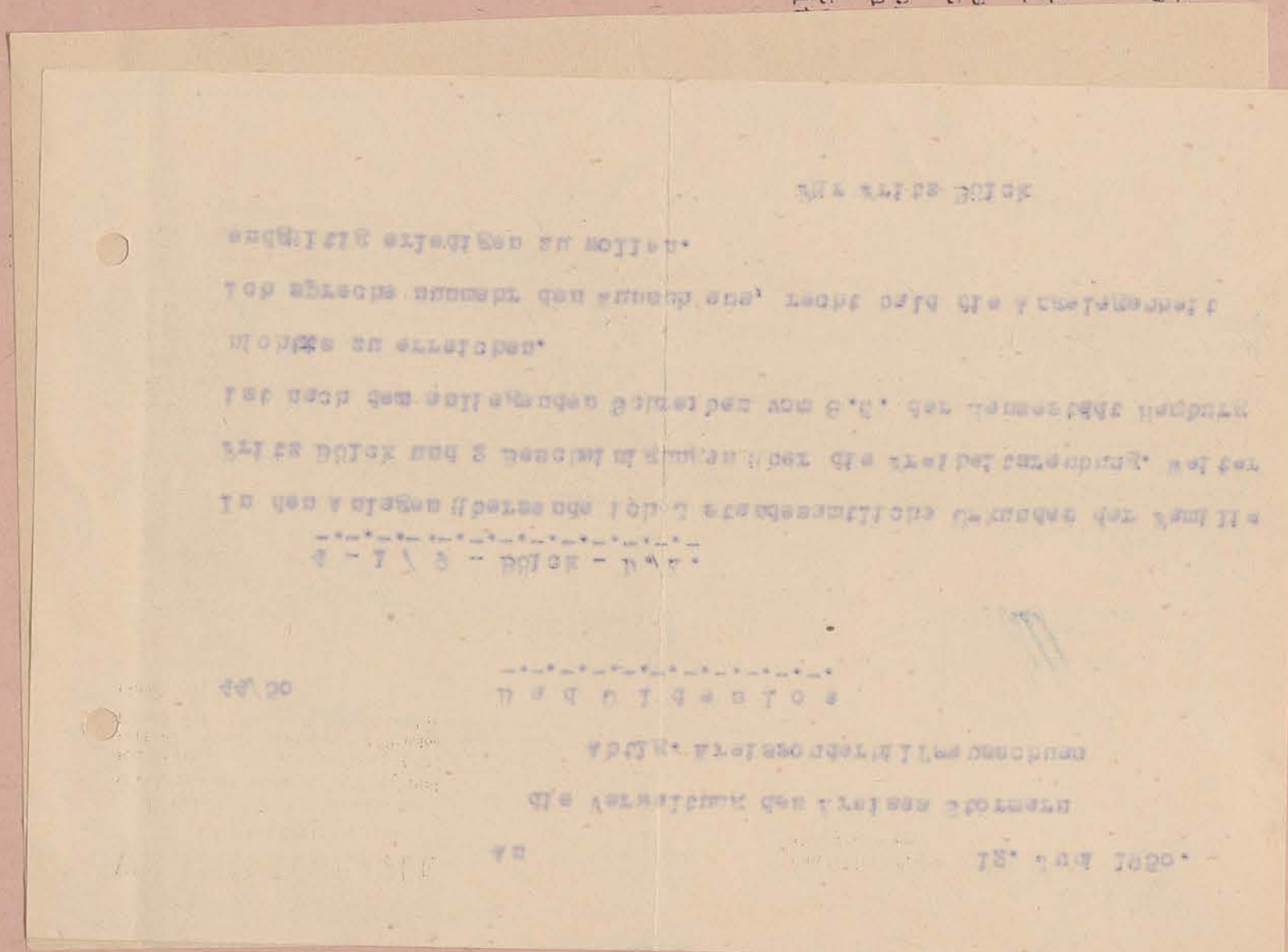
5. Dez. --50

(12)



Kreisarchiv Stormarn B2

Sonderhilf
Gesch.-Z
Es wird hi
Sonderhilf
am
unter Aus
anerkant
Der Antrag
Angaben h
die vorst
Sonderhilf



3. Juli 1950

- Böck - D./K.

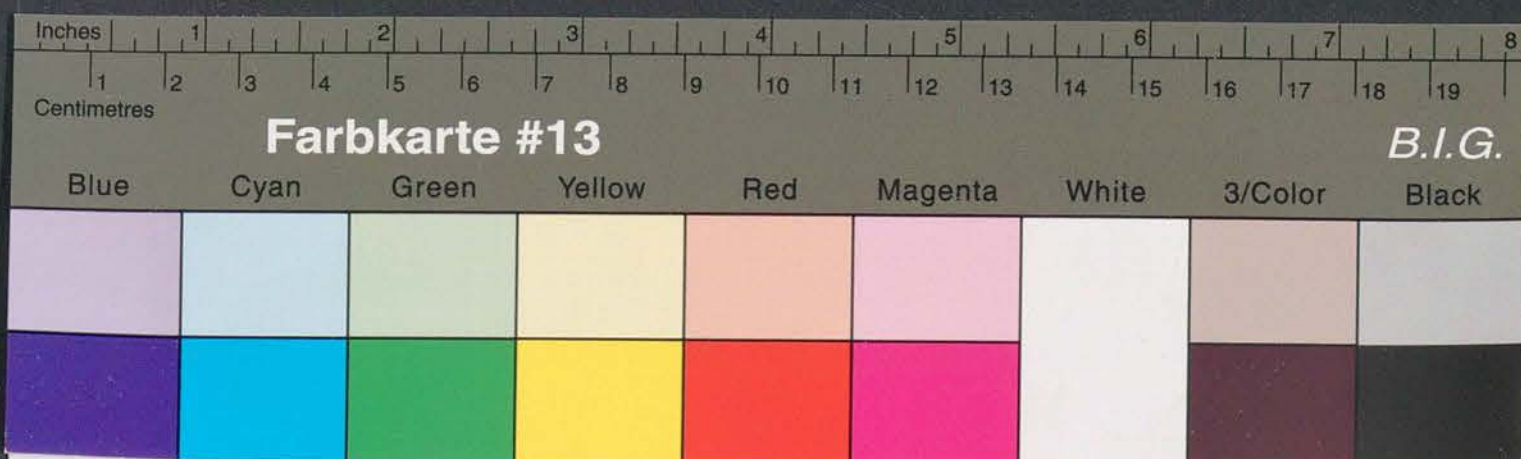
An das
Bayer. Landesentschädigungsamt
Ref. Anerkennung
in M ü n c h e n
Arclestr. 11

Der zu Reinfeld wohnhafte Landwirt Fritz B ö c k, geb. 26.8.03 in Ham-
burg, hat bei dem Kreissonderhilfeausschuss Stormarn Antrag auf Anerken-
nung als ehem. polit. Verfolgten und Zahlung einer Haftentschädigung ge-
stellt und behauptet, wegen seiner Zugehörigkeit zur Fremdenlegion am
16.4.41 dem Kz. Dachau zugeführt worden zu sein. Die Richtigkeit dieser
Angaben wird bestätigt durch die Direktion der Zentralgefängnisse Bruch-
sal in Kislau.

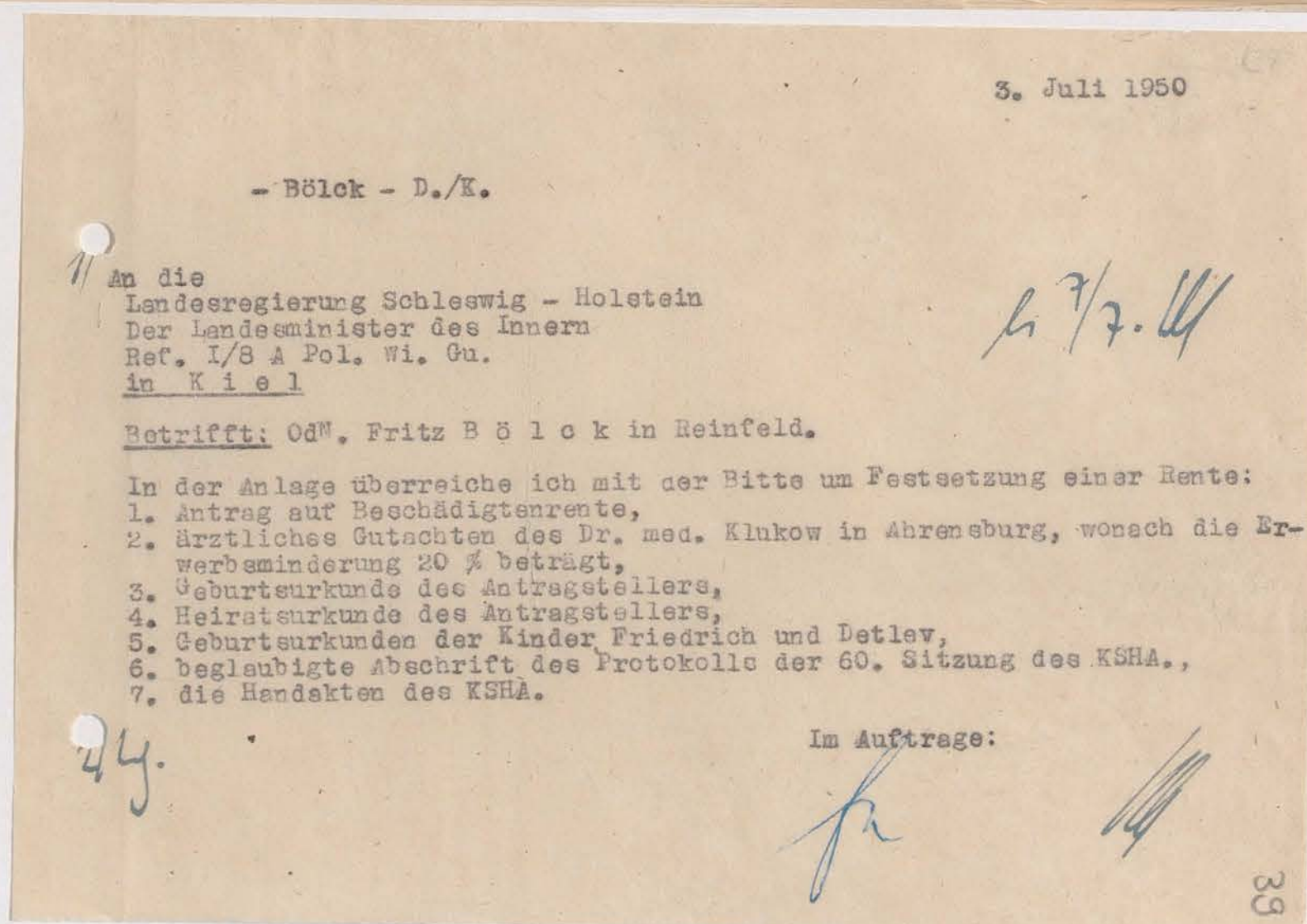
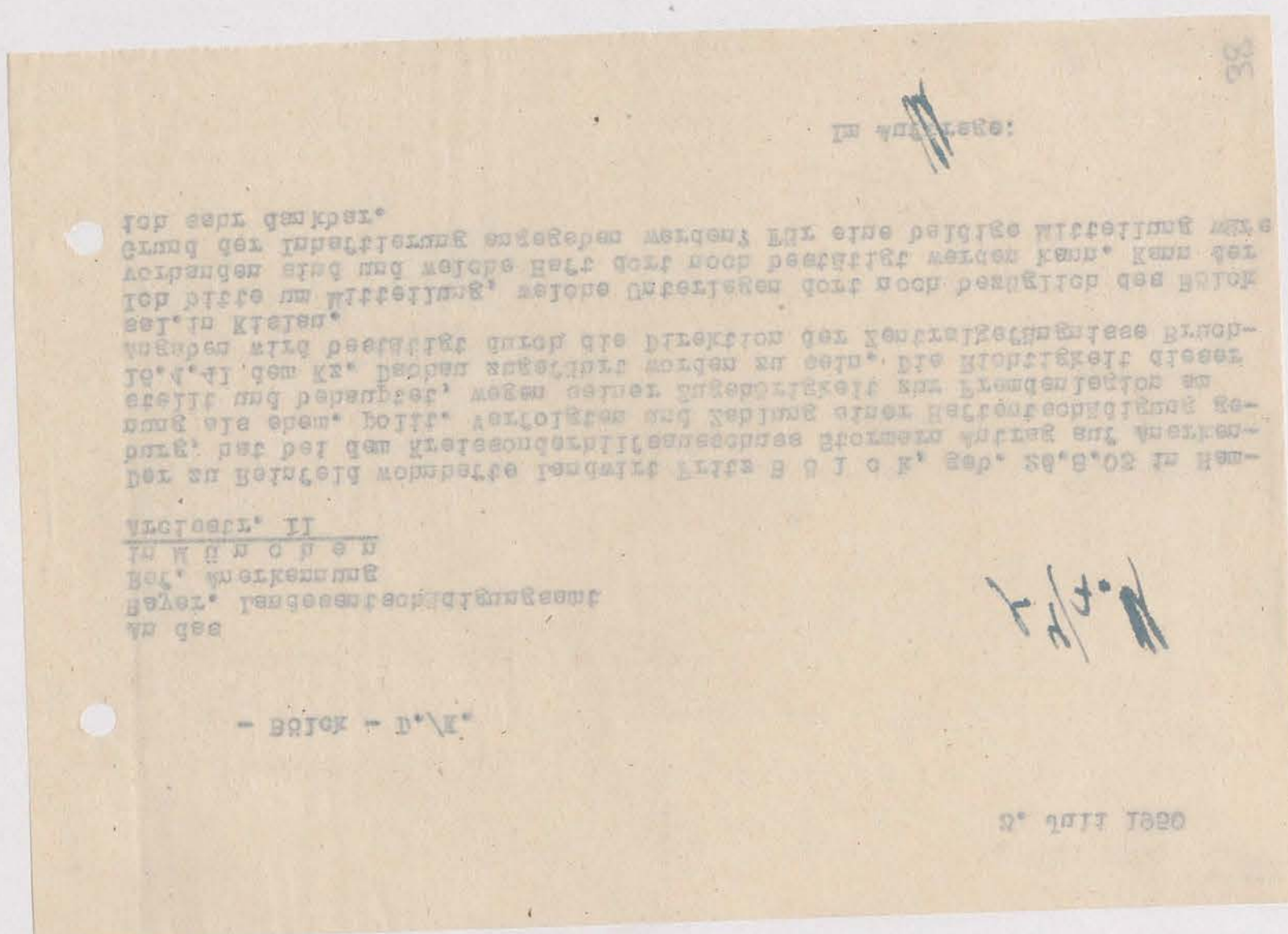
Ich bitte um Mitteilung, welche Unterlagen dort noch bezüglich des Böck
vorhanden sind und welche Haft dort noch bestätigt werden kann. Kann der
Grund der Inhaftierung angegeben werden? Für eine baldige Mitteilung wäre
ich sehr dankbar.

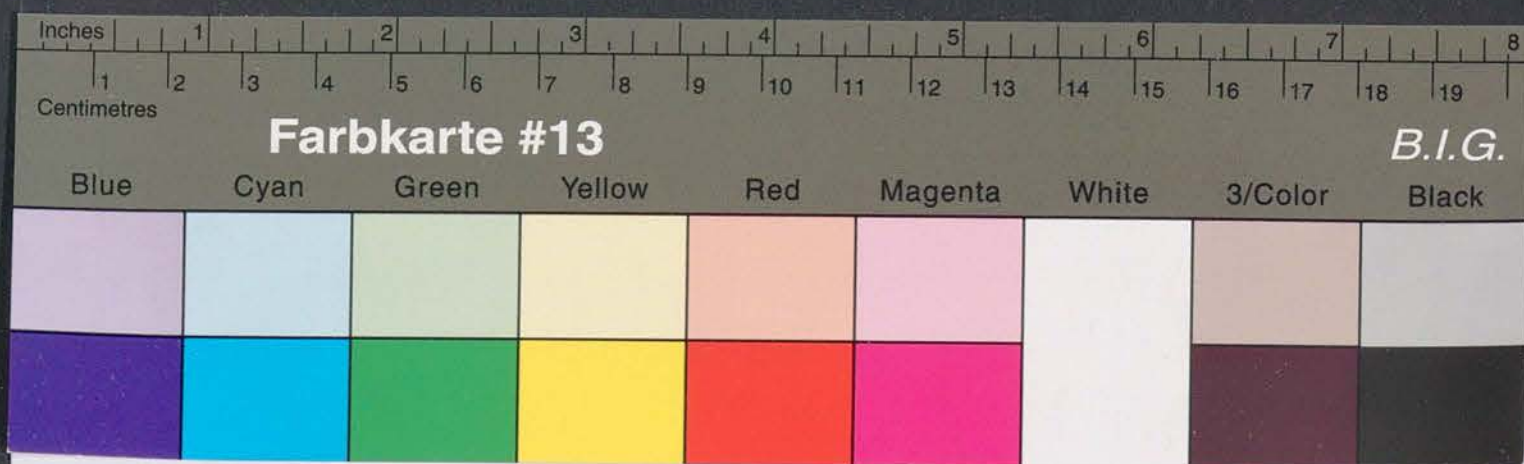
Im Auftrage:

38

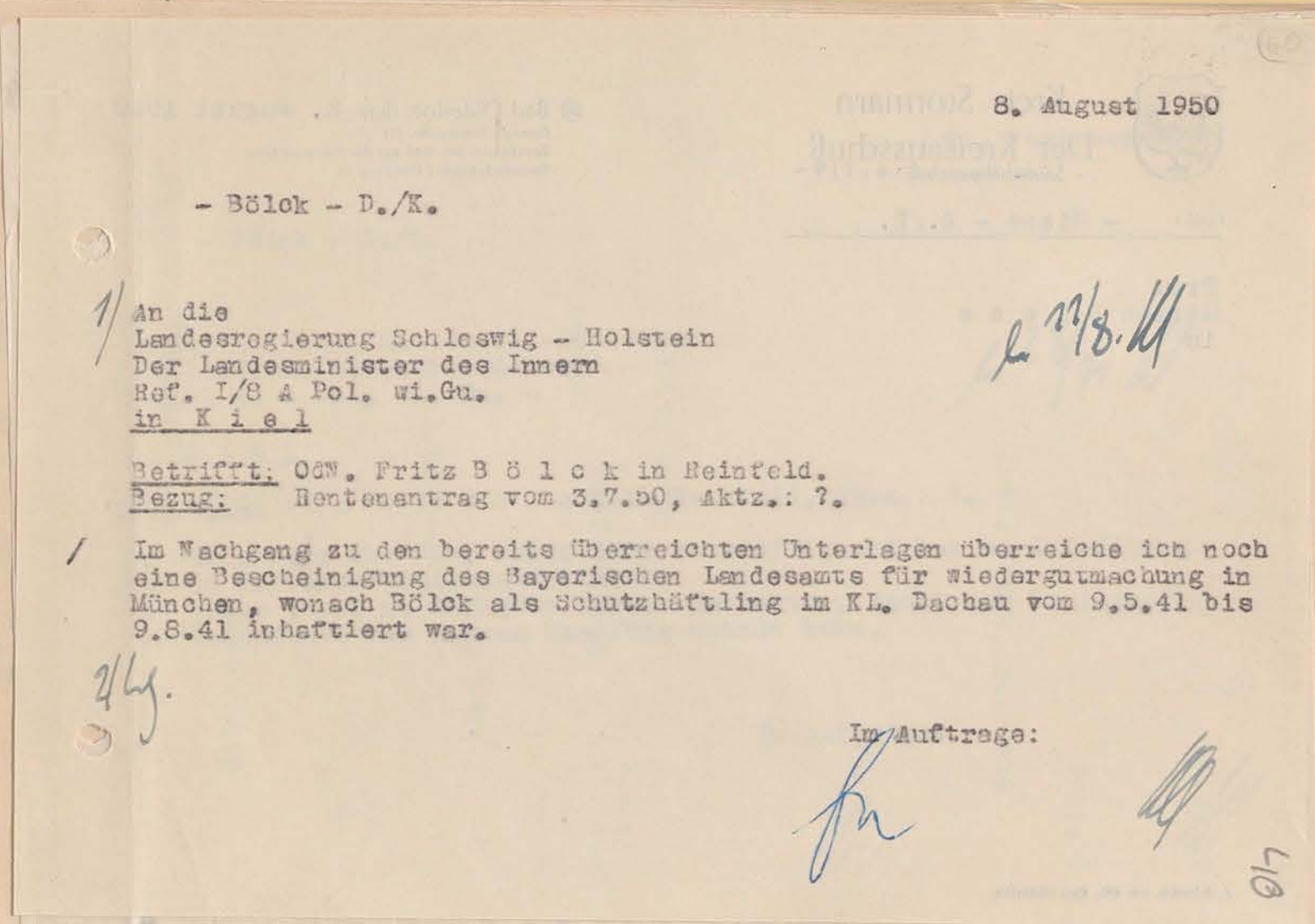
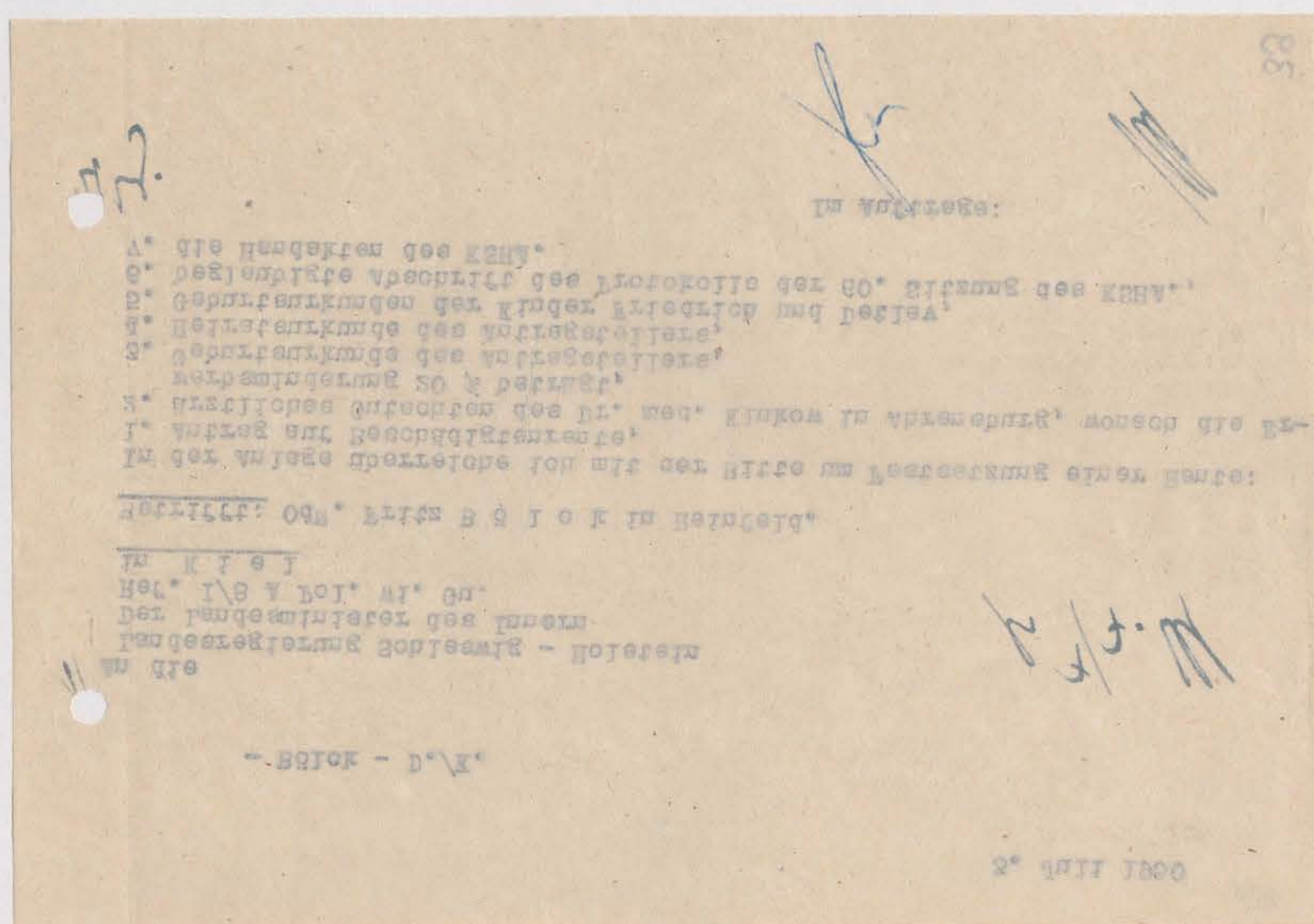


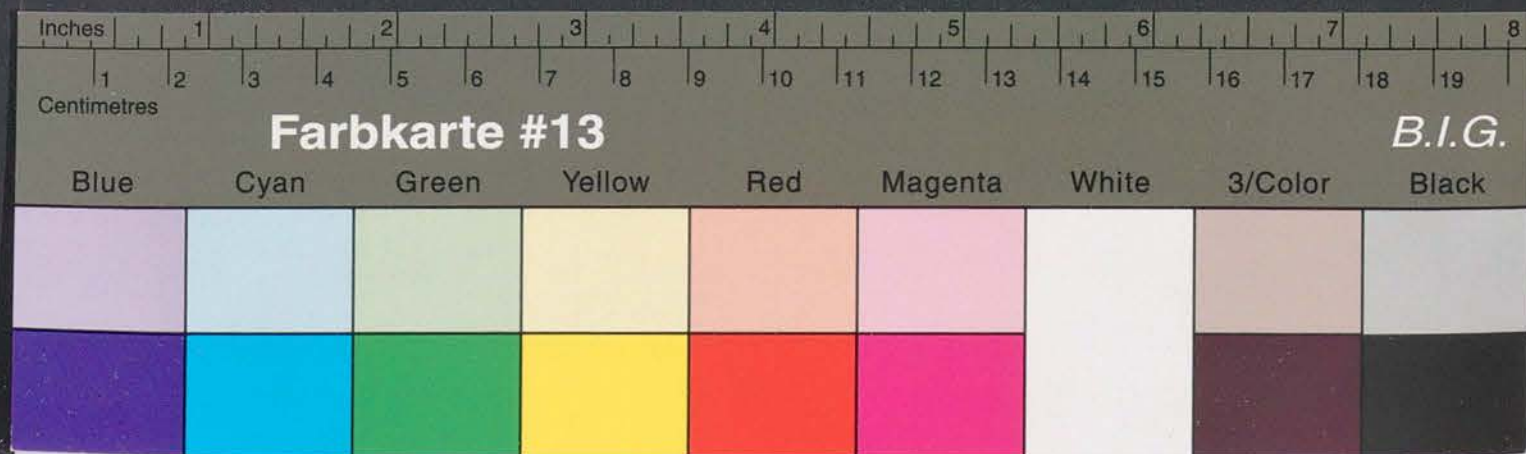
Kreisarchiv Stormarn B2



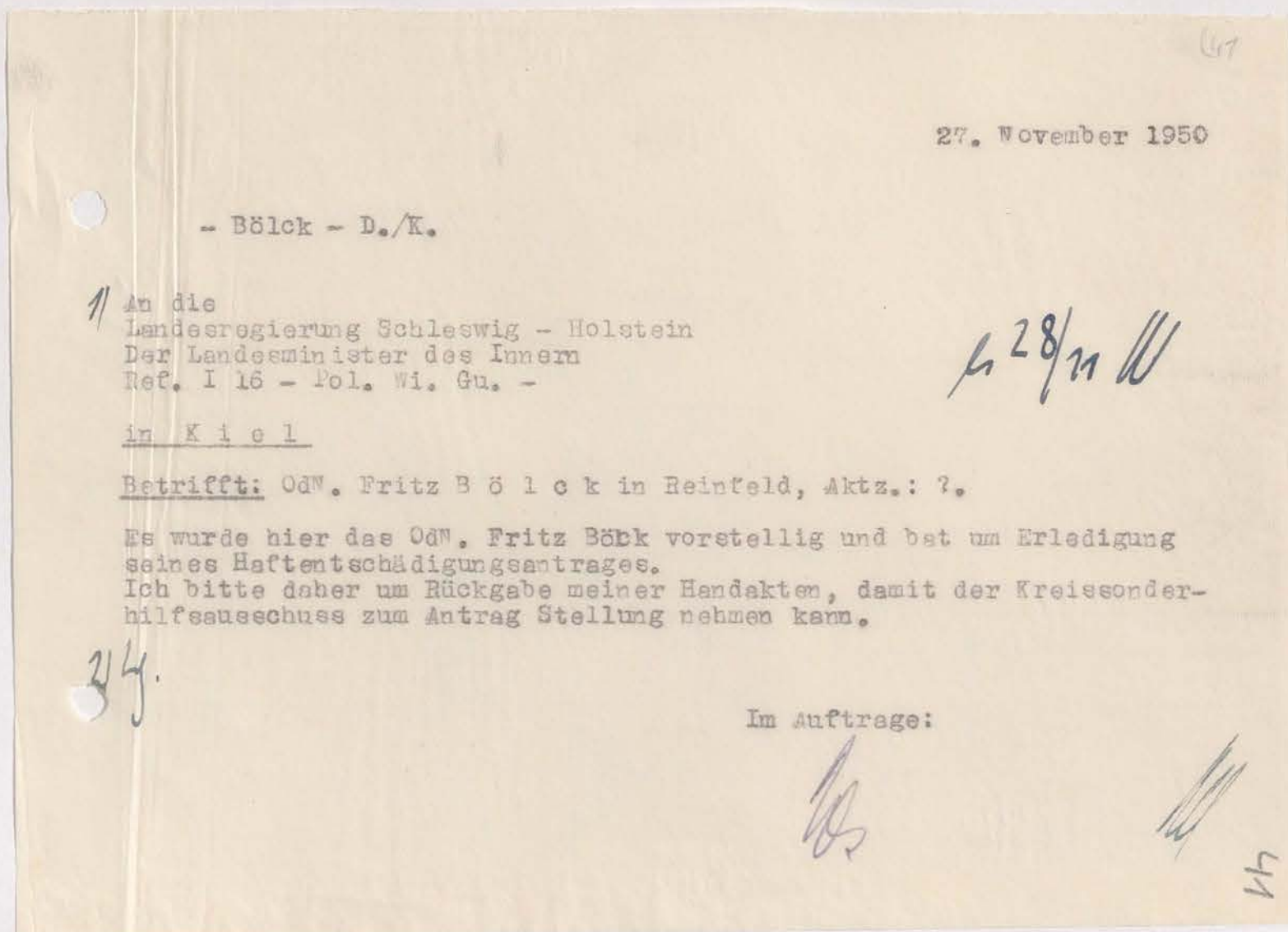
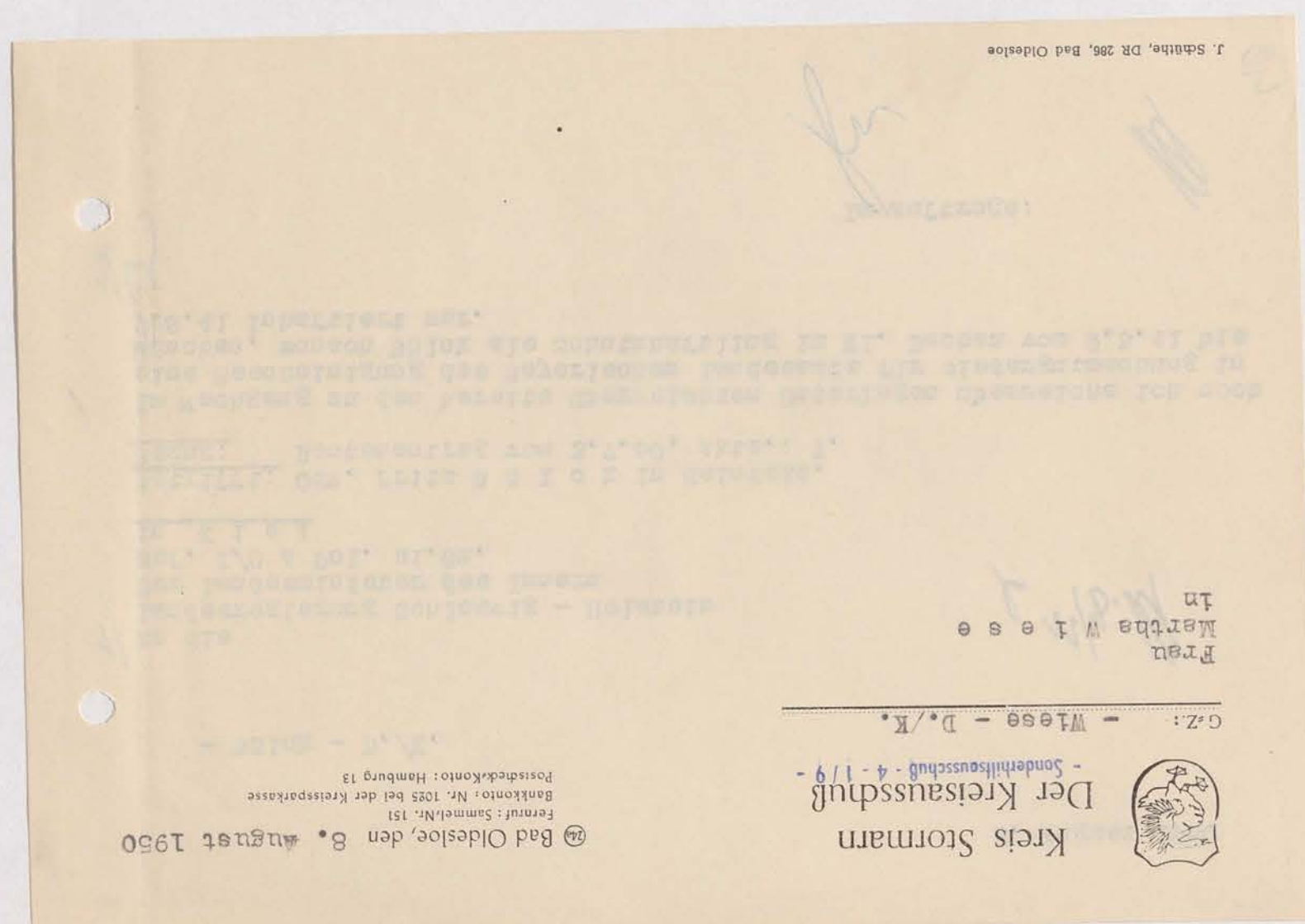


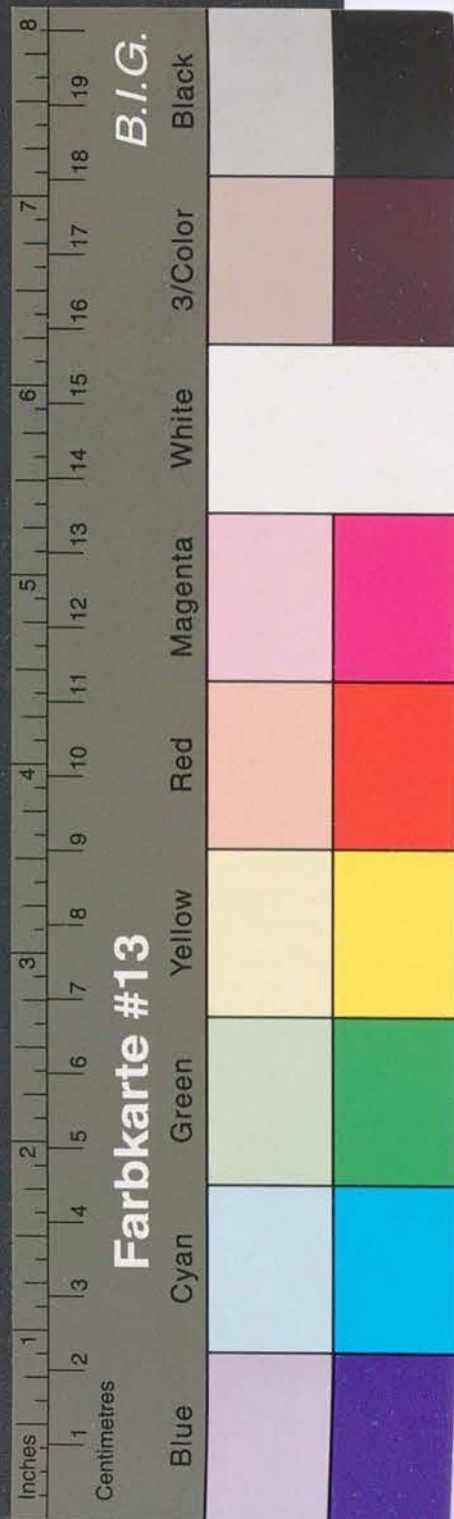
Kreisarchiv Stormarn B2



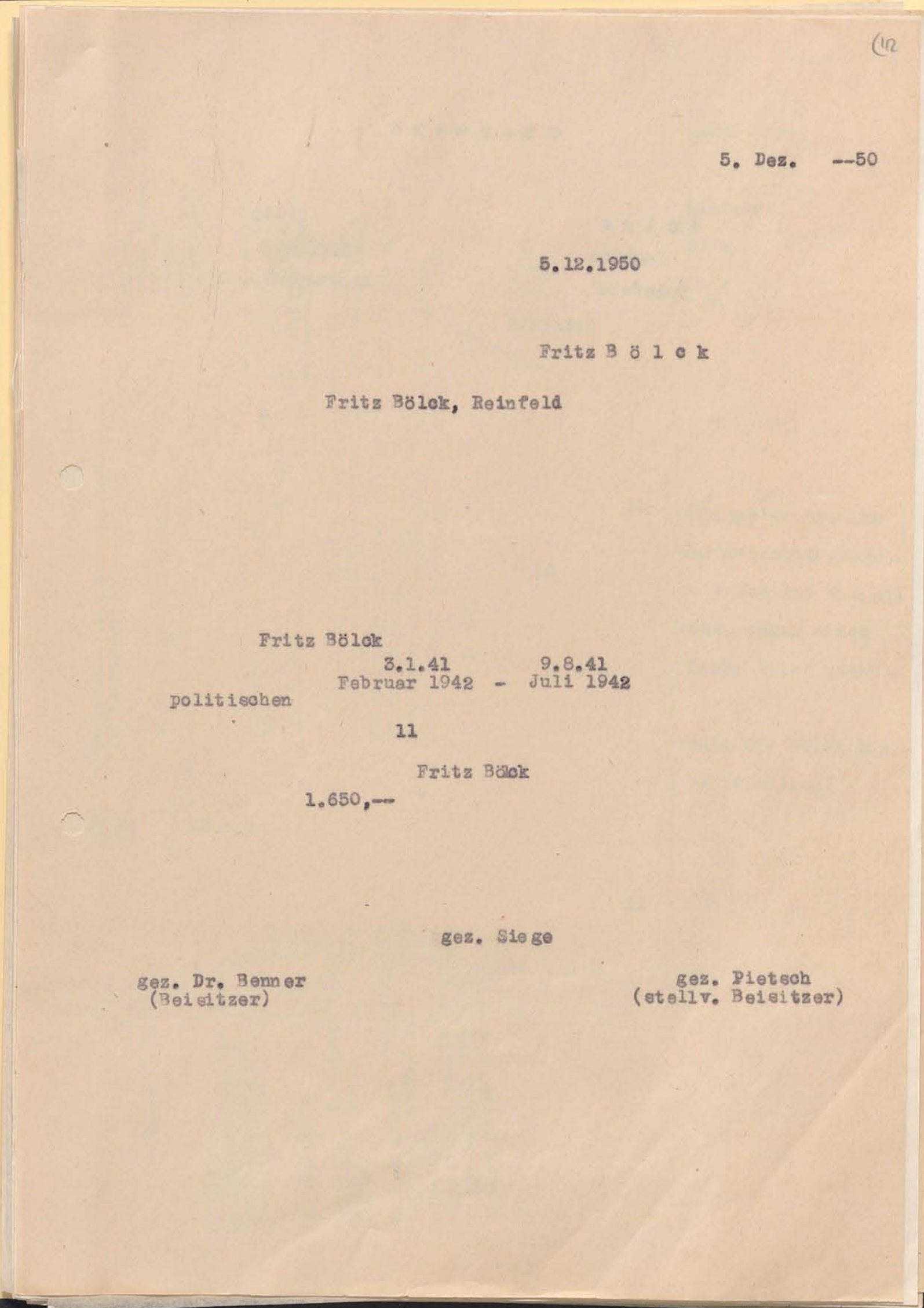
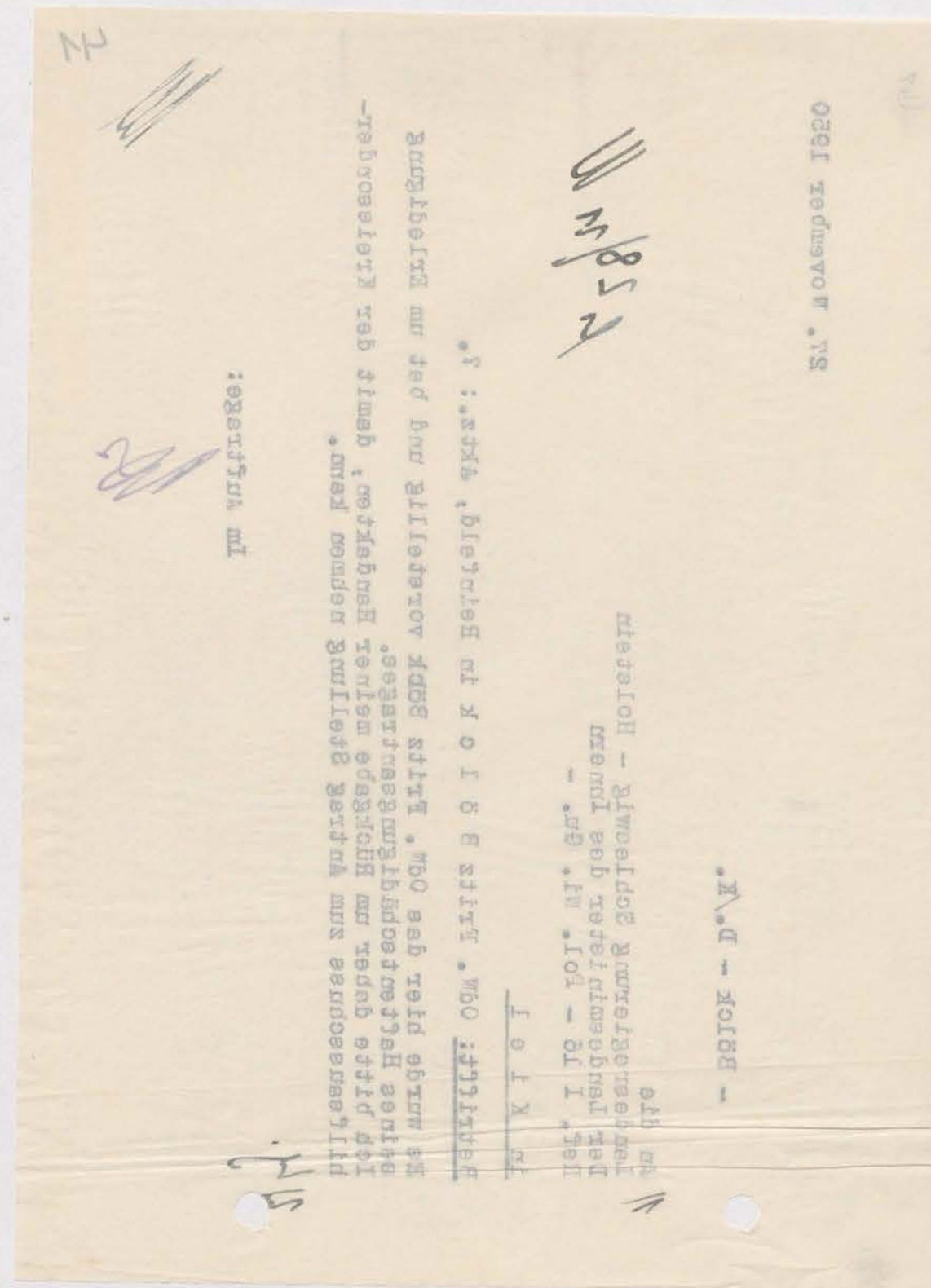


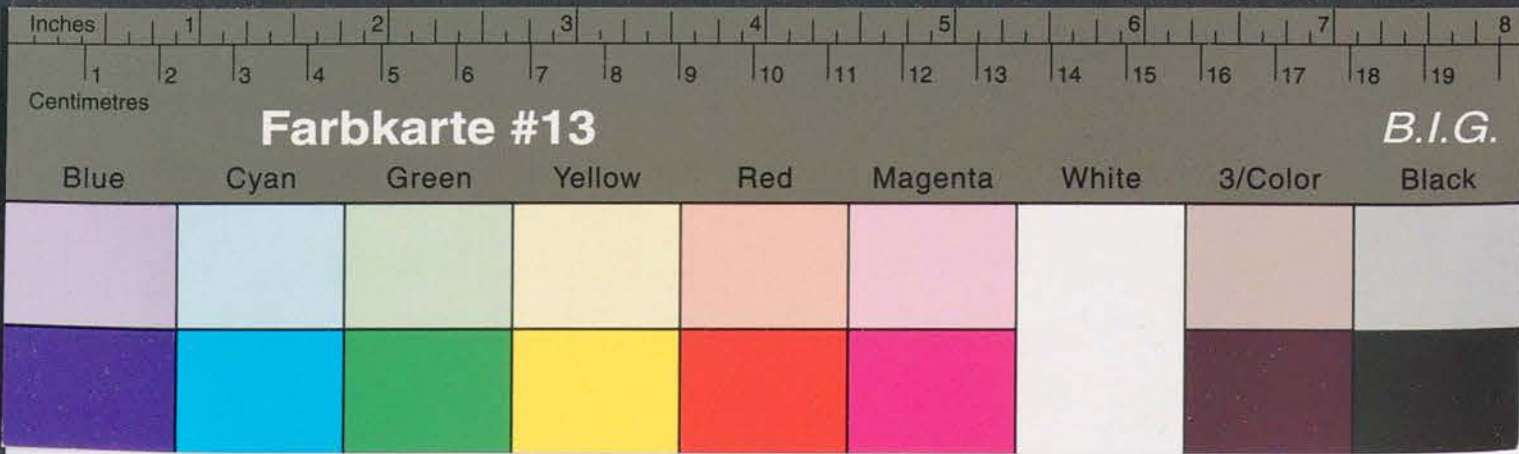
Kreisarchiv Stormarn B2



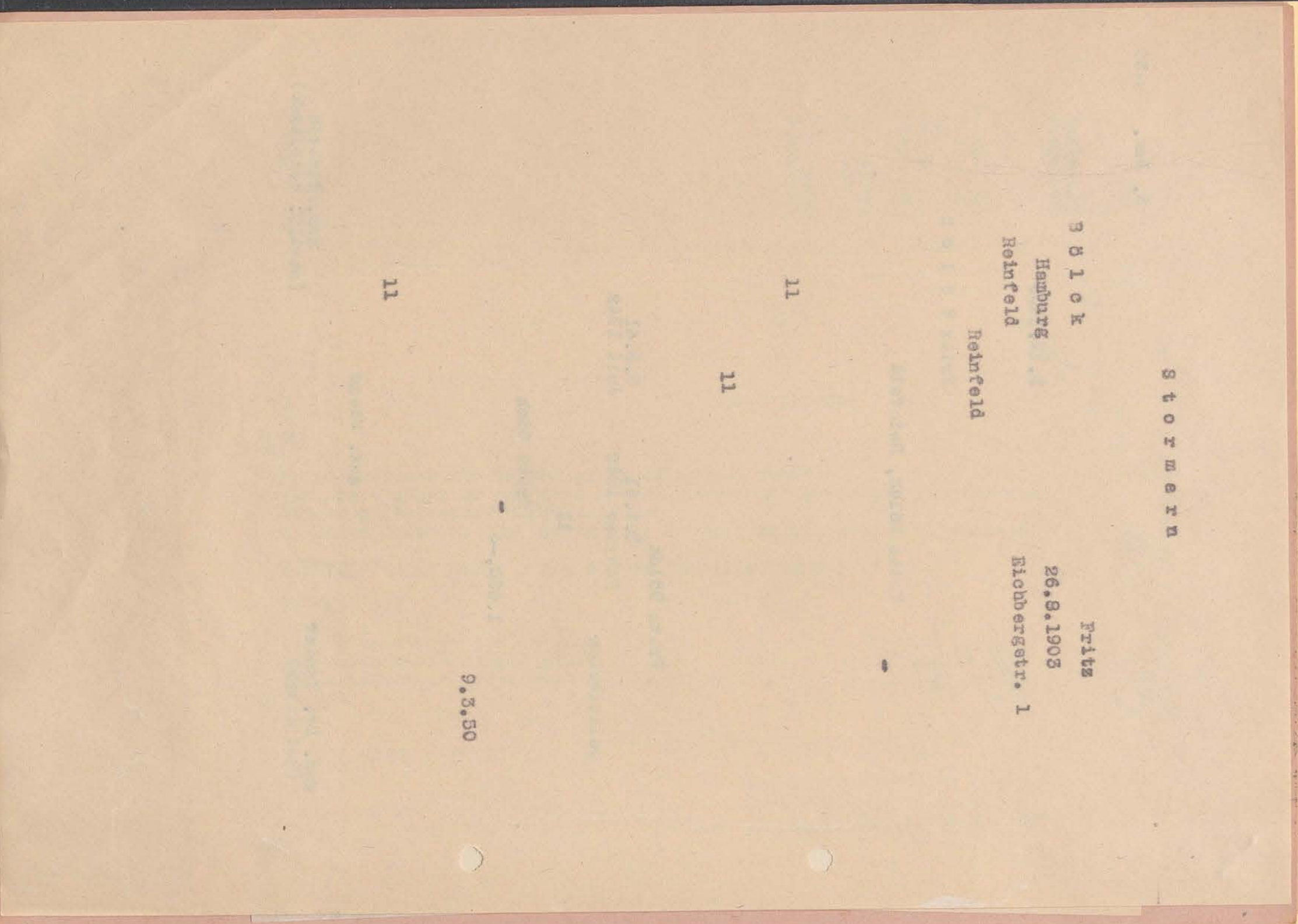


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



Landesregierung Schleswig-Holstein
DER LANDESMINISTER DES INNERN

Ref. I 16 Pol. Wi. Gu.
Be. 2904 Wy./Cb.

Geschäftszeichen:
(Im Antwortschreiben anzugeben)

(24b) KIEL, den 5. Dezember 1950
Landeshaus, Düsterbrookweg 70-90
Telefon 21480-84
Besuchszeiten:
nur montags, dienstags,
donnerstags und freitags
von 0900-1300 Uhr

An den Herrn Landrat
für den Kreis Stormarn
-Kreissonderhilfsausschuss-
Bad Oldesloe

Betrifft: Be. 2904 - Fritz Böck, Reinfeld -
Besug: Ihr Schreiben vom 27. November 1950.
Wunschgemäß erhalten Sie die Kreisakte des Herrn
Fritz Böck zurück.
Ich bitte um Bestätigung, dass Vorschüsse an Herrn
Böck bisher nicht gezahlt wurden.

Anl. - 1 Akte - Im Auftrage:
[Signature]

Wilhelm Schröder
Rechtsbeistand
Bad Oldesloe

Gesch. Nr. 44/50

An

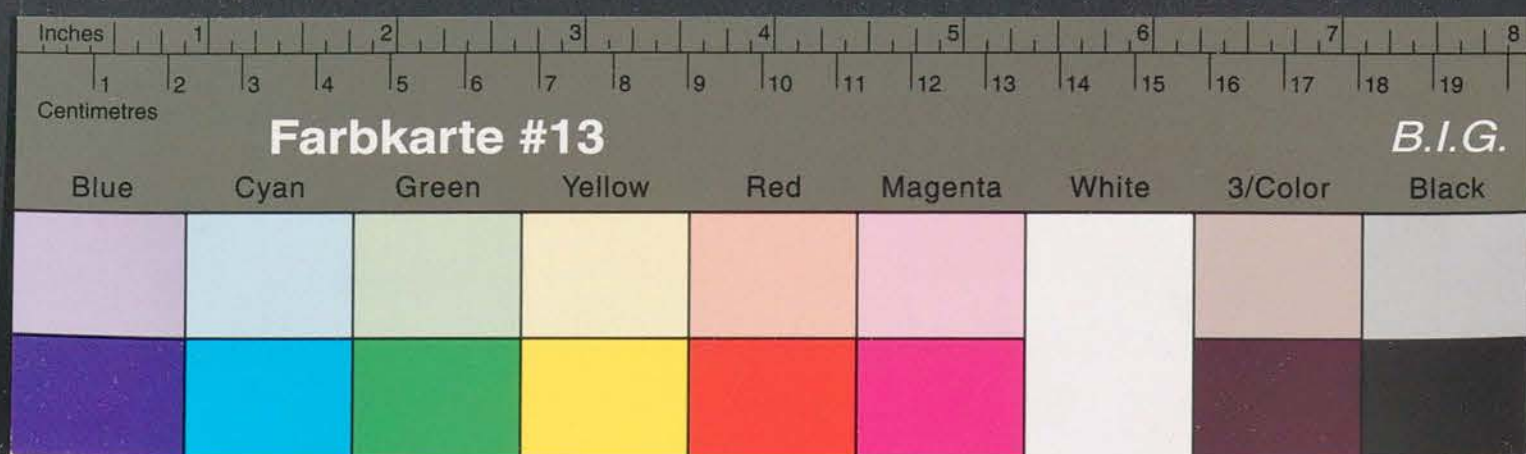
Bad Oldesloe, den 15. Dez. 1950.

43 Stormarn

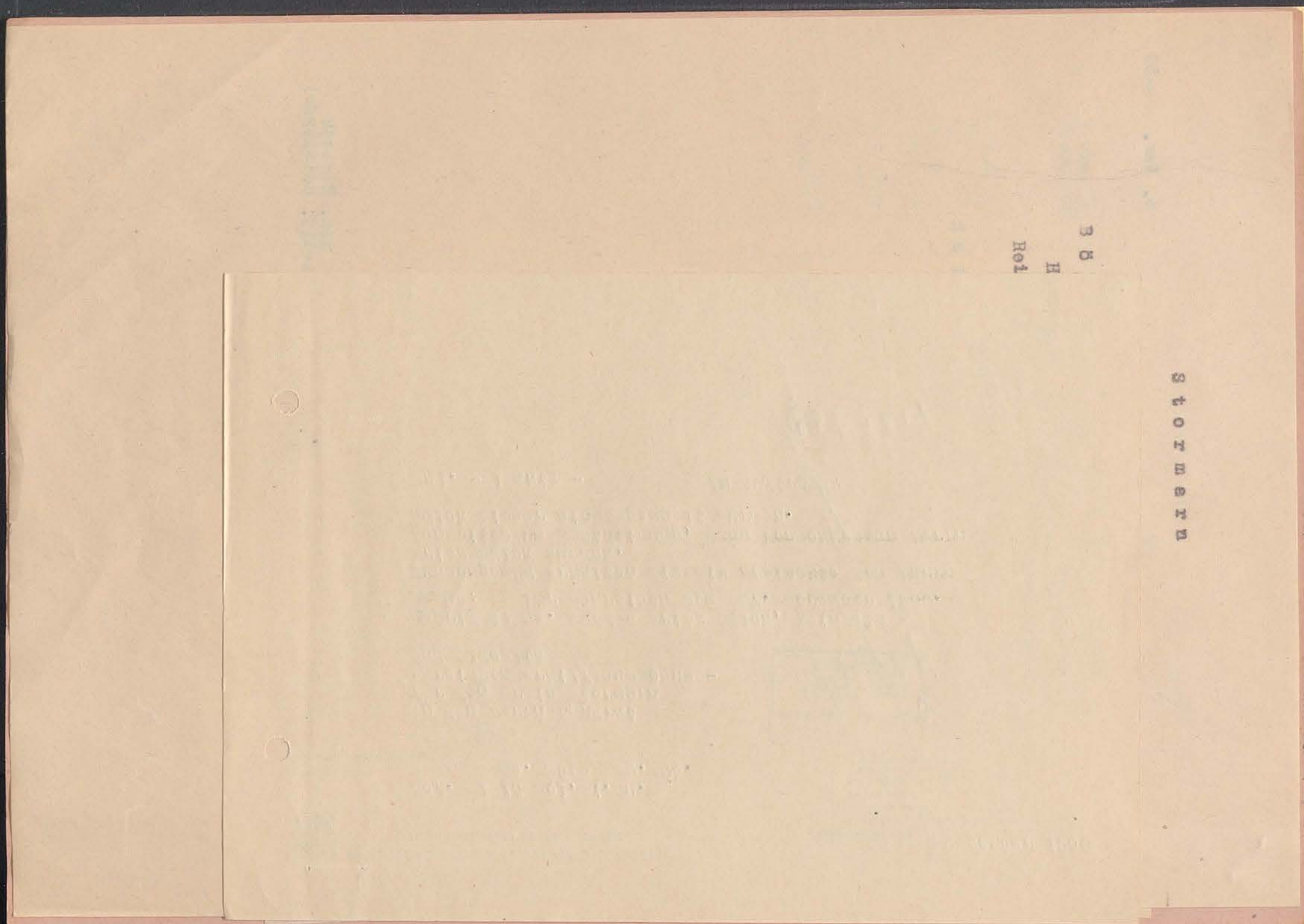
aktors
10 a
...-

uftraggeber die ihm
Haftentscheidungs-
betracht der Notlage
sucht, gegen einen
in Herrn Böck auszu-
setzungen für Böck ein-
setzen zu wollen.

Evoll i
Land.



Kreisarchiv Stormarn B2



13. Dezember 1950

- Bölc - D./K.


1/ An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I 16 - Pol. wi. Gu. -

in K i e l

Betrifft: OdW. Fritz B ö l c k in Reinfeld.
Bezug: Erlass vom 5.12.50, Aktz.: Be./2904.

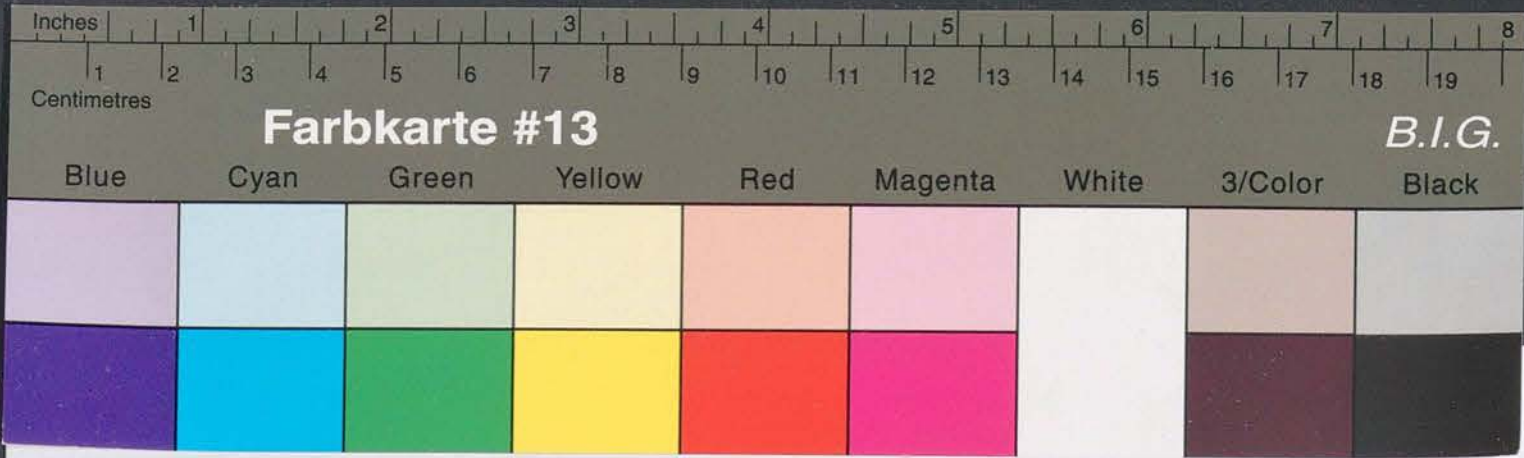
Unter Bezugnahme auf den o.a. Erlass berichte ich, dass Rentenvor-
schüsse aus Mitteln der Landesregierung an Bölc nicht gezahlt wurden.

2/4.

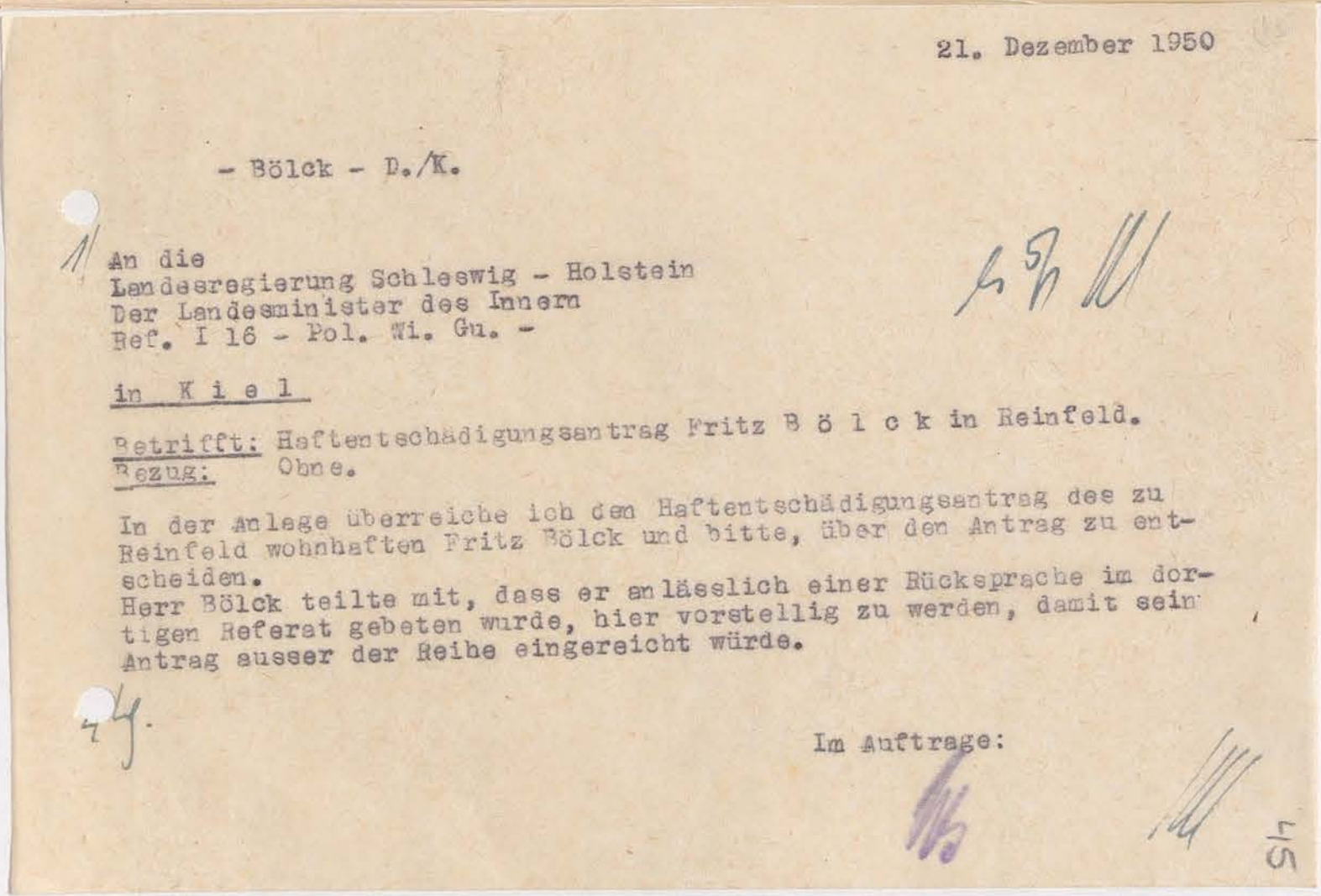
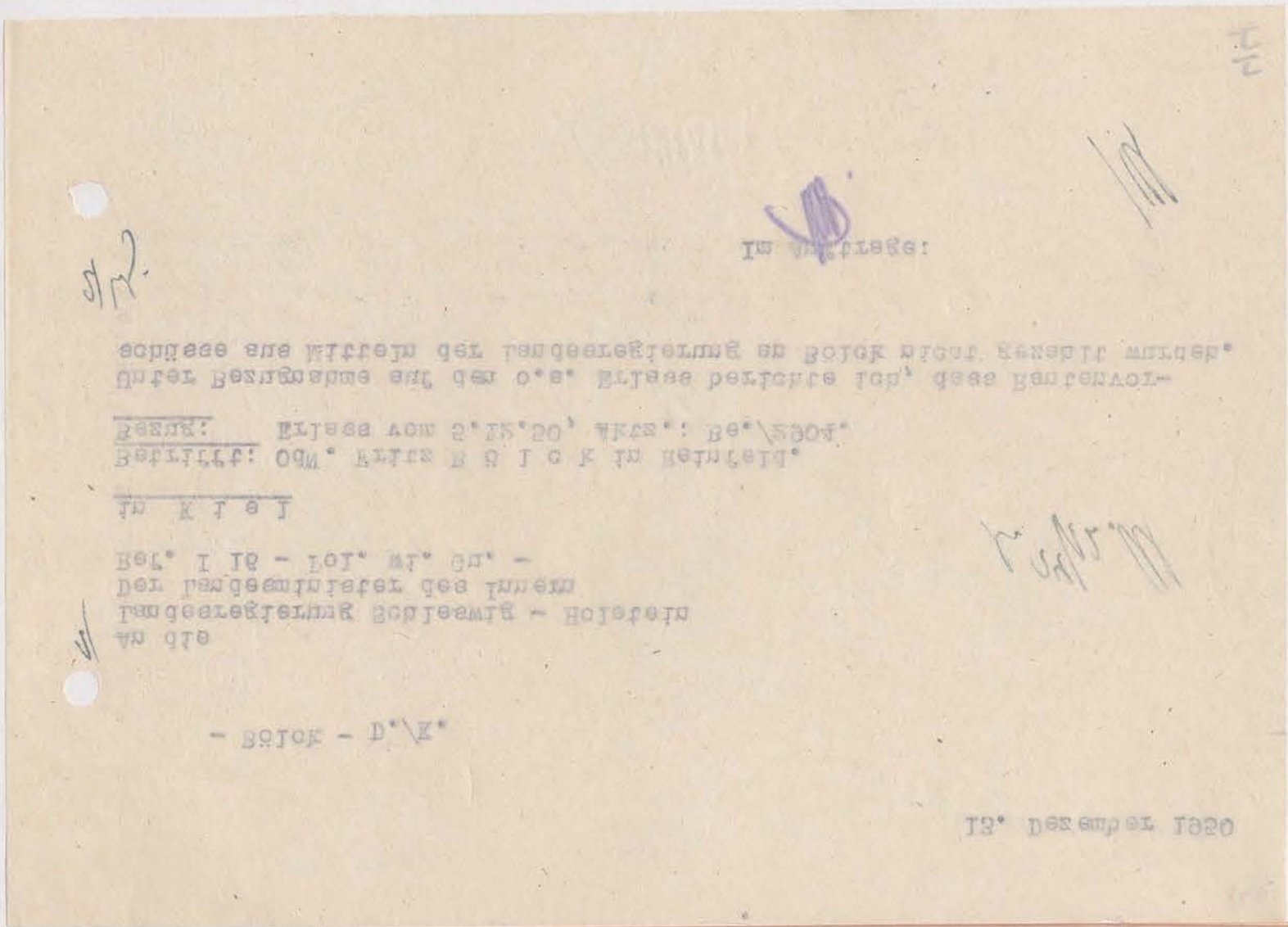
Im Auftrage: 

1/4

hh



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

21

in Auftrag:

vorher einer der Reihe eingeleitet wurde
für den Regener gepreßt wurde. Der Arbeiter ist zu melden, damit er
Herr Böck teile mit, dass er auf jeden Fall einer Rückmeldung im ge-
schäftlichen Zusammenhang mit Böck mitteilt, dass der Auftrag an ent-
weder in der nächsten Woche oder in der darauffolgenden Woche zu
erwarten ist. Ohne
Betreff: Haftungsangelegenheit des Herrn Böck in Hamburg.

zu K r e i s

Ref. 10 - 101. Nr. 101
Der Regener ist der Reihe
eingeleitet und der Auftrag
an den Regener ist zu erwarten.

- Böck - D.K.

27. Dezember 1950

Wilhelm Schrader
Rechtsbeistand
● Bad Oldesloe
Gesch. Nr. 44/50

Bad Oldesloe, den 15. Dez. 1950.

an
die Verwaltung des Kreises Stormarn
z. Hd. des Herrn Kreisdirektors
Bad Oldesloe

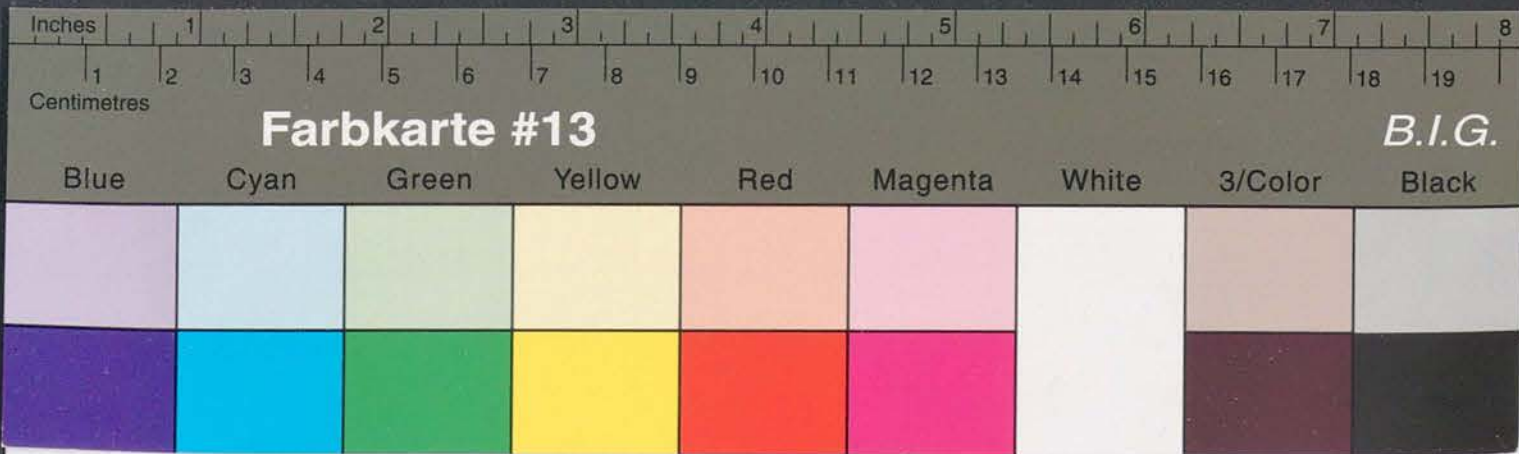
4 - 1/9 - Kreissonderhilfsausschuss -
- Böck - D./K. -

2 In der Erwartung, dass mein Auftraggeber die ihm
für Januar 1951 in Aussicht gestellten Haftentschädigungs-
ansprüche tatsächlich zugehen und in Anbetracht der Notlage
des Herrn Böck, habe ich meine Bank ersucht, gegen einen
Wechsel über 300.- DM, diesen Betrag an Herrn Böck auszu-
zahlen.

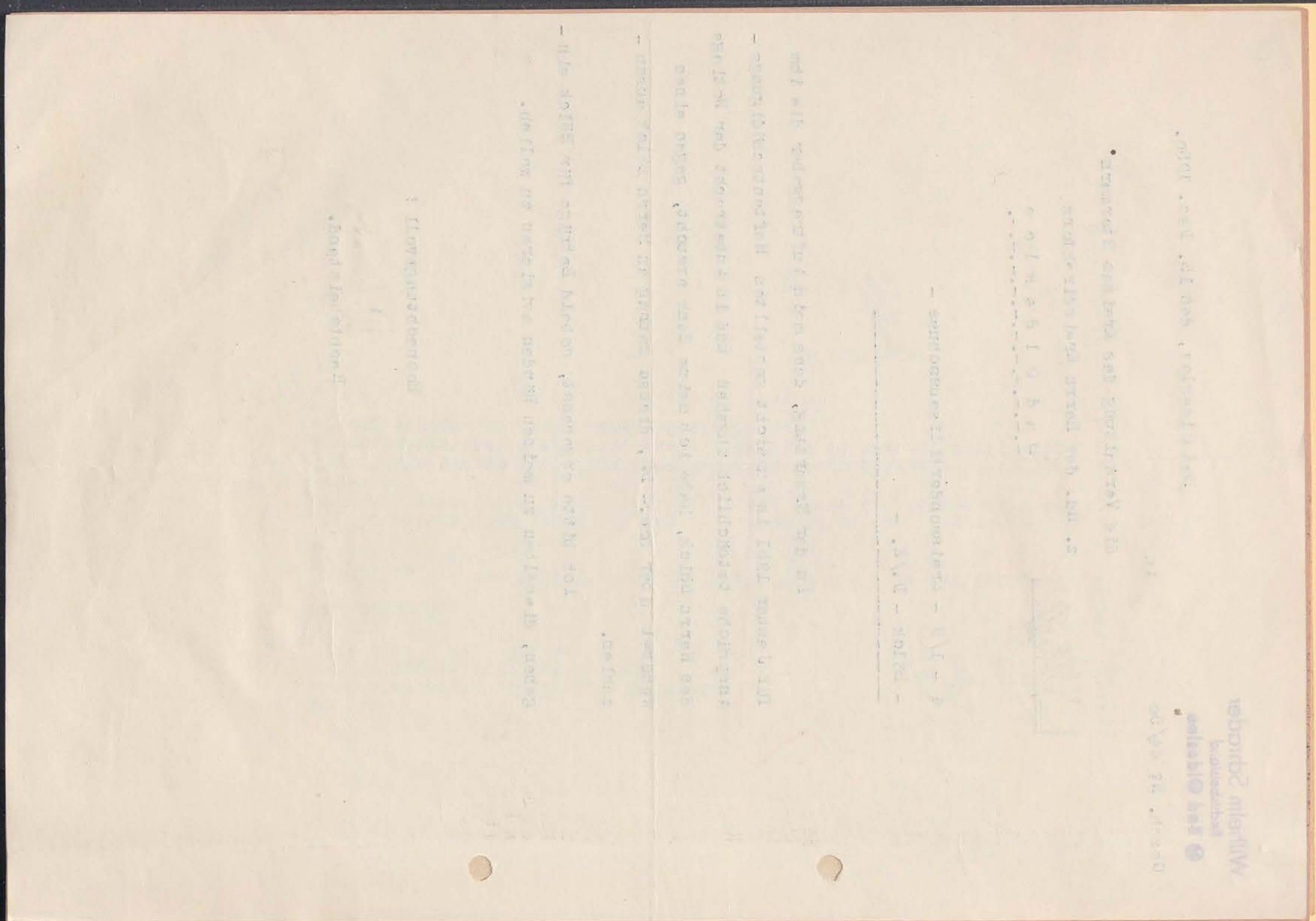
Ich bitte ergebenst, sobald Beträge für Böck ein-
gehen, dieselben zu meinen Händen avisieren zu wollen.

Hochachtungsvoll !

W. Schrader
Rechtsbeistand.



Kreisarchiv Stormarn B2



25. Januar 1951

- Böck - D./K.

Herrn
Wilhelm Schrader
Rechtsbeistand

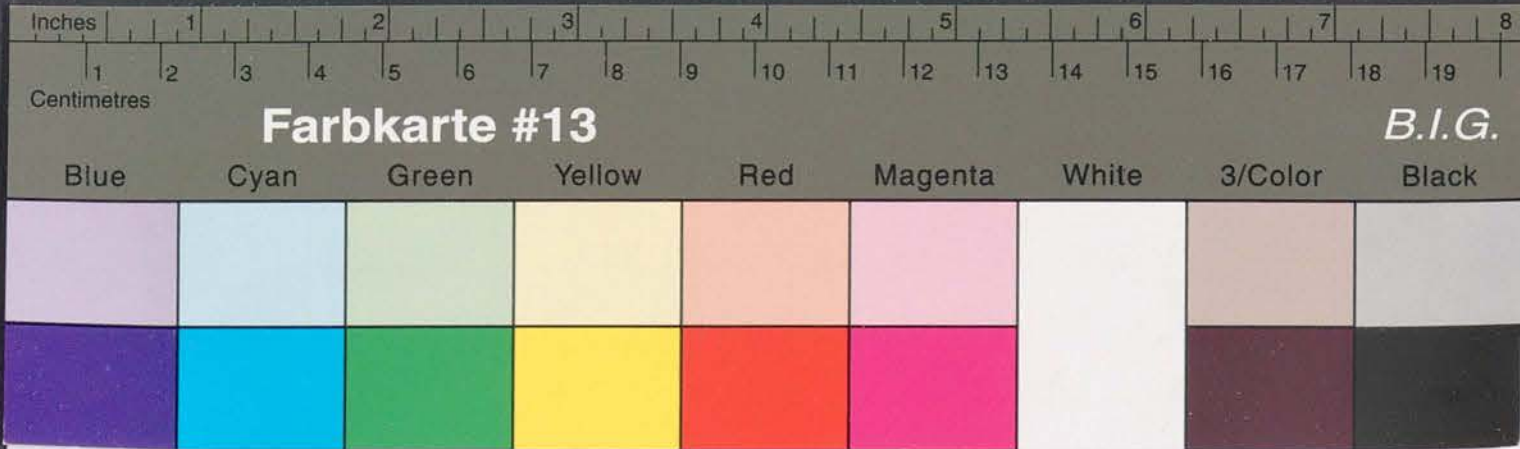
in Bad Oldesloe

In der Haftentschädigungssache Ihres Auftraggebers Fritz Böck nehme ich Bezug auf Ihr Schreiben vom 15.12.50 und teile Ihnen mit, dass der Haftentschädigungsantrag von mir mit Schreiben vom 21.12.50 der Landesregierung zur Entscheidung eingereicht wurde. Die Landesregierung wird jetzt auf Grund der Unterlagen entscheiden, ob und in welcher Höhe eine Haftentschädigung gezahlt werden soll. Den Zeitpunkt der Auszahlung bestimmt ebenfalls die Landesregierung.

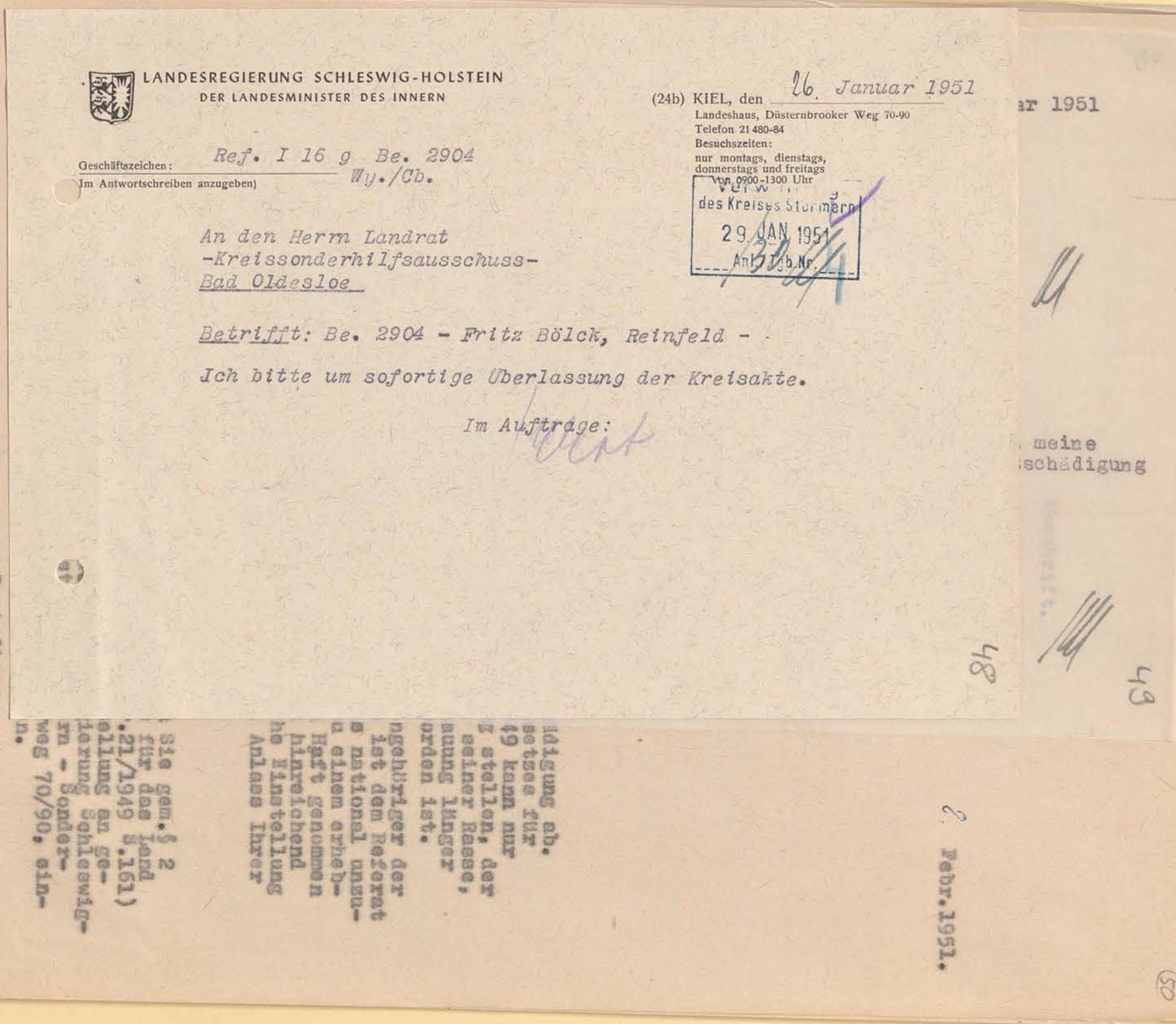
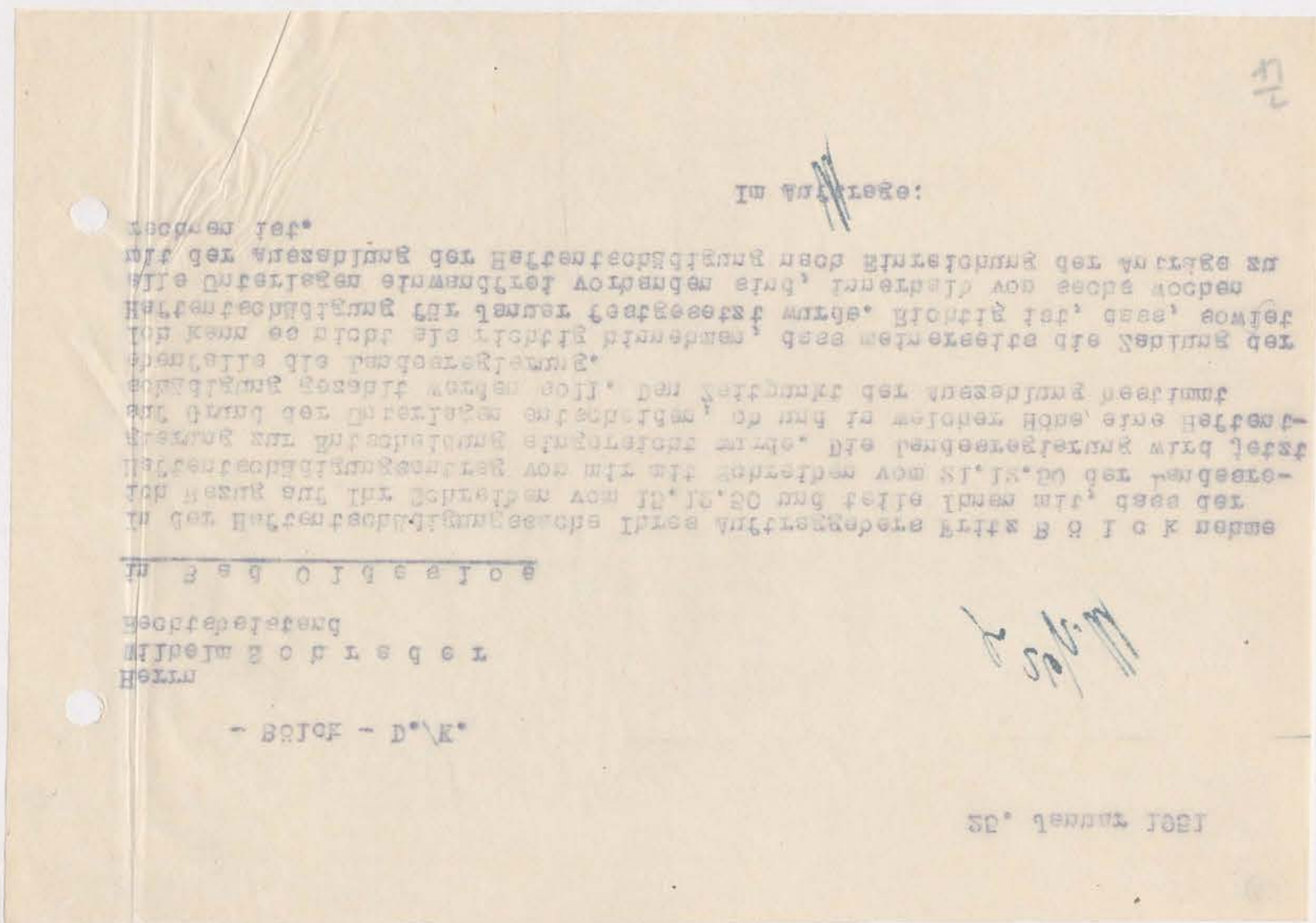
Ich kann es nicht als richtig hinnehmen, dass meinerseits die Zahlung der Haftentschädigung für Januar festgesetzt wurde. Richtig ist, dass, soweit alle Unterlagen einwandfrei vorhanden sind, innerhalb von sechs Wochen mit der Auszahlung der Haftentschädigung nach Einreichung der Anträge zu rechnen ist.

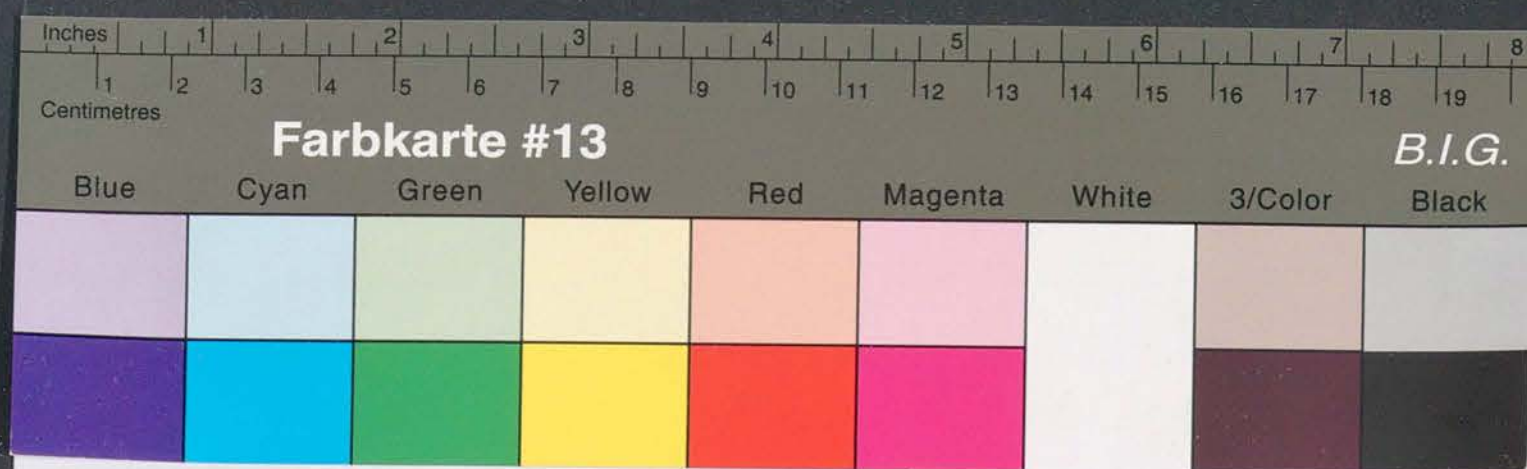
Im Auftrage:

47

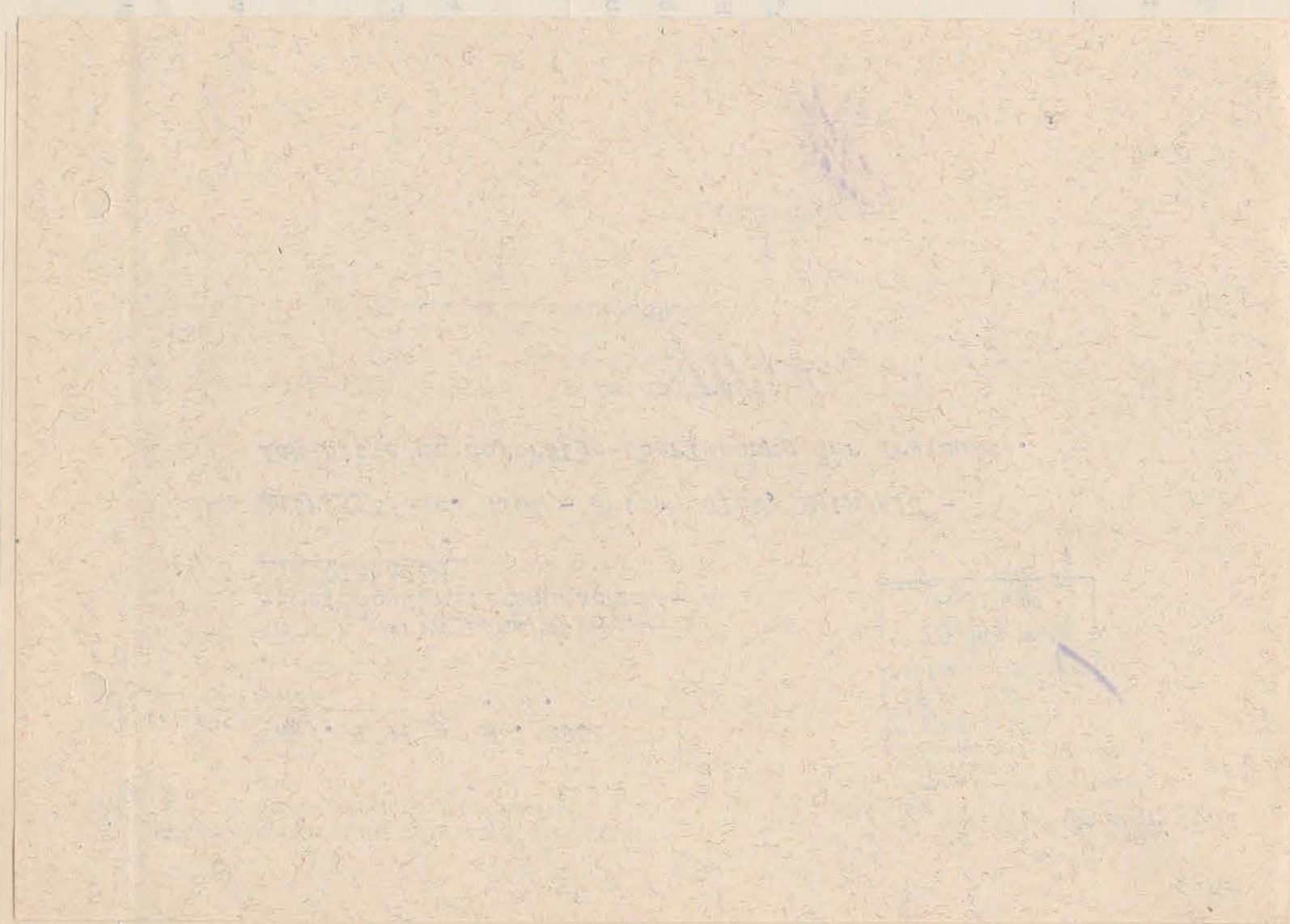


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



2. Februar 1951

- Böck - D./K.

1/ An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I 16 g - Pol. wi. Gu. -

in K i e l

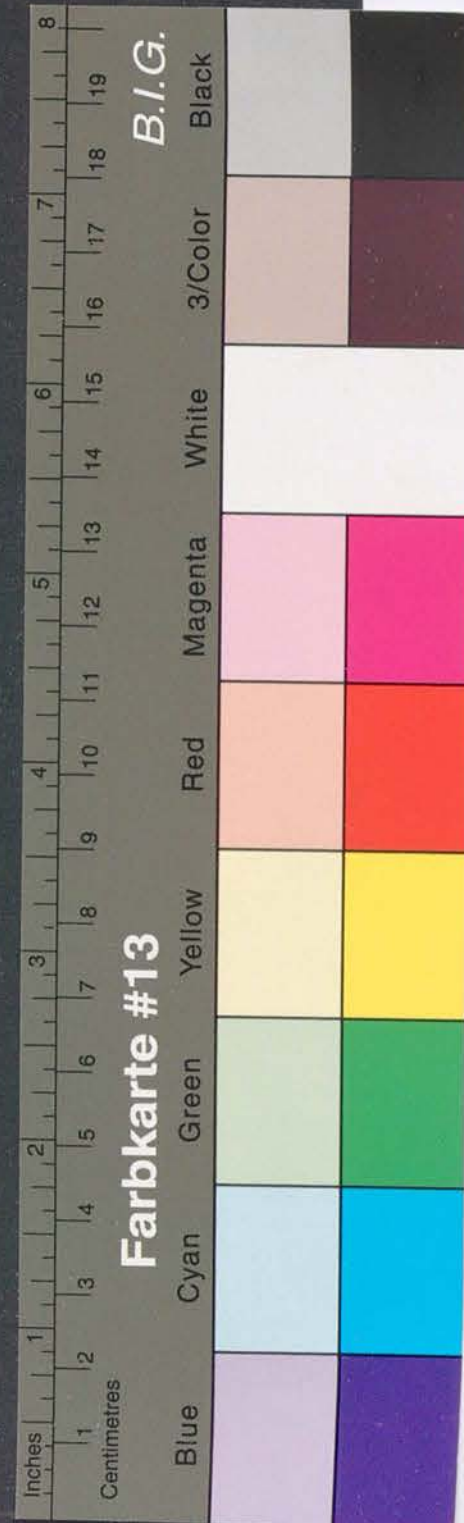
Betrifft: OdW. Fritz B ö c k in Reinfeld.
Bezug: Erlasse vom 26.1.51, Aktz.: Be./2904.

Unter Bezugnahme auf den o.a. Erlass berichte ich, dass sich meine
Handakten im dortigen Referat zwecks Festsetzung der Haftentschädigung
befinden.
Ich bitte, diese Akten heranzuziehen.

24.

Im auftrage:

64

[illegible]

Gegen Postzustellungsurkunde.

Herrn
Fritz Bülck,
Reinfeld i. St. Stormarn.
Riebergstr. 1.

Betr.: Ihre Haftentschädigung.

Ich lehne Ihren Antrag auf Haftentschädigung ab. Nach dem § 1 des Haftentschädigungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein vom 4.7.1949 kann nur derjenige Antrag auf Haftentschädigung stellen, der wegen seiner politischen Überzeugung, seiner Rasse, seines Glaubens oder seiner Weltanschauung länger als 1 Monat seiner Freiheit beraubt worden ist.

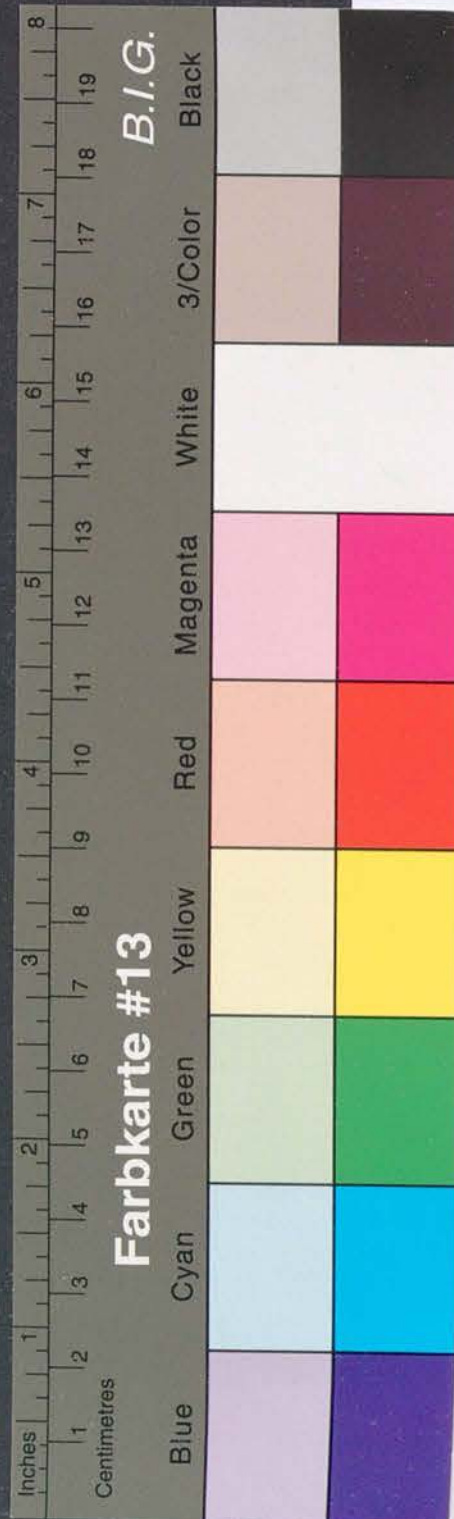
Ihre Inhaftnahme erfolgte, weil Sie Angehöriger der französischen Fremdenlegion waren. Es ist dem Referat bekannt, dass diese Personengruppe als national unzuverlässig angesehen wurde und daher zu einem erheblichen Teil verschieden lange Zeit in Haft genommen wurde. Sie haben weder bewiesen noch hinreichend glaubhaft gemacht, dass Ihre politische Einstellung der Stapo bekannt war und Ursache und Anlass Ihrer Inhaftierung war.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen den ablehnenden Bescheid können Sie gem. § 2 Abs. 3 des Haftentschädigungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (GVBl. chl.-H. Nr. 21/1949 S. 161) binnen eines Monat, von Tage der Zustellung an gerechnet, Beschwerde bei der Landesregierung Schleswig-Holstein, der Landesminister des Innern - Sonderhilfsausschuss - Kiel, Düsterbrookerweg 70/90, einlegen. Die Beschwerde ist zu begründen.

Im Auftrage:
gez. Wolters.

b.w.



Kreisarchiv Stormarn B2

Ref. I 16

Kiel, den 8. Febr. 1951.
Ba./Kn.-

An den
Herrn Landrat,
Sonderhilfsausschuss für OdN,
Bad Oldesloe.



Umstehende Abschrift wird mit der Bitte um
Kenntnisnahme übersandt.
Die Akte B. geht Ihnen, falls kein Einspruch
eingelegt wird, nach Ablauf der Einspruchsfrist
wieder zu.

Im Auftrage:

*BdO. 19.2.51.
Zum Vorgang.*

Landesregierung Schleswig-Holstein Kiel, den 30. März 1950
Der Landesminister des Innern
Ref. ~~XXX~~ - Pol.Wi.Gu. Be. 2904

Herrn
Fritz Bölek
Reinfeld
Bichbergstr. 1.

Abschrift!

B e s c h e i d

über die Ablehnung einer Beschädigtenrente gemäss dem Gesetz
über die Gewährung von Renten an die Opfer des Nationalsozialis-
mus vom 4.3.1948 und dem Änderungsgesetz vom 3.5.1950.

Der Rentenausschuss des Landes Schleswig-Holstein hat in seiner
Sitzung am 8. März 1951 unter Berücksichtigung des vertrau-
ensärztlichen Gutachtens entschieden, dass die Gewährung einer
OdN.- Rente nach dem Gesetz vom 4.3.1948 abgelehnt wird.

B e g r ü n d u n g :

Sie haben weder bewiesen noch hinreichend glaubhaft gemacht,
daß Sie wegen Ihrer politischen Überzeugung in Haft gewesen sind.
Ein Rentenanspruch nach dem Landesgesetz Nr. 38 vom 4.3.1948
besteht demnach nicht. Dieser Beschluß wurde auf Grund des § 10
der Durchführungsverordnung vom 22.6.1950 gefaßt.
Gegen diesen Bescheid können Sie binnen eines Monats nach seiner
Zustellung Berufung beim Sonderhilfsausschuss des Landes, Landes-
regierung Schleswig-Holstein, Kiel, Düsterbrooker Weg einlegen.
Die Begründung muß in doppelter Ausfertigung erfolgen.

x Beschlende

Mit Ihrem Antrag auf Rente haben Sie Ihren Versorgungsanspruch
gemäss § 4 in Verbindung mit § 7 Absatz 2,3 geltend gemacht.

Dieser Bescheid wird gemäss §§ 1583/1569a der Reichsversicherungs-
ordnung erteilt. Er wird nach § 1590 RVO rechtskräftig, wenn
Sie nicht binnen einem Monat nach seiner Zustellung Berufung
bei der Landesregierung Schleswig-Holstein (Oberversicherungs-
am), Sonderkammer für OdN., Schleswig, einlegen. Die Berufung
ist zu begründen und in doppelter Ausfertigung einzureichen.

Nach der bisherigen Rechtsprechung des Oberversicherungsamtes
kann eine Berufung nur dann Erfolg haben, wenn sich nach den
für die Unfallversicherung geltenden Richtlinien die Feststell-
ungen des Bescheides als unzutreffend erweisen.

Im Auftrage:
gez. Wolters

b.w.



Kreisarchiv Stormarn B2

An den
Herrn Landrat des Kreises Stormarn
- Kreissonderhilfsausschuss -
in Bad Oldesloe
=====



Umstehende Abschrift des Bescheides wird mit der Bitte um ge-
fällige Kenntnisnahme übersandt.

Im Auftrage:

[Handwritten signature]

BdO: 4.4.57
Zum Vorgang.

[Handwritten mark]

Der Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein

13. Sept. 1952

Ref. I 16 1 - Schm/Lu.
- SHAdL. HE 287 -

3. Dezember 1951.

[Handwritten signature]

Bescheinigung.

Zur Vorlage bei dem Amt für Sofoorthilfe wird Herrn Friedrich (Fritz)
Bölk in Reinfeld, Kirchbergstr. 1 bescheinigt, dass er
von dem Kreissonderhilfsausschuss Stormarn als ehem. polit.
Verfolgter anerkannt ist.

Im Auftrage des Landrates:

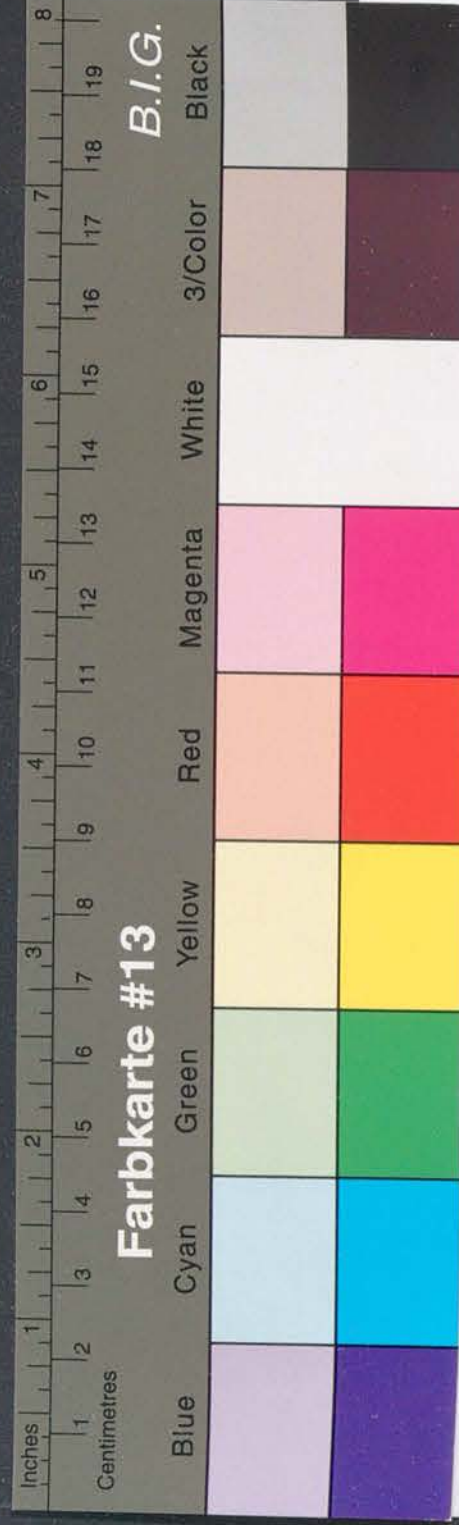
52

ausschuss
des Stormarn
SEP 1952

Kirchbergstrasse 1,
Stellers,
des Naziregimes e.V.
Endamm 30,
in der Sitzung
s Vorsitzenden
s Beisitzer
vom 22.2.1951
enden Bescheid
-Holstein vom

03 in Hamburg
er in die
er seinen Wohn-
mit dem 8.5.1946
en des Haftent-
swig-Holstein vom
r Ansprüche
lung seines An-
r aus der fran-
s politischen
Kieslau, Zucht-
Dachau bis zum
ar 1942 bis
b.V.Rheine in

Afrika angehört.
Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein lehnte
mit Bescheid vom 8.2.1951 die Gewährung der Haftentschä-
digung ab, weil die Inhaftnahme des Antragstellers
als rückkehrender Fremdenlegionär aus Frankreich erfolgt



Kreisarchiv Stormarn B2

An den
Herrn Landrat des Kreises Stormarn
- Kreissonderhilfeausschuss -
in Bad Oldesloe
=====

Umstehend
fällige K

13. 11. 52

Im Auftrage des Landrates
"Nun Gültig in Verbindung mit dem Stempel des Kreises Stormarn"

Die Ausgabe erfolgt am
in
.....

folgende Bekleidungsstücke auszubekommen:

Die Deutsche Hilfsorganisation wird gebeten, dem aus
aus
.....

Bereich

..... Bad Oldesloe

7. Februar 1952

D./K.

1. An den
Herrn Innenminister
des Landes Schleswig - Holstein
Ref. 116 g
in Kiel

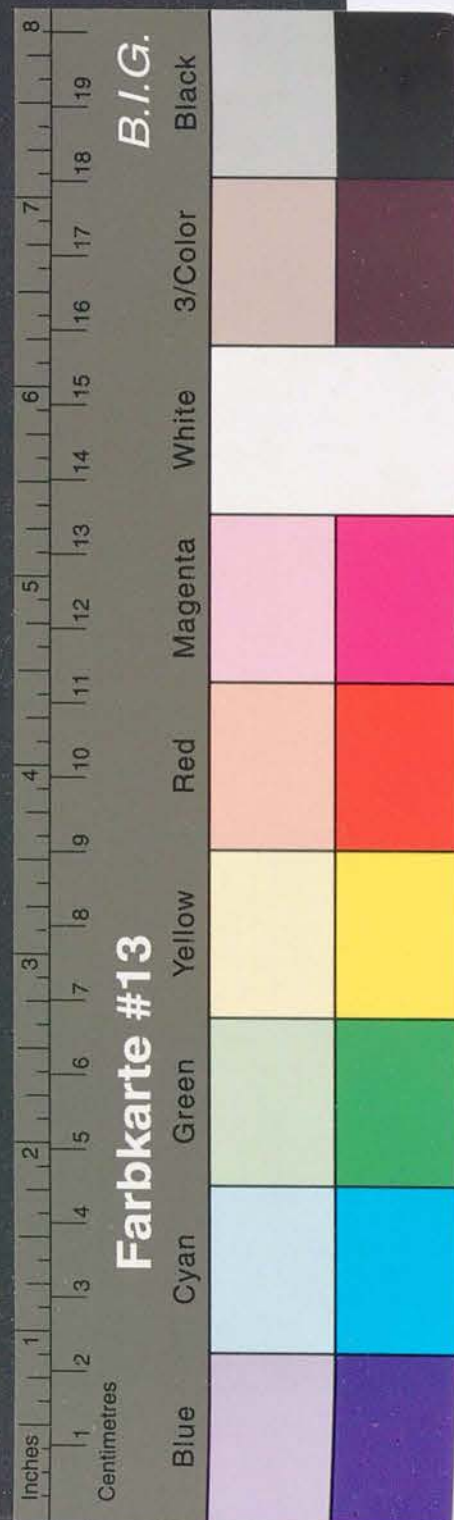
In der Odw.-Beschädigtenrentensache Fritz Bölk in Reinfeld

Aktz.: Be./2904

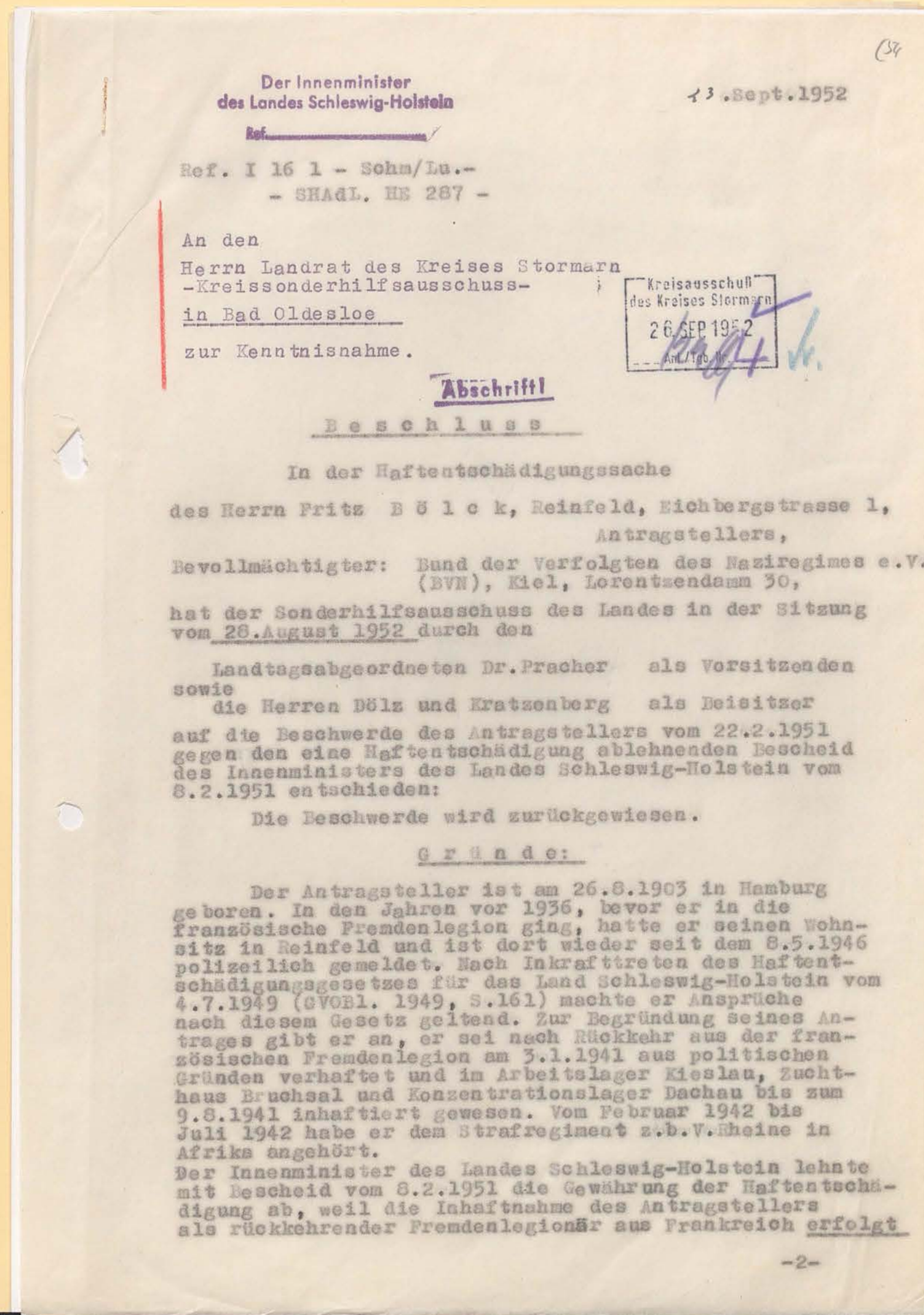
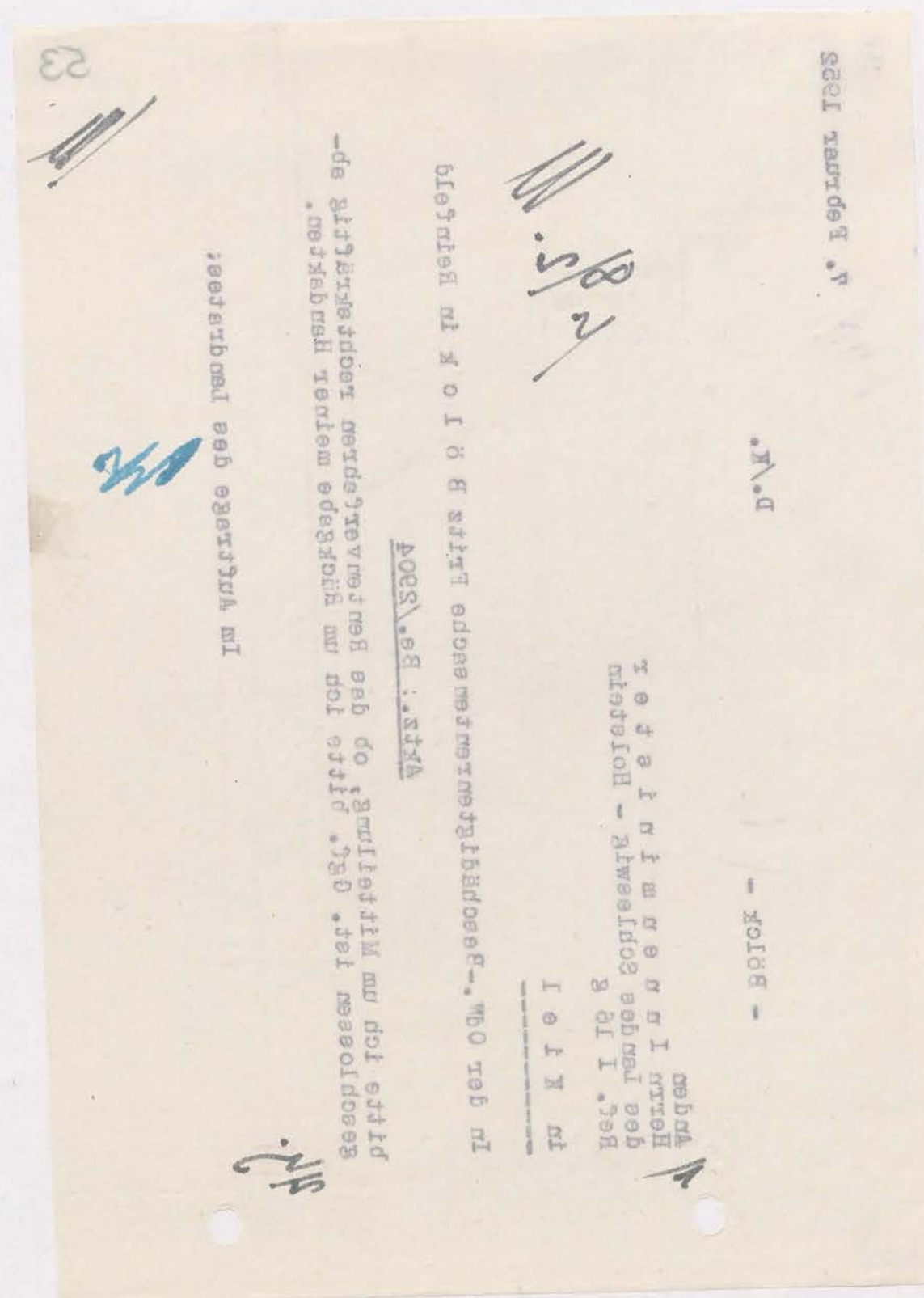
bitte ich um Mitteilung, ob das Rentenverfahren rechtskräftig ab-
geschlossen ist. Ggf. bitte ich um Rückgabe meiner Handakten.

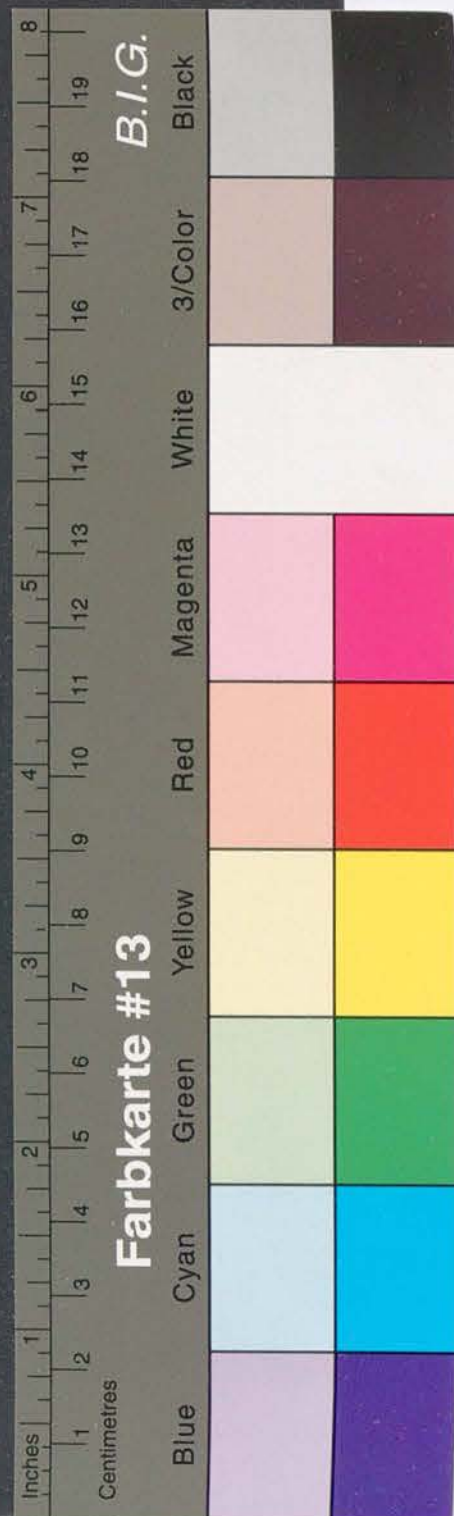
Im Auftrage des Landrates:

53



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Der Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein

Bei
Herrn Landrat des Kreises Stormarn
Kreisarchiv Stormarn
in Bad Oldesloe

An den
Herrn Landrat des Kreises Stormarn
Kreisarchiv Stormarn
in Bad Oldesloe

zur Kenntnisnahme.

Abschrift!

Beschluss

In der Haftentschädigungssache
des Herrn Fritz B. i. d. R., Reichfeld, Kirchwegstrasse 1,
Antragsteller:
Bevollmächtigter: Herr der Verfolgten des Naziregimes e.V.
(BNV), Kref., Lorenzenstrasse 30,
hat der Sonderhilfsausschuss des Landes in der Sitzung
vom 28. August 1952 durch den
Landtagspräsidenten Dr. Fröhner als Vorsitzenden
sowie
die Herren Bülz und Kratzenberg als Beisitzer
auf die Beschwerde des Antragstellers vom 22.2.1951
gegen den eine Haftentschädigung ablehnenden Bescheid
des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein vom
8.2.1951 entschieden:

Entscheidung:
Die Beschwerde wird zurückgewiesen.

Der Antragsteller ist am 26.8.1907 in Hamburg
geboren. In den Jahren vor 1936, bevor er in die
französische Fremdenlegation ging, hatte er seinen Wohn-
sitz in Reichfeld und ist dort wieder seit dem 8.2.1946
politisch gemeldet. Nach Inkrafttreten des Haftent-
schädigungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein vom
4.7.1949 (GVBl. 1949, S. 161) machte er Ansprüche
nach diesem Gesetz geltend. Zur Begründung seines An-
spruchs gibt er an, er sei nach Rückkehr aus der fran-
zösischen Fremdenlegation am 2.1.1941 aus politischen
Gründen verhaftet und im Arbeitslager Kislau, Bezirk
Hann. Bruchsal und Konzentrationslager Buchen bis zum
9.8.1941 inhaftiert gewesen. Vom Februar 1942 bis
Juni 1942 habe er dem Strategiewerk e.V. in Kislau in
Afrika angehört.

Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein lehnte
mit Bescheid vom 8.2.1951 die Gewährung der Haftent-
schädigung ab, weil die Inhaftierung des Antragstellers
als rückwärtiger Fremdenlegationsangehöriger nicht erfolgt

erfolgt sei, weil er weder bewiesen noch hin-
reichend glaubhaft gemacht habe, dass der Gestapo
seine politische Einstellung bekannt und Anlass
seiner Inhaftierung war.

Gegen diesen Bescheid, der dem Antragsteller
am 10.2.1951 zugestellt wurde, legte er am 22.2.1951
Beschwerde ein.

Die Beschwerde ist fristgerecht erhoben, sie
ist jedoch nicht begründet.

Nach § 1 Abs. 1 des Haftentschädigungsgesetzes
für das Land Schleswig-Holstein kann ein Anspruch
auf Haftentschädigung geltend machen, wer in der Zeit
vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 wegen seiner
politischen Überzeugung, seiner Rasse, seines Glau-
bens oder seiner Weltanschauung länger als einen
Monat seiner Freiheit beraubt worden ist. Das ist
hier nicht der Fall. Die von dem Antragsteller bei-
gebrachten Erklärungen und Zeugnisse über seine
politische Einstellung geben mehr einen Aufschluss
über die Einstellung des Vaters und nicht über den
Antragsteller selbst. Ausserdem sind sie zu einheit-
lich gehalten, um individuell gewertet werden zu
können. Selbst wenn der Sonderhilfsausschuss des
Landes dem Antragsteller eine gegen den National-
sozialismus überzeugende Einstellung unterstellen
würde, hat der Antragsteller nicht bewiesen, dass
diese Gegnerschaft der Gestapo bekannt und Grund
seiner Inhaftierung war. Dies erscheint auch un-
wahrscheinlich, da nicht einmal der Vater des Antrag-
stellers, der nach den Bekundungen der Zeugen der
Mitbegründer der Radikaldemokratischen Partei war
und in Gegensatz zu der NS-Ideologie stand, in Haft
genommen wurde.

Nach den eigenen Angaben war der Antragsteller
schon einmal im Jahre 1926 bis 1929 in der Fremden-
legation. Hier habe ihn sein Vater unter Einsatz einer
hohen Geldsumme wieder freibekommen. Als Grund für
den Eintritt in die Fremdenlegion 1936 hat der An-
tragsteller politische Motive und Verwürfnisse mit
seiner Frau angegeben.

Der Sonderhilfsausschuss des Landes hat fest-
gestellt, dass der Antragsteller bis zu seinem Ein-
tritt in die Fremdenlegion im Jahre 1936 keinen Ver-
folgungen von Seiten der NSDAP ausgesetzt war und
die Ehe des Antragstellers später geschieden wurde.
Eine Flucht in die Fremdenlegion durch politische
Verfolgung liegt nicht vor.

Tatsächlich steht fest, dass der Antragsteller
am 25.2.1941 von der Gestapo Karlsruhe in das frühere
Strafgefängnis - Abteilung Fremdenlegations - Kislau
eingeliefert wurde. Der Sonderhilfsausschuss des
Landes ist daher der Überzeugung, dass die Inhaftierung
erfolgte, weil die genannte Personengruppe während
der Nazizeit, insbesondere aber während des Krieges,
als im nationalen Sinne unzuverlässig angesehen wurde,
da immer damit gerechnet werden musste, dass sich der
französische Nachrichtendienst dieser ehemaligen
Legionsbediente.



Kreisarchiv Stormarn B2

Der Sonderhilfsausschuss des Landes hat festgestellt, dass die Einweisung in ein Konzentrationslager zwar rechtswidrig erfolgte, er konnte aber nicht feststellen, dass politische Motive Anlass zu der Inhaftnahme waren.

Nach dem Haftentschädigungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein steht dem Antragsteller eine Entschädigung nicht zu, da die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 des genannten Gesetzes nicht vorliegen.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluss ist das Rechtsmittel der Klage beim Landesverwaltungsgericht in Schleswig, Regierungsgebäude, gegeben. Die Klage ist innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Beschlusses bei dem obengenannten Gericht einzureichen.

gez. Dr. Pracher
Vorsitzender

gez. Dölz
Beisitzer

gez. Kratzenberg
Beisitzer

Ausgefertigt:
Kiel, den 11. September 1952

Reg. Angestellter

Der Sonderhilfsausschuss des Landes hat festgestellt, dass die Einweisung in ein Konzentrationslager zwar rechtswidrig erfolgte, er konnte aber nicht feststellen, dass politische Motive Anlass zu der Inhaftnahme waren.

Nach dem Haftentschädigungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein steht dem Antragsteller eine Entschädigung nicht zu, da die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 des genannten Gesetzes nicht vorliegen.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluss ist das Rechtsmittel der Klage beim Landesverwaltungsgericht in Schleswig, Regierungsgebäude, gegeben. Die Klage ist innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Beschlusses bei dem obengenannten Gericht einzureichen.

gez. Dr. Pracher
Vorsitzender

gez. Dölz
Beisitzer

gez. Kratzenberg
Beisitzer

Ausgefertigt:
Kiel, den 11. September 1952

Reg. Angestellter



Kreisarchiv Stormarn B2

(2)

Der Sonderhilfswissenschaften des Landes hat festgestellt, dass die Einweisung in ein Konzentrationslager zwar rechtswidrig erfolgte, es konnte aber nicht festgestellt werden, dass politische Motive Anlass zu der Inhaftierung waren.

Nach dem Halbesondergesetz für das Land Schleswig-Holstein steht dem Antragsteller eine Entschädigung nicht zu, da die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 des genannten Gesetzes nicht vorliegen.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Bescheid ist das Rechtsmittel der Klage beim Landesverwaltungsgericht in Schleswig-Holstein eingelegt. Die Klage ist innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Bescheides bei dem obengenannten Gericht einzureichen.

Gen. Dr. Fracker
Verfasser
Gen. Dr. Fracker
Polizei

Ausgegeben am 1. September 1953
Reg. Angehöriger
Schleswig-Holstein

Kreis Stormarn
Der Landrat
-Kreisentschädigungsamt -
4-1/9

Bad Oldesloe, den 18. Dezember 1953

Herrn/Frau/Fräulein

Fritz Böck

in Reinfeld

Eichbergstr. 1

Von dem Herrn Innenminister des Landes Schleswig - Holstein habe ich inzwischen die Antragsformulare auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung erhalten.

In der Anlage übersende ich Ihnen daher eine Anleitung zur Ausfüllung des Entschädigungsantrages und zwei Antragsvordrucke mit der Bitte, bei der Ausfüllung der Fragebogen die Anleitung genauestens zu beachten.

Die Frist für die Einreichung der Entschädigungsanträge läuft am 30.9.1954 ab. Soweit Sie noch nicht im Besitz der erforderlichen Beweisunterlagen sind, haben Sie daher noch genügend Zeit, diese zu beschaffen.

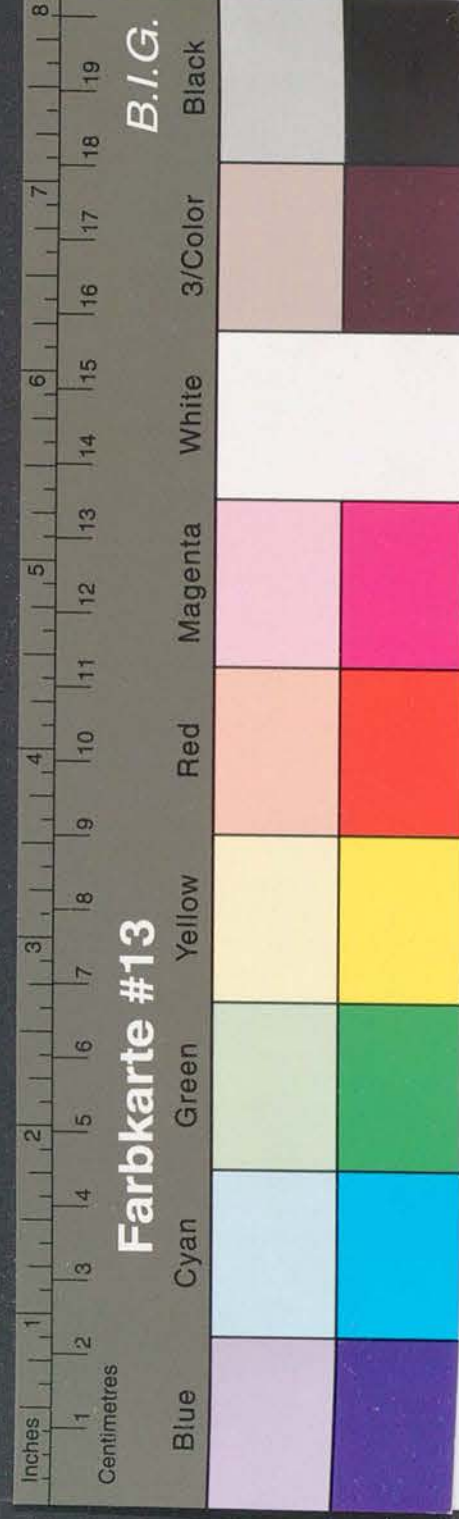
Soweit bei der Ausfüllung der Anträge Unklarheiten auftreten, bitte ich Sie, sich an meine Dienststelle zu wenden. Bei persönlichen Besuchen wollen Sie bitte die Sprechzeiten montags, mittwochs und freitags beachten. Von unnötigen Rückfragen bitte ich Abstand zu nehmen, da die Bearbeitung der anfallenden Anträge erhebliche Zeit und Mehrarbeit erfordert und durch die nicht unbedingt erforderlichen Besuche usw. die Bearbeitung nur verzögert wird.

Es ist in Ihrem eigenen Interesse von Wichtigkeit, dass alle Fragen so erschöpfend beantwortet werden, dass Rückfragen vermieden werden.

Sobald Sie die erforderlichen Unterlagen in Händen haben, bitte ich Sie, mir die beiden Antragsformulare ausgefüllt wieder einzureichen. Sollten Sie jedoch auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes Anträge nicht mehr zu stellen haben, bitte ich um Rückgabe der Fragebogen.

Im Auftrage:

W. ...



Kreisarchiv Stormarn B2

